

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 2/2016 | 42. Jahrgang | 2,30 €



In diesem Heft

Politische Justiz
gegen den Pazifisten
Jürgen Grässlin

Blick voraus:
125 Jahre DFG-VK
im nächsten Jahr

Neue Kampagne
gegen die Atomwaffen
in Büchel

Zum Mitmachen:
Friedensfahrradtouren
im Westen und Süden

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK; gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen. Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Verband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband

www.DFG-VK.de f DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 26 @office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Monty Schädel 0177-887 1014
@schaedel@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop Pazifix

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 26 @material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund 0231-818032
@Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen @buchterkirchen@dfg-vk.de
- Tobias Damjanov @damjanov@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin @graesslin@dfg-vk.de
- Cornelia Mannewitz @mannewitz@dfg-vk.de
- Christoph Neeb @neeb@dfg-vk.de
- Monty Schädel @schaedel@dfg-vk.de
- Torsten Schleip @schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer @schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion Zivil Courage

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 20 @zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de
f Zivil Courage Magazin

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5188 56 01 @bawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de
f DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern

Schwantlaierstraße 133
80339 München 089-89 62 34 46
@bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg

@b-b@dfg-vk.de www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen

Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28205 Bremen 0421-596 49 61
@nds-lhb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein

Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
@lh-sh@dfg-vk.de
www.lh-sh.dfg-vk.de

Hessen

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
069-43 14 40 @hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern

Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
0177-887 1014 @mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen

Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund 0231-818032
@nrw@dfg-vk.de www.nrw.dfg-vk.de

Ost

c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
04116 Markkleeberg 03 42 99-766 37
@ost@dfg-vk.de www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz

c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 23,
55542 Bad Kreuznach 0671-628 78
@rlp@dfg-vk.de www.rlp.dfg-vk.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit

War Resisters' International (WRI)

www.wri-irg.org @info@wri-irg.org

International Peace Bureau (IPB)

www.ipb.org @mailbox@ipb.org

Kooperation für den Frieden

www.koop-frieden.de

@info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag

www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

www.soziale-verteidigung.de

@info@soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst

www.forumzfd.de

@kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei -

Stoppt den Waffenhandel

www.aufschrei-waffenhandel.de

@kontakt@aufschrei-waffenhandel.de

atomwaffenfrei.jetzt

www.atomwaffenfrei.de

Die Zivilcourage erschien seitdem unter dem DFG-VK und IdK als DFG-VK 1074. Zivilcourage ist die deutsche Friedensgesellschaft, Internationale der Kriegsdienstgegner (in Zivilcourage) und der Verband der Kriegsdienstverweigerer. Die Zeitschrift Zivilcourage



Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die Zivil Courage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschieken. Abonnieren.

Ich abonniere die Zivil Courage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum / Unterschrift _____
 Ich bezahle bequem per Bankinzug
 Konto _____ BLZ _____
 Bank _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____
 Unterschrift _____

Ausfüllen, Ausschneiden. Abschieken an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 oder online abonnieren: www.DFG-VK.de
abonnieren

Die pazifistische Grundtatsache: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegssachen mitzuarbeiten.

Inhalt

Titel

Frauen gegen Militär

04 Warum Frauen in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied sind

Antimilitarismus

09 Call for action am „Tag der Bundeswehr“ am 11. Juni

12 Ralf Cüppers

Deutsche Soldaten kämpfen mit im Cyberkrieg

14 Jürgen Grässlin

Pressefreiheit durch Staatsanwaltschaften bedroht

15 Stuttgarter Friedenspreis 2016 für Jürgen Grässlin

16 Erklärung des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises: Gegen die Aushöhlung der Meinungs- und Pressefreiheit

18 Die zögerliche Haltung der Staatsanwaltschaft Stuttgart im Fall des Waffenproduzenten Carl Walther

19 Benno Malte Fuchs

Soziale Medien im Kontext friedenspolitischer Arbeit

19 Michael Schulze von Glaßer

Social-Media offensiv nutzen

20 Gerold Korb

Zwischenruf: Weder sozial noch Netzwerk

22 Felix Oekentorp

Gesetz schützt die Falschen!

23 Wolfram Wette

Wir halten an der humanen Orientierung fest!

24 Ralf Buchterkirchen

Kriegsführen auf der Aschenbahn

26 Bernhard Kusche

Hinschauen oder verdrängen?

26 Siglinde und Ralf Cüppers

Killerdrohnen ächten!

2017: 125 Jahre DFG-VK

10 Michael Schulze von Glaßer

Geschichte zum Aufbruch

Aktion

28 Marion Küpker

Neue Kampagne gegen neue Atomwaffen

30 Tobias Damjanov

FriedensradlerInnen wieder unterwegs

31 Friedensfahrradtour

Pazifismus

32 Thomas Rödl

Konfrontation oder Kooperation?

Debatte

34 Cornelia Mannewitz

„Links“ und „rechts“ und die DFG-VK

36 Stefan Philipp

Wie soll man die nennen, die von Frieden sprechen und Krieg führen?

13 Impressum

25 Zur Erinnerung an Daniel Berrigan

27 CampaPeace-Qualifizierung

35 Trauer um Hannelis Schulte

38 Briefe

39 Feldpost



Foto: privat

Liebe Leserin, lieber Leser, das Schwarz-weiß-Foto rechts unten auf der Titelseite zeigt unsere Gründerin Bertha von Suttner. 1892 hat sie – zusammen mit Alfred Hermann Fried – die Deutsche Friedensgesellschaft gegründet. Im nächsten Jahr können wir also unser 125jähriges Bestehen feiern. Die ersten Planungen dafür wurden bereits angestellt, unser stellvertretender politischer Geschäftsführer Michi Schulze von Glaßer stellt sie vor (Seite 10).

Dass wie erwähnt die DFG aus der Zusammenarbeit einer Frau mit einem Mann entstanden ist, könnte ein schönes Vorbild für uns sein. Die Realität sieht leider anders aus: Die DFG-VK ist ein „Männerverein“, jedenfalls zu 84,49 Prozent. Und die wenigen Frauen sind oft nicht sichtbar, im BundessprecherInnen(!)kreis beispielsweise ist mit Cornelia Mannewitz gerade einmal eine einzige Frau vertreten, und auch in dieser Zeitschrift schreiben regelmäßig mehr Männer als Frauen. Das wurde vor einiger Zeit von einer Leserin zurecht heftig kritisiert.

Ich habe nun eine Reihe Frauen gebeten, für die **Zivil-Courage** aufzuschreiben, warum sie in diesem „Männerverein“ Mitglied (geworden und geblieben) sind, und was die DFG-VK tun kann, soll und muss, damit mehr Frauen bei uns Mitglied werden. Diese Texte von acht Frauen bilden die Titelgeschichte. Eine wichtige Konsequenz sollte für uns das sein, was Brunhild Müller-Reiß schreibt: Die DFG-VK „muss Frauen sichtbarer und hörbarer machen.“

Was die Sichtbarkeit angeht, ist mit dem Titelblatt dieser Ausgabe ein erster Schritt gemacht worden. Es soll zeigen, dass Frauen in der DFG-VK und der Friedensbewegung vielfältig aktiv waren und sind.

Und „erster Schritt“ meint, dass es dabei nicht bleiben soll. Die „Frauen-Männer-Frage“ sollte neben den vielen anderen wichtigen Fragen unseres Engagements ein Thema sein. Für uns alle, Frauen wie Männer. Schon aus ganz eigennützigen Gründen. Um politisch etwas zu verändern, sollten wir möglichst viele sein. Die DFG-VK wäre deshalb ziemlich blöd, wenn sie in der Art, wie sie ihre Arbeit organisiert, strukturiert und vermittelt, auf die eine Hälfte der Bevölkerung verzichten würde!

Und ein zweiter Grund ist mir wichtig: Unser politischer Pazifismus, der sich gegen jede Art von Krieg richtet, ist kein „Männerprojekt“. Der Krieg hingegen schon! Jedenfalls sind es ganz überwiegend Männer, die ihn vorbereiten, planen und durchführen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass wir in Deutschland derzeit eine Kriegsministerin haben und dass fast 20 000 Soldatinnen Dienst in der Bundeswehr leisten. (Das sind knapp 11 Prozent; da sind wir mit über 15 Prozent ja vergleichsweise gut.)

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern dieser Ausgabe, die einen solchen Umfang hat wie noch keine zuvor in den 17 Jahren, seit ich für unsere Verbandszeitschrift verantwortlich bin, eine spannende Lektüre und viele neue Erkenntnisse.

Stefan Philipp

Anzeige



Jörg Kronauer

Allzeit bereit

Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen

ISBN 978-89438-578-1
214 Seiten | € 14,90

Deutschland müsse seiner globalen Verantwortung gerecht werden, zur Not auch mit Soldaten.

Hinter dieser Maxime des Bundespräsidenten stehen ökonomische und geostrategische Expansionsinteressen. Daran wirken mit: Think-Tanks, Stiftungen und andere Akteure.



Karin Leukefeld

Flächenbrand

Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat

2., erweiterte Auflage
ISBN 978-89438-577-4
230 Seiten | € 14,90

Karin Leukefeld erläutert, wie und warum die Region

des »Fruchtbaren Halbmondes« in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf Syrien und seine Nachbarstaaten hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.



Gerd Schumann

Kolonialismus, Neokolonialismus, Rekolonisierung

Basiswissen
ISBN 978-89438-580-4
127 Seiten | € 9,90

Von den Sklavenhaltergesellschaften der Antike über die europäischen Plünderer aus Feudalismus und

Kapitalismus sowie die neokolonialen Konquistadoren nach 1945 bis zur gegenwärtigen Rekolonisierung, die sich der überkommenen Methoden der Unterdrückung bedient.

PapyRossa Verlag

Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln
Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax (02 21) 44 43 05
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de



Warum Frauen in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied sind und was getan werden kann, damit mehr Frauen in der DFG-VK Mitglied und aktiv werden

Vor einiger Zeit beschwerte sich eine Leserin, dass in der **ZivilCourage** so wenige Beiträge von Frauen erscheinen. Eine berechtigte Kritik. Dass vergleichsweise wenig Frauen in der Verbandszeitschrift schreiben, spiegelt auch ihren Anteil in der Mitgliedschaft wider: Die DFG-VK ist eine Organisation, in der überwiegend Männer Mitglied sind.

Aber das muss und sollte nicht so bleiben. Damit sich etwas ändert, sollte „die Frauen-Männer-Frage“ ein Thema werden.

Hier schreiben einige Frauen, warum sie in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied (geworden und geblieben) sind, und was der Verband tun kann/soll/muss, damit mehr Frauen in ihm Mitglied (und aktiv) werden.

Diese beiden Fragen wurden 26 Frauen gestellt, acht haben auf die Bitte um Antwort reagiert. Gebeten wurde auch um ein Foto, um diese Titelgeschichte mit den Antworten zu illustrieren und den Frauen „ein Gesicht zu geben“. Soweit ein Bild zur Verfügung gestellt wurde, ist es hier veröffentlicht.

Und: Diese Veröffentlichung soll erst ein Anfang sein. Gefragt sind auch weitere Frauen. Und die Männer.

Brunbild Müller-Reiß



Foto privat

Warum bin ich als Frau in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied (geworden und geblieben)?

Mein Eintritt in die DFG-VK (hieß sie damals schon so?) liegt lange zurück. Damals war ich Studentin in Göttingen, als „68in“ aktiv und fand, dass ein Engagement gegen Krieg dazu gehört. Wir waren ja damals alle aktiv in unserer Arbeit für eine Beendigung des Vietnamkriegs. Dann kamen beide Staatsexamen, die Geburt von zwei Kindern und diverse, aber meist doch begrenzte, politische Aktivitäten.

Im Rahmen der Friedensbewegung in den 1980er Jahren war ich dann wieder mitten drin, allerdings eher am Rande der DFG-VK. Zum einen war ich inzwischen aktiv in der „neuen Frauenbewegung“, zum anderen – und das hing miteinander zusammen – entwickelten wir in Hannover (und zeitweilig auch darüber hinaus) Gruppen, die sich „Frauen gegen Militär“ nannten.

Dies hing durchaus auch mit meinen Erfahrungen mit dem „Männerverein“ DFG-VK bzw. den Erfahrungen in „gemischten Gruppen“ zusammen: Egal, ob wir wenige oder viele Frauen waren – tonangebend waren die Männer, in vielfältiger Weise.

Unsere „Frauen gegen Militär“-Gruppen verstanden sich als Teil der friedens-/antimilitaristischen, aber auch der feministischen Bewegung. Unser Ziel war die Verhinderung der Mittelstreckenraketen, der Kampf gegen Militär allgemein und die Verweigerung einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, auch als „zivile“ Helferinnen etc. Inzwischen ist das alles Makulatur! Frauen sind in der Bundeswehr gern gesehen (wenn auch nicht wirklich von allen Soldaten). Und ungeachtet aller Proteste billigte der Bundestag 1983 endgültig die Stationierung der Pershing-Raketen und Marschflugkörper.

Makulatur? Nein! Auch wenn die derzeitige Antikriegsbewegung vergleichsweise klein ist – Kriege sind es nicht! Und die Folgen der weltweiten Kriege: Gewalt allgemein, Vergewaltigung, Hunger und Fluchtbewegungen ungeahnten Ausmaßes sind es auch nicht.

Deshalb bin ich nach wie vor in der DFG-VK – aber auch als Feministin unterwegs. Deshalb möchte ich nach wie vor, dass weder Frauen noch Männer in Kriege ziehen (müssen) und dass Kriegsdienstverweigerung überall auf der Welt möglich ist.

Was kann/soll/muss die DFG-VK tun, damit mehr Frauen in ihr Mitglied (und aktiv) werden?

Allgemein gesagt: Sie muss Frauen sichtbar und hörbarer machen.

Z.B. wäre es m.E. sinnvoll, die Gewalt gegen Frauen in Kriegen wahrnehmbar zu machen. Krieg ist Gewalt gegen alle Menschen, da gibt es nichts zu rütteln. Aber wenn z.B. im Krieg im Kongo Frauen in einem ungeheuren Ausmaß vergewaltigt werden (u.a. von ehemaligen Kindersoldaten, die ihre eigenen Gewalterfahrungen durch Gewalt gegenüber Frauen weitergeben), dann wäre dies ein wichtiges Thema. Aber auch z.B., welche Erfahrungen Soldatinnen in internationalen Armeen machen.

Vielleicht wären auch Anregungen von Aktionen speziell von Frauen gegen Gewalt an Frauen wichtig (als Fluchtursachen, als Gewalterfahrungen während der Flucht und nach der Flucht und in ungenügend ausgestatteten Flüchtlingsunterkünften).

Bei denjenigen, die in Deutschland geflüchtete Menschen unterstützen, sind sehr viel junge Frauen. Sie verdienen viel mehr Aufmerksamkeit, als ihnen in den Medien zugestanden wird...

Lasst sie mal in der **ZivilCourage** sichtbar und hörbar werden.

Gerit Ziegler

Lange Zeit war der Militärdienst nur Männern vorbehalten. Dies hat sich zwar mit der Aufhebung des Militärzwangsdienstes geändert. Aber auch ich bin seit über 30 Jahren zu dem Thema aktiv (Soldaten sind Mörder!), und mir ist es egal ob dies als Frau oder Mann artikuliert wird. Das ist immer und zu jedem Zeitpunkt wichtig sagen zu dürfen.

Nehmen wir international die Mütter gegen den Krieg. Kaum eine andere Gruppe ist so radikal und engagiert. Aber Sie werden in der Regel erst dann aktiv, wenn ihre Söhne oder anderer Angehörigen, beschädigt (oder tot) aus dem Krieg kommen... Besser wäre es zwar, gleich über alle Risiken eines Kriegseinsatzes zu informieren, aber: „Lieber jetzt als nie“!

Ein konkretes Beispiel:

Uliana Kotsaba, Mutter von zwei Kindern; sie wird eine Delegationsfahrt machen, weil ihr Mann in der Ukraine beschuldigt wird wegen „Staatsverrats“, weil er den Krieg ablehnte und zur Kriegsdienstverweigerung aufrief.

Also: Es freut mich, wenn auch Frauen aktiv werden gegen den Kriegsdienst – aus welcher Motivation auch immer...

Und in Anbetracht aktueller Ereignisse wie

- der Menschenrechtsverbrechen gegen Geflüchtete, die durch ihre Flucht übers Meer, zu der viele keine Alternative haben, in den Tod getrieben werden;
- der Tatsache, dass Afghanistan und andere Kriegsregionen als sichere Herkunftsländer definiert werden;
- einer Flüchtlingsabwehr, die als Erstes wieder mal Roma und Sinti ausgrenzt;

- einer Bundeswehr, die sich bedingungslos der Logik unterordnet, die eigenen deutschen kapitalistischen Ressourcen abzusichern;

ist es mir „scheißegal“, ob ein Mann oder eine Frau sich gegen die Verhältnisse stellt.

Es ärgert mich viel mehr, dass es einer breiten Gesellschaftschicht egal ist, was in ihrem Namen als Demokratie und Menschenrechte verkauft wird.

...

Siglinde Cüppers



Foto: DFG-VK Hamburg/Schleswig-Holstein

Vor etwa 25 Jahren bin ich Mitglied der DFG-VK geworden. Aus antimilitaristischer Überzeugung stelle ich das militärische System grundsätzlich in Frage und setze mich deswegen für die Abschaffung der Bundeswehr ein.

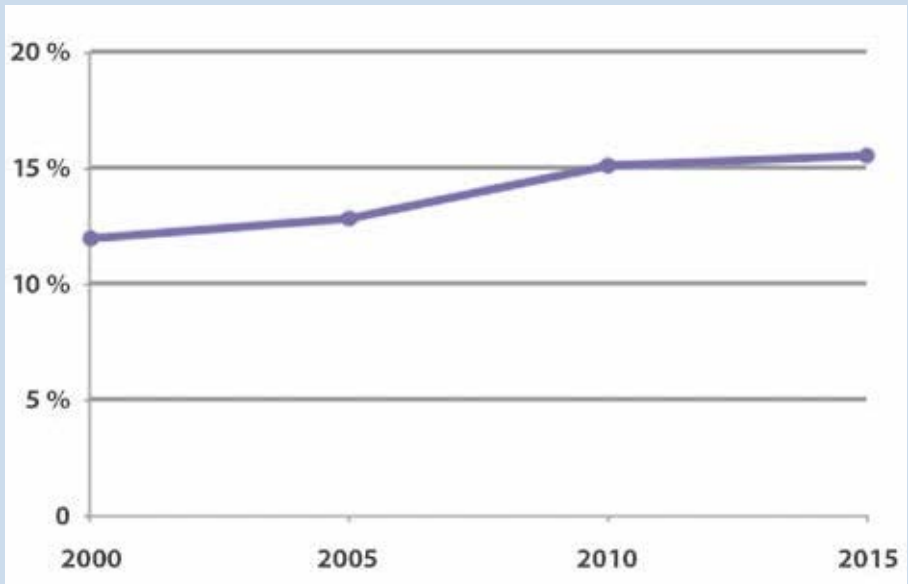
Für mich ist es wichtig, beim Thema Entmilitarisierung die Abschaffung der Bundeswehr in den Vordergrund zu stellen, weil ich für allgemeine, einseitige und vollständige Abrüstung eintrete, im Sinne einer Vorleistung, unabhängig davon, ob auch andere Menschen in anderen Gesellschaften dazu bereit sind. Ich kann in dieser Gesellschaft für Abrüstung eintreten, aus der ich komme und in der ich lebe.

Für mich ist es wichtig, bei der grundsätzlichen Militärkritik die Bundeswehr zu benennen, denn es ist die Armee, für die wir hier verantwortlich sind: die wir mit unseren Steuergeldern finanzieren, die an unseren Schulen, Berufsbildungszentren und bei Jobmessen ihren Nachwuchs rekrutiert und die im Auftrag unseres Parlaments in den Krieg zieht.

„Soldaten sind Mörder“, damit wird die Tätigkeit von Soldatinnen und Soldaten delegitimiert und aufgezeigt, dass sie zu systematischem Töten abgerichtet werden und dadurch in ihrer Persönlichkeit deformiert und entmenschlicht werden wie bei keiner anderen beruflichen Tätigkeit. Die Themen, die zu „Bundeswehr abschaffen“ gehören, finden sich in unserem DFG-VK-Grundsatzprogramm.

Wie trage ich dazu bei, für die Abschaffung der Bundeswehr zu werben?

Entwicklung des Frauenanteils in der DFG-VK von 2000 bis 2015



Durch Infostände und Aktionen, Flugblätter-schreiben und -verteilen.

Zur Zeit organisiere ich in etwa monatlichem Abstand Mahnwachen und Kundgebungen vor dem Fliegerhorst in Jagel, zusammen mit anderen Aktiven des Landesverbandes Hamburg/Schleswig-Holstein und Friedensfreundinnen und Friedensfreunden.

Bei Werbeveranstaltungen der Bundeswehr klebe ich Plakate und Aufkleber und protestiere mit Transparenten und Mahnwachen.

Wie kann die DFG-VK neue Mitstreiterinnen gewinnen?

Nach meiner Erfahrung können Frauen und Männer durch konkrete Aktionsangebote gewonnen werden. Wichtig ist, dass die Aktionen gut organisiert sind und alle daran Beteiligten auf eine freudvolle Atmosphäre und gute Stimmung treffen. Bei Aktionen, an deren Vorbereitung ich beteiligt bin, kann jeder seine Transparente, Fahnen und Demonstrationsmittel mitbringen und sich mit konkreten Beiträgen und Anregungen beteiligen. Wir singen und lachen und freuen uns zusammen. Wir gestalten unsere Aktionen offen und frei. Das ist für die Entwicklung von Zugehörigkeit und Gemeinschaft wichtige Voraussetzung und für unser Durchstehvermögen förderlich.

Zuletzt ist noch zu erwähnen, dass aus feministischer Sicht im Militärsystem das schlimmste Ausmaß patriarchaler Gewalt praktiziert wird. Denn das militärisch organisierte Töten und Morden von Menschen ist die schlimmste Form von Gewalt. Ein System, in dem das Recht des Stärkeren zählt, ist undemokratisch und patriarchal.

Susanne Winter

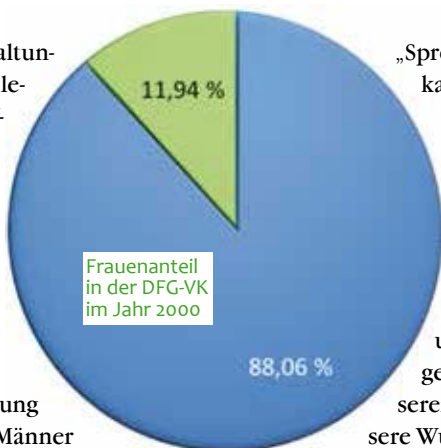


Warum bin ich als Frau in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied (geworden und geblieben)?

Obwohl mir viel an Gleichstellung liegt (... und das fängt mit Sprache an ...), habe ich noch nie den Eindruck gehabt, die DFG-VK sei ein „Männerverein“ - vielleicht, weil mir die politischen Aktionen,

Veranstaltungen und Mahnwachen stets das eigentlich Wichtige waren und wohl auch, weil in meinem Umkreis viele Frauen aktiv sind.

Was kann/soll/muss die DFG-VK tun, damit mehr Frauen in ihr Mitglied (und aktiv) werden?



„Spread the news“, kann ich da auf „neu-schwäbisch“ nur sagen: Je mehr wir darüber reden, je offener wir unsere Sorgen, Ängste, unseren Protest und unsere Wut mit anderen teilen

(... das sind in meinem Umfeld wieder

derum viele Frauen), desto eher wird der „Verein“ Zuwachs bekommen. In meinen Augen hat die Mitgliederschwäche eher mit der Bequemlichkeit der Menschen zu tun als mit Genderfragen, das Fazit bleibt dasselbe: reden wir mehr darüber. Vielleicht nicht erst, wenn wir vor lauter Katastrophen den Mund gar nicht mehr aufkriegen.

...

Sonnbild Thiel



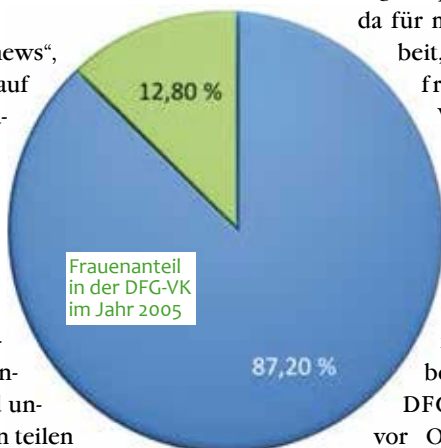
Foto: Stefan Philipp

Als ich 1961 Ulli kennen lernte, war ich schon pazifistisch „angehaucht“. Ich freute mich daher sehr darüber, dass Ulli den Kriegsdienst verweigerte. Ulli begann seinen Zivildienst Anfang April 1966 in Karlsruhe, Mitte April 66 heirateten wir und wohnten ab da in Karlsruhe.

1968 trat Ulli in die damalige IdK (Internationale der Kriegsdienstgegner) ein und engagierte sich gleich in der Gruppenarbeit. Da unsere ersten beiden Kinder bald kamen, habe ich zu Hause bei Büroarbeiten für die IdK mitgeholfen. 1971 legte Ulli mir ein Beitrittsformular hin und ich unterschrieb. Die ganze Arbeit für die DFG-IdK (später DFG-VK) machten wir gemeinsam, egal ob in der Gruppe oder im Landesverband. Mit unseren verschiedenen Fähigkeiten ergänzten wir uns wunderbar. Auch wenn ich mehr im Hintergrund arbeitete, hätte Ulli ohne mich nicht das leisten können, was er geleistet

hat, und wenn ich etwas nicht gut fand, wurde es auch nicht angegangen. Ich hatte kein Problem damit, dass die DFG-VK damals ein fast ausschließlicher Männerverein war.

Geärgert habe ich mich nur, wenn andere im Verband meine Arbeit als minderwertig abqualifizierten,



da für mich jede Arbeit, die für eine friedlichere Welt geleistet wird, gleichwertig ist. Als Ende der 1990er Jahre niemand mehr bereit war, die DFG-VK-Arbeit vor Ort zu übernehmen, haben wir die

Gruppenarbeit wieder übernommen. Da ich nach Ullis Tod diese Arbeit nicht alleine stemmen kann, versuche ich, die Aufgaben auf mehrere zu verteilen. Und es gibt einige, die mithelfen und auf die ich mich verlassen kann.

Ich sehe das Problem der DFG-VK nicht darin, wenig Frauen als Mitglieder zu haben, sondern in der kaum vorhandenen Jugend, egal welchen Geschlechts. Da müssten Konzepte erarbeitet werden, wie die eher pragmatische Jugend für eine Mitarbeit gewonnen werden kann.

Man muss ja gar nicht Pazifist/in sein, um zu erkennen, dass Gewalt nur wieder Gewalt erzeugt und dass Kriege nicht zum Frieden führen. Es werden Unsummen an Geldern ausgegeben für Zerstörung und Tod. Mit einem Bruchteil dessen, was für Rüstung weltweit ausgegeben wird, könnte viel für eine friedlichere Zukunft erreicht werden. Es geht um die Zukunft der jungen Menschen!

...

Lena Sachs



Foto: privat

Zunächst einmal bin ich als Mensch und nicht als Frau in die DFG-VK eingetreten.

Der Grund ist einfach: weil mir Antimilitarismus eine Herzenssache ist.

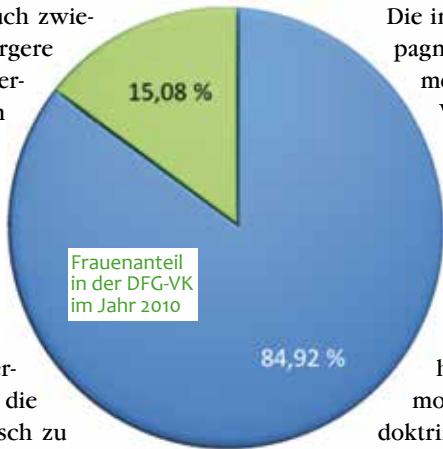
Sehr gut, dass das Thema Geschlechterverhältnisse aufgegriffen wird. Dass die DFG-VK bzw. Zusammenkünfte im Kontext „Friedensbewegung“ so von alten

Herren dominiert sind, die zum Teil wenig reflektiert mit ihrer männlichen Dominanz umgehen, macht eine aktive Beteiligung für mich tatsächlich unattraktiv. Gleichzeitig höre ich: „Mensch toll, Lena, dass du als Frau in diesem Bereich aktiv bist.“ Oder: „Wir brauchen noch eine weibliche Referentin. Könntest du...?“

Da bin ich dann auch zwiespalten. Ich ärgere mich über die Überrepräsentanz von Männern und finde derartige Anfragen zugleich auch irgendwo kränkend. Generell ist es aber essenziell, diese Männerdominanz innerhalb der DFG-VK, die ja durchaus historisch zu erklären ist, zu überwinden; sowohl aus feministischer als auch aus antimilitaristischer Perspektive. Das wird sicher ein langer Prozess.

Vielleicht sollte man zuerst mal die Stelle eines Frauenbeauftragten einrichten, der dann entscheidet, dass sie DFG-VK Themen wie Friedenspädagogik und Kinderrechte stärker fokussieren sollte, um mehr Frauen anzusprechen? Ok, zugegeben, keine gute Idee. Ich denke aber, es könnte hilfreich sein, wenn sich frau da mal zusammensetzt und Ideen dazu spinnt.

Nebenbei betrifft die angesprochene Problematik meiner Einschätzung nach auch nicht nur Frauen, sondern zudem generell junge, kritische Menschen, die kein Interesse an Institutionsbürokratie und Dominanzstrukturen sowie Regenbogenfahnen und Friedenstauben haben.



Die inhaltlich-politische, kampagnenorientierte Themenpalette des Verbandes erweiterte sich durch eine politisch-pazifistisch verstandene Friedenserziehung als Gegenmodell zur Kriegsin doktrination von Kindesbeinen an. Oder „Frauen in die Bundes-

wehr - Wir sagen Nein!“ als Gegenkampagne zu Alice Schwarzers pseudo-emanzipatorischer Forderung „Frauen in die Bundeswehr“ trugen dazu bei, dass der Verband ein zeitgemäßes Profil entwickeln konnte.

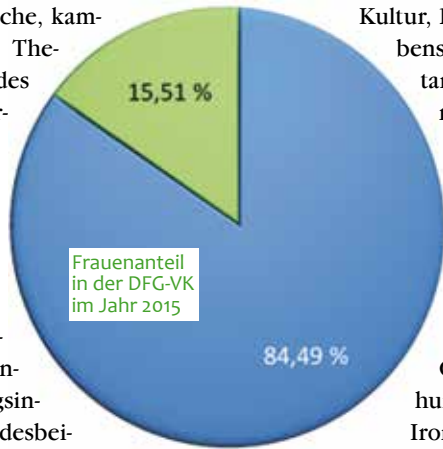
Vergessener Höhepunkt dieser pazifistisch-feministischen Aktivitäten war im November 1989 der große internationale Schriftstellerinnen-Kongress „Bertha von Suttner. 100 Jahre Die Waffen nieder!“ in der Folkwang-Hochschule in Essen. Den großen Eröffnungsvortrag über die „Urmutter des Pazifismus“ (so Christian Schmidt in ZC 5/2015 in seiner Buchbesprechung) Bertha von Suttner hielt die deutsch-österreichische Historikerin Brigitte Hamann. In Themen- und Fragestellungen konzipiert und organisiert von

Frauen im Rahmen des Bertha-von-Suttner-Bildungswerks war dieser Kongress ein singuläres Ereignis im gespaltenen Deutschland der Nachkriegszeit. Über 300 Teilnehmer_Innen und 22 Schriftstellerinnen und Publizistinnen vorwiegend aus der BRD und DDR diskutierten über

Sprache und Sprachgewalt, Kultur, Denk- und Lebensweisen, Militarismus, Sexismus, Nationalismus in Gesellschaften, die unter ständiger Kriegsvorbereitung und Gewaltandrohung stehen.

Ironie oder Zufall der Geschichte: Von niemand zu diesem Zeitpunkt erwartet wurde zeitgleich zum Kongress die Berliner Mauer geöffnet und damit der Anfang vom Ende der Teilung Europas und des bipolaren Weltsystems eingeleitet. Auf die Umwälzungen der herrschenden Machtverhältnisse in Ost und West war keine der tradierten Antikriegs- und Friedensorganisationen vorbereitet. Nicht nur in der DFG-VK schrumpften die Mitgliederzahlen rapide. Dieser negative Trend ging einher mit Desorientierung und internen Problemen, die möglicherweise mehr Frauen als Männer zum Austritt oder in die Passivität trieben.

Die Frage, was die DFG-VK heute tun kann/soll/muss, damit mehr Frauen in ihr aktiv werden, ist ohne die Rückbesinnung auf die spezifischen Leistungen



...

Juliane Pitz

Als ich 1974/75 über Umwege von Bayern nach Essen zog und Mitglied der DFG-VK wurde, hätte ich mit dem Begriff Männerverein nichts anfangen können. Weder das Programm, noch die Praxis gaben Hinweise darauf, dass Frauen als Mitglieder zweiter Klasse eingestuft wurden. In der Organisation lernte ich viele Frauen kennen, die, wie ich selber, seit den 1950er Jahren am Widerstand gegen Wiederaufrüstung, Atomwaffen, Vietnamkrieg, Berufsverbote und Notstandsgesetze beteiligt waren. Sie waren nach der Vereinigung der alten DFG-IdK mit dem jüngeren VK sowohl an der Basis als auch in den gewählten Gremien stark vertreten.



Foto: Anamka Alaurin Gornit/Umbuch Bildarchiv

von Frauen im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten ihrer (und nicht unserer) Zeit kaum zu beantworten. Wenn ich „man“ wäre, würde ich als Erstes versuchen, heute profilierte Frauen von damals (z.B. Brigitte Hamann, Daniela Dahn, Hanne-Margret Birckenbach, Florence Hervé, u.a.) mit profilierten emigrierten Frauen zusammenzubringen, um über Perspektiven und Aufgaben des Pazifismus im 21. Jahrhundert zu diskutieren. Wir sollten nicht länger ignorieren, dass wir in multikulturellen Einwanderungsgesellschaften mit Frauen und Männern leben, die zu unseren Diskussionen viel beisteuern könnten.

...

Marion Küpker



Warum bin ich als Frau in dem „Männerverein“ DFG-VK Mitglied (geworden und geblieben)?

Gute Frage! Dies hat sehr mit meiner persönlichen Geschichte zu tun. In einer Hamburger Jugendeinrichtung hatten wir in den 1980er Jahren das Glück, von den dortigen MitarbeiterInnen eine Frauen- und eine KDV-Gruppe organisiert bekommen zu haben. Auch gab es monatliche Hausplenen, sodass wir Jungerwachsene lernten, miteinander zu diskutieren und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Atomare Aufrüstung und Nato-Doppelbeschluss, Proteste gegen das AKW Brokdorf, Golfkrieg, die „No Future“-Generation und das neue Bewusstsein darüber, dass es die „schwarze“ Pädagogik ist, die Menschen zu Untertanen macht, damit sie

in diesem globalen Ausbeutungssystem ihre Rolle spielen und die Züchtigung ihrer eigenen Kinder als Liebe verstehen.

Hier hatte ich in Hamburg den ersten Kontakt mit der DFG-VK, es brauchte allerdings noch ein paar Jahre in sozialen Bewegungen, bis ich vom pazifistischen Widerstand überzeugt war.

Der Tschernobyl-Gau bestimmte mein anhaltendes Interesse an den Auswirkungen radioaktiver Verseuchung, zumal ich mich für ein Kind und damit für die Zukunft entschieden hatte. Atomtests und Uranabbau fast ausschließlich auf dem Land indigener Bevölkerungen; Uranwaffen in Bomben und Munition der neuen Kriege und immer noch Atomwaffen in Deutschland. Aktiv in der Aktionsgruppe „Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen“ wurden wir 2001 Mitgliedsorganisation in der DFG-VK. Mein anhaltendes internationales Engagement führte dazu, mich zur Internationalen Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen für die DFG-VK wählen zu lassen. Als alleinerziehende Mutter war es mir wichtig, für mein Kind in der Erziehung präsent zu sein, sodass meine politische Arbeit zur sinnerfüllenden „Neben“-Tätigkeit wurde. Die Anbindung an und Vernetzung mit der DFG-VK (und deren Gruppen) machte dieses in diesem Umfang erst möglich: Organisation von Vortrags-Veranstaltungen u.a. mit internationalen Gästen und auch die Übernahme von Fahrtkosten, Ausbildung zur Campaignerin und vieles mehr. Durch die Eingebundenheit in unser soziales Netzwerk finden Diskussionen und Reflexionen zu den aktuellen Kriegsthemen statt und auch Schutz vor Repression. Es ist schön, sagen zu können, zur ältesten deutschen Friedensorganisation zu gehören, deren ursprüngliches Gründungsmitglied auch eine Frau - Bertha von Suttner - war. Nie wieder Krieg, die Waffen nieder!

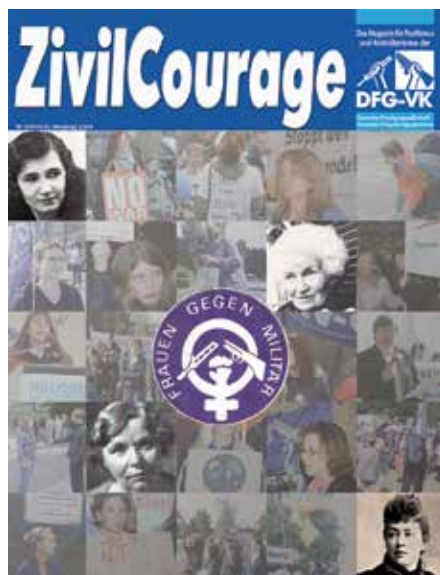
Was kann/soll/muss die DFG-VK tun, damit mehr Frauen in ihr Mitglied werden?

Es hat sich viel in den letzten Jahrzehnten verändert, auch in Bezug auf die Arbeitsschwerpunkte in der DFG-VK. Aus meiner Sicht lag in der nun auch schon länger zurückliegenden Vergangenheit der Schwerpunkt der Arbeit in den Beratungen durch die KDV-Gruppen. Dieses Angebot richtete sich meist an junge Männer, sodass die Landesverbände in der Regel jeweils eine Stelle mit Männern einrichteten, um die Arbeit zu koordinieren, die über ein ehrenamtliches Ausmaß hinaus geleistet werden muss/te. Heute nehme ich es so wahr, dass es am ehesten diese Männer sind, die unsere neuen Kampagnen für die DFG-VK voranbringen. Für Campaignerinnen wurden bisher aber noch keine (neuen) Stellen eingerichtet. In der Gesellschaft wird immer mehr auf eine Frauenquote geachtet, und in politischen Organisationen werden neue BewegungsarbeiterInnen-Stellen eingerichtet (z.B. Netzwerk Friedenskoperative, in dem bisher aber auch nur Männer angestellt wurden). Auch die DFG-VK sollte anfangen, Schritte in Richtung Bewegungsarbeiterinnen-Stellen zu gehen. Dabei wäre allerdings darauf zu achten, tatsächlich die Frauen auch in ihren Bereichen als Campaignerinnen arbeiten zu lassen und sie nicht darin zur typisch frauenrollenspezifischen Zuarbeit verpflichtet zu wollen. Größtmögliche Unabhängigkeit auf gleicher Augenhöhe wird dieses erst attraktiv werden lassen, und es braucht dazu sicher eine Arbeitsgruppe. Dieses könnte z.B. an dem gesellschaftlich viel diskutierten Thema Existenzgeld angelehnt sein.

Jedenfalls sollte dieses Thema, gerade vor dem Hintergrund der 125-Jahresfeier und in Anlehnung an Bertha von Suttner, zwingend für die DFG-VK sein, wenn sie zeitgemäß sein möchte!

Ingeborg Küster (1909-2004)
Sekretärin der Geschäftsstelle der DFG und Privatsekretärin des geschäftsführenden DFG-Vorsitzenden Fritz Küster (1929-1933); Redaktionssekretärin der Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ (1925-1933 hrsg. von F. Küster; Publikationsorgan des Westdeutschen Landesverbands der DFG; Neugründung nach dem Krieg, von 1963 bis 1969 hrsg. von Ingeborg Küster); Mitbegründerin und in der Leitung der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung (1952-1974).

Helene Stöcker (1869-1943)
Präsidiumsmitglied der DFG (1919-1929), Mitbegründerin der Deutschen Liga für Menschenrechte, des Bundes der Kriegsdienstgegner und der War Resisters' International, Ratsmitglied des International Peace Bureau; nach 1933 Exil in Schweden und den USA.



Rosel Lohse-Link (1905-1997)
Ehrenmitglied der DFG-VK; Mitglied im IdK-Bundesvorstand (1947-1953), stellvertretende IdK-Bundesvorsitzende (1954/55).

Bertha von Suttner (1843-1914)
Mitbegründerin der DFG (1892), Gründerin der Österreichischen Friedensgesellschaft (1891); erhielt 1905 als erste Frau den Friedensnobelpreis, dessen Stiftung 1901 auf ihre Anregung zurückging; Autorin des weltbekannten Buchs „Die Waffen nieder“

CALL FOR ACTION!

11. Juni 2016 - „Tag der Bundeswehr“

Bundesweiter Aktionstag gegen das deutsche Militär!



#TdBw #KeinTdBw



www.kein-tag-der-bundeswehr.de

DFG-VK
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT -
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN

Geschichte zum Aufbruch

Im November 2017 wird die DFG-VK 125 Jahre alt – Chance zur Rückbesinnung und zum Vorwärtsdenken
Von Michael Schulze von Glaßer

2017 wird unsere Organisation 125 Jahre alt – 1892 wurde die Deutsche Friedensgesellschaft von den späteren FriedensnobelpreisträgerInnen Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried gegründet. Aktuell bereitet eine Arbeitsgruppe das Jubiläumsvor.

Seit dem Bundeskongress 2015 finden regelmäßig Telefonkonferenzen der etwa acht Leute umfassenden „AG Öffentlichkeitsarbeit/125 Jahre DFG“ statt. Dabei wurden viele Vorschläge gemacht, Debatten geführt, Ideen entwickelt (und wieder verworfen) und Konzepte erstellt: Das 125-Jährige soll dem Verband neuen Schwung geben!

Auch bei der Sitzung des Bundesausschusses im März sowie beim Social-Media-Workshop im April wurde bereits in mehreren kleinen Arbeitsgruppen über das Jubiläumsvor gesprochen. Denn erfolgreich wird es nur, wenn viele Mitglieder mitmachen: Sich selber engagieren oder – was auch sehr wichtig ist – zur Finanzierung der vielen ausgearbeiteten Ideen beitragen.

125 Jahre DFG-VK – Die Waffen nieder!

Zentral für das Jubiläumsvor ist das einheitliche Auftreten. In langen Diskussionen hat die Arbeitsgruppe zahlreiche Logo- und Slogan-Entwürfe zum 125-Jährigen diskutiert. Gemeinsam mit dem Bun-

dessprecherInnenkreis (BSK) wurde eine engere Auswahl getroffen und den Delegierten des Bundesausschusses letztlich ein Entwurf mit dem zentralen Slogan „Die Waffen nieder!“ vorgelegt – ein Motto, das auf den bekannten Roman der DFG-Gründerin Bertha von Suttner zurückgeht und damit sowohl die historische Herkunft als auch den andauernden Einsatz gegen Krieg, Gewalt und Militär beinhaltet. Das Jubiläumsvor soll auf Flyern, Schreiben und anderen Materialien von etwa September 2016 bis Ende 2017 verwendet und den Orts- und Regionalgruppen für ihre Arbeit digital zur Verfügung gestellt werden.

Damit soll das Logo zum gesamten „Corporate Design“ der DFG-VK beitragen und helfen, die aktuellen Defizite in Sachen „einheitliches Auftreten“ abzubauen. Alle Aktiven werden weiterhin gebeten, sich bei der Erstellung von Materialien an die vom Bundesausschuss bereits vor Jahren verabschiedeten „Corporate Design“-Richtlinien zu – leichte Erkennbarkeit ist für politische Organisationen heute extrem wichtig.

Patenschaftsstelle

Die Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit durch finanziell abgesicherte professionelle Strukturen hat sich in der jüngeren Verbands-Vergangenheit als sehr wichtig herausgestellt. In Zeiten immer komplexer werdender Politik und neuer Wege, poli-

tische Inhalte an Menschen heranzutragen, sind kontinuierlich arbeitende Aktivistinnen unabdingbar. Um die Arbeiten rund um das Jubiläum voranzutreiben und zu tragen, wurde bereits auf dem Bundeskongress 2015 in Mannheim mit dem Antrag „125 Jahre DFG-VK: Öffentlichkeitsarbeit der DFG-VK 2015 bis 2017“ die Einrichtung einer Patenschaftsstelle beschlossen. Einige Aufgaben des Stelleninhabers sind:

- Einlesen in die Historie der DFG(-VK), um „ExpertIn“/erster AnsprechpartnerIn für das Thema zu sein – organisationsintern und auch für die Presse/Öffentlichkeit;
- enger Austausch mit den Aktiven in der DFG-VK (darunter BSK, BA-Mitglieder und politischer Geschäftsführer) und nach Möglichkeit Umsetzung/Ausarbeitung/Weiterentwicklung gemachter Wünsche/Idee/Vorschläge;
- Erstellung von Materialien zum „125-Jährigen“ (in Zusammenarbeit mit dem politischen Geschäftsführer z.B. einen DFG(-VK)-Wandkalender);
- Ideenentwicklung für weiteres Fundraising und öffentlichkeitswirksame Aktionen im Rahmen des Jubiläumsvors;
- Anwesenheit bei und Unterstützung von DFG-VK-Aktionen vor Ort (so möglich/irgendwann realisiert mit dem DFG-VK-Bulli – siehe unten);
- Verfassen von Pressemitteilungen, in denen die Historie der DFG(-VK) aufgegrif-



DFG-VK-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE37370205000008304606 • BIC: BFSWDE33XXX 000 • Zweck: 125-Jahre

fen wird, die aber Aktuelles (und/oder in die Zukunft Gerichtetes) zum Anlass haben;

- Kontakt und Zusammenarbeit mit Guido Grünewald als DFG-VK-Historiker – z.B. Organisation von Vortragstouren (Herstellen von Kontakt zwischen Guido Grünewald und lokalen Gruppen);
- Mitarbeit bei der Vorbereitung des Bundeskongresses 2017, damit das Thema „125-Jahre DFG“ abgedeckt wird (z.B. Organisation eines Vortrags mit Guido Grünewald an einem Kongress-Abend)

Als Besetzung für die bis Ende 2017 mit – aktuell nur – 400 Euro/Monat von den DFG-VK-Gruppen Augsburg, Frankfurt am Main, Ludwigsburg, Stuttgart, Köln und Kassel sowie dem Landesverband Niedersachsen finanzierten Stelle konnte Thomas Mickan gewonnen werden. Der junge Stuttgarter ist bereits seit Jahren in der DFG-VK aktiv. Sein umfangreiches Fachwissen über Sicherheitspolitik hat sich der studierte Politikwissenschaftler vor allem im Rahmen seiner Arbeit bei der „Informationsstelle Militarisation“ in Tübingen angeeignet. Vielen DFG-VK-Mitgliedern ist er von Vorträgen zu den Themen „Drohnen“ sowie „Bundeswehr-Rekrutierung“ bekannt. Seinen Arbeitsplatz wird Thomas Mickan in der DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart haben.

Noch ist die Stelle nur gering finanziert, so dass dort lediglich wenige Tage im Monat gearbeitet werden kann. Es können sich aber alle Gruppen sowie auch Einzelpersonen an der Finanzierung – egal in welcher Höhe – beteiligen (Kontodaten siehe Kasten): Je mehr Geld zusammenkommt, desto umfangreicher können die Arbeiten zum 125-Jährigen betrieben werden. Das Geld der Gruppen sollte „arbeiten“ – nur so kann die DFG-VK erfolgreich sein und z.B. neue Mitglieder gewinnen.

Zum Jubiläum ein Bulli

Bereits auf der Haushaltssitzung des Bundesausschusses im letzten Dezember in Kassel wurde über die Anschaffung eines Busses für die Organisation diskutiert. Zwar wurde ein Finanzantrag zum Kauf eines Omnibusses abgelehnt, eine kleinere Variante – beispielsweise ein VW-Bulli – erscheint vielen Aktiven aus der Öffentlichkeitsarbeit-AG aber als durchaus erstrebenswertes und realistisches Ziel. Als eine der größten Friedensorganisationen des Landes, die noch dazu in Regional- und Ortsgruppen auf eine große Fläche verteilt ist, kann ein Fahrzeug ein verbindendes Element sein und die politische Arbeit in der Fläche entscheidend unterstützen.



Virtuell existiert er schon, der DFG-VK-Bulli

Dabei kann ein Fahrzeug bzw. konkret ein Bulli sowohl für den Transport von (auch größeren) Materialien als auch Personen verwendet werden. Ein solches Fahrzeug ist dabei auch immer ein Blickfang. Und so gibt es viele Möglichkeiten zur Verwendung eines DFG-VK-Bullis.

Als Basisorganisation, die gut mit anderen Friedensgruppen vernetzt ist, wäre es etwa möglich, „Sommertouren“ zu organisieren und mehrere Wochen am Stück von Stadt zu Stadt zu fahren und gemeinsam mit lokalen Gruppen Infostände und Aktionen durchzuführen. Dies könnte man auch mit thematischen Schwerpunkten verbinden: Etwa gezielte Touren durch Städte mit großer Rüstungsindustrie (in Zusammenarbeit mit der „Aktion Aufschrei“). Ein weiteres Beispiel: Der angestrebte Bulli bietet genügend Stauraum, um aufsehenerregende Modelle (z.B. aus Styropor/Pappmaché) zu transportieren. So wäre etwa eine Tour mit einer aus Pappmaché nachgebauten US-Atomwaffe vom Typ „B61“ durch verschiedene Städte möglich, bei der die Waffe in Innenstädten ausgestellt und ihre Zerstörungskraft daneben auf einer Karte aufgezeigt wird. Gerade Aktionen, die „Bilder“ schaffen, sind in der heutigen Zeit nötig, um sowohl bei PassantInnen als auch in den Medien Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Bulli könnte ein sinnvolles Hilfsmittel dabei sein.

Die Orts- und Regionalgruppen könnten das Fahrzeug aber auch selbst nutzen: Viele Gruppen mieten sich aktuell Begleitfahrzeuge für ihre Sommer-Radtouren. Ein vom Verband zur Verfügung gestellter Bulli könnte die Gruppen finanziell entlasten und die Tour durch die Repräsentativität des Fahrzeugs deutlicher als politische Radtour sichtbar machen; denn in jedem Fall ist schon das (mit unserem Logo und evtl. weiteren Motiven folierte) Fahrzeug

als Solches ein Blickfang und „Basis“ für ausgehende Aktionen und Infostände; beispielsweise könnte man sich vor Messen (wie der jährlichen Bildungsmesse „didacta“ oder der Videospielemesse „gamescom“, auf der die Bundeswehr jeweils wirbt) stellen.

Der Standort des Bullis könnte erstmal bei der Bundesgeschäftsstelle in Stuttgart (wo Thomas Mickan auf der Patentschaftsstelle zum Jubiläumsjahr arbeitet) bzw. beim politischen Geschäftsführer (Waren) oder seinem Vertreter (Kassel) sein, da die Benutzung wohl hauptsächlich durch das Verbandspersonal erfolgt. Der Bulli soll aber nicht herumstehen, sondern benutzt werden und also unterwegs sein.

Im Gegensatz zu einem Omnibus hat ein Bulli den Vorteil, von allen mit Auto-Führerschein gefahren werden zu dürfen. Zudem sind die Anschaffungs- und Betriebskosten geringer: Für den Kauf eines gebrauchten VW-Bullis neueren Typs wird mit etwa 15000 Euro gerechnet. Die jährlichen Betriebskosten sind mit 2000 Euro zuzüglich Sprit veranschlagt. Ein Weg, das Fahrzeug zu finanzieren, soll der Verkauf kleiner „Modellbullis“ sein – sozusagen unser angestrebtes Fahrzeug „in klein“. So wie etwa viele Kirchen symbolisch „Steine“ verkaufen, um neue Gebäude zu finanzieren, kann man dann einen DFG-VK-Bulli im Maßstab 1:87 zu einem Solidaritäts-Preis erwerben, um den realen Bulli zu finanzieren. Die Modelle sollen ein haptischer Anreiz sein, der DFG-VK benötigte Finanzen zukommen zu lassen. So könnten alle SpenderInnen, die im Jubiläumsjahr 25 Euro oder mehr geben, ein Modell bekommen. Bei dem aktuell von der Öffentlichkeitsarbeit-AG angedachten Modellbulli wäre eine Einnahme von über 10000 Euro möglich – realistisch wohl im-

merhin einige tausend Euro. Diese Art der Finanzierung kann also nur ein Teil sein: Auch der Bundesverband sollte zur Finanzierung beitragen.

Friedensbewegungs-Comic

Wie bringt man jüngeren Menschen Friedenspolitik und die Geschichte unserer Bewegung – die 125-jährige Geschichte unseres Verbands – nahe? Am besten mit einem Medium, das einfach zu verstehen und für sie ansprechend ist, etwa einem Comic. In einigen Monaten wird ein von der DFG-VK und finanziell von der Bertha-von-Suttner-Stiftung unterstütztes Comic-Buch über die Friedensbewegung erscheinen: Die „Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft – In Deutschland von 1800 bis heute“ erzählt – dem Namen ent-

sprechend – die Geschichte der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung von ihren Anfängen wie etwa der Gründung der DFG über den Widerstand gegen die Weltkriege, die Großdemonstrationen im „Kalten Krieg“ bis hin zu aktuellen Protesten gegen Drohnen und Militär-Werbung.

Das rund 80 Seiten umfassende Buch zeigt dabei Aktionsformen der Bewegung aus verschiedenen Generationen. Es bietet sich daher beispielsweise an, die im „Unrast“-Verlag erscheinende, etwa 10 Euro teure „Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft“ an Jüngere zu verschenken oder auch auf Infoständen dabei zu haben.

Die Comics im Buch stammen vom erfahrenen Illustrator „Findus“, dessen Zeichnungen bereits auf zahlreichen Materialien der DFG-VK – etwa den „Lilly & Felix“-Materialien gegen Bundeswehr-Rekrutierung sowie den neuen Aufklebern, Plakaten und Banner gegen Kampfdrohnen – zu sehen sind. Den Inhalt des Buchs steuert der Autor dieser Zeilen bei und wird dabei von Joachim Schramm von der DFG-VK NRW und der Suttner-Stiftung unterstützt.

Weitere Pläne und Ideen

Neben den „größeren“ Projekten zum Jubiläumsgeschäft gibt es noch weitere kleinere Vorhaben bzw. noch nicht bis ins Detail konzipierte Pläne: Selbstverständlich wird es zum Jubiläum einen Flyer geben. Dieser wird aber nicht nur die Geschichte der DFG-VK abhandeln, sondern ist, wie alle Aktivitäten im Rahmen des Jubiläumsgeschäfts die Zukunft

im Blick haben, auch zur Mitgliederwerbung da.

Zudem soll das Jubiläum auch zur Verbesserung der finanziellen Lage des Verbands genutzt werden – konkret mit einer „125 x 125“-Spendenkampagne: FriedensfreundInnen sollen dazu aufgerufen und motiviert werden einmalig 125 Euro zu spenden oder zehn Monate lang jeweils 12,50 Euro. Das Geld könnte z.B. zur weiteren Finanzierung des Bullis genutzt werden.

Auch über den Bundeskongress im Jubiläumsgeschäft hat sich die AG Öffentlichkeitsarbeit bereits Gedanken gemacht: Für den Kongress, der vom 10. bis 12. November 2017 stattfinden wird, können wir wahrscheinlich – abhängig vom Veranstaltungsort – die populäre christliche Pazifistin Margot Käßmann als Rednerin zu „125-Jahre DFG“ gewinnen. Mit ihr hätte unser Kongress die gute Möglichkeit, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Darüber – und über viele andere Ideen zum 125-jährigen – muss aber auf den nächsten Bundessusschuss-Sitzungen, beginnend mit der im Juli, beraten und entschieden werden.

Geschichte zum Aufbruch

Viel ist geplant für das Jubiläumsgeschäft! Eine „Dramaturgie/Chronologie“ soll das Geplante bald einfacher fassbar machen. Richtig losgehen wird die Arbeit zum 125-jährigen aber erst Ende Mai, wenn Thomas Mickan die Patenschaftsstelle besetzt. Aber jedes DFG-VK-Mitglied – und sollte – sich einbringen: Die AG Öffentlichkeit ist für weitere Ideen und Vorschläge sowie neue MitstreiterInnen und Mitstreiter offen: E-Mail-Kontakt über svg@dfg-vk.de

Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender politischer Geschäftsführer der DFG-VK.



Deutsche Soldaten kämpfen mit im Cyberkrieg

Die fünfte „Teilstreitkraft“ der Bundeswehr

Von Ralf Cüppers

Nicht mit Panzern und Gewehren, sondern mit Computer und Internet üben Bundeswehr-Soldaten für den Cyberkrieg. So sollen feindliche Netze gehackt und lahmgelegt werden. Neben den klassischen Räumen Land, Luft, See ist auch der Cyber-Raum ein Operationsraum.

Kriegsministerin Ursula von der Leyen hatte angekündigt, die Cyberkrieger

der Eloka (elektronische Kampfführung) neben der Streitkräftebasis und den Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe und Marine zur fünften Teilstreitkraft aufzuwerten. Für sie sind schon korallenrote Mützen und „uringelbe“ Schulterklappen vorgesehen, um sie von den anderen Teilstreitkräften zu unterscheiden.

In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach am Fuß der Eifel, Betriebszentrum IT-System

der Bundeswehr, trainieren etwa 600 SoldatInnen und 80 zivile MitarbeiterInnen den Cyberkrieg in der Gruppe Computernetzwerk-Operationen (CNO). Während die Bundesregierung behauptet „Die CNO-Kräfte wurden bisher nicht eingesetzt“, fand man auf der bundeswehreigenen Seite www.kommando.streitkraeftebasis.de/portal/a/kdoskb ein Bild: „Wahrnehmung des Kernauftrages im In- und



Auftra Ausland.“ Auf dem Foto ist eindeutig das Wappen der CNO erkennbar, das die BtrbZ IT-SysBw in der Tom-

burg-Kaserne führt, ebenso die afghanische Ortsbezeichnung Mazar-E-Sharif.

Offensive Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr

Computer Netzwerk Operationen (CNO) werden unterschieden in:

- Computer Netzwerk Attacken (CNA) sind Durcheinanderbringen, Löschen, Fälschen und Zerstörung der Informationen in Computern und Computer-Netzwerken und/oder der Computer und Computer-Netzwerke insgesamt.
- Computer Netzwerk Verteidigung (CND) ist der Schutz der eigenen Computersysteme gegen CNA, den Attacken anderer mit Virenschutz und Firewalls.
- Computer Netzwerk Exploitation (CNE) ist Datenklau aus fremden Computersystemen.

Frau von der Leyen schrieb die Strategische Leitlinie Cyber-Verteidigung im Geschäftsbereich BMVg:

„Da auch ein Gegner von seinen eigenen Fähigkeiten im Cyber-Raum und den von ihm genutzten Ressourcen des Cyber-Raums abhängig ist, müssen im Rahmen eines militärischen Einsatzes Wirkmöglichkeiten vorhanden sein, um ihn in der Nutzung dieser Fähigkeiten und Ressourcen zu behindern oder sie ihm gegebenenfalls völlig zu verwehren. Dazu

können auch zielgerichtete und koordinierte Maßnahmen zur Beeinträchtigung von fremden Informations- und Kommunikationssystemen sowie der darin verarbeiteten Informationen dienen, wie sie von den Kräften für Computer-Netzwerkoperationen durchgeführt werden können.“

„Wirkmöglichkeiten“ ist Militärjargon für „Waffen“. Die Bundeswehr will also „Cyber-Waffen“ einsetzen, um in fremde IT-Systeme einzudringen, diese zu verändern oder sogar abzuschalten, vom Staatstrojaner zur Militär-Malware. Cyber-Angriffe sind besonders geeignet, bereits deutlich unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Angriffs gesamtstaatliche Notlagen bis hin zu besonders schweren Unglücksfällen oder einen Staatsnotstand hervorrufen zu können. CNO sind grundsätzlich auch zu Angriffen in der Lage und führen diese durch, unter anderem durch den Einsatz von „Stealth-Techniken“ zur Tarnung von Cyberangriffen, die seien grundsätzlich dazu geeignet, über die Zugehörigkeit von Akteuren zu einer bestimmten Konfliktpartei zu täuschen „Ein Unterscheidungserfordernis analog zur Kennzeichnungspflicht von Kombattanten besteht für technische Einrichtungen nicht.“, meint dazu die Bundesregierung. Stealth-Techniken seien Tarnungstechniken und damit den völkerrechtlich grundsätzlich erlaubten Kriegslisten zuzuordnen. Die Nutzung so genannter Stealth-Techniken verletze das Heimtückeverbot nach dem Zusatzprotokoll 1 zur Genfer Konvention angeblich nicht.

Die CNO-Truppe darf also Schadprogramme selbst herstellen und ihre Urhebererschaft verbergen und verleugnen. Nach Leitlinie der Ministerin sind „offensive Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr als unterstützendes, komplementäres oder substituierendes Wirkmittel anzusehen. Sie haben zum einen das Potenzial, in der Regel nicht-letal und mit hoher Präzision auf gegnerische Ziele zu wirken, zum anderen kann diese Wirkung im Gegensatz zu kinetischen Wirkmitteln unter Umständen sogar reversibel sein. Offensive Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr haben grundsätzlich das Potenzial, das Wirkspektrum der Bundeswehr in multinationalen Einsätzen signifikant zu erweitern.“

„Militärische Wirkmittel“ sind todbringende Waffen, und in der juristischen Fachsprache bedeutet „in der Regel“, dass Ausnahmen möglich sind, dass also durch digitale Angriffe auch Menschen sterben können.

Die Bundeswehr sieht ihre Cyber-Krieger nur als eine militärische Fähigkeit wie

Geheime Kriege

Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

<http://www.bundeswehrrabschaffen.de>

jede andere auch. Soldaten der CNO kommen von den Universitäten der Bundeswehr, haben dort Informatik studiert. Laut Leitlinie sollen die Cyber-Krieger aber auch aus der „Privatwirtschaft“ kommen. Ohne den Kombattantenstatus als staatliche Armeeingehörige wären sie aber nach dem Zusatzprotokoll 1 zur Genfer Konvention nur kriminelle Verbrecher. Durch Kooperation mit den gewerblichen Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen sollen „die Möglichkeiten der Reserve für Cyber-Spezialisten genutzt werden können, um in der Privatwirtschaft vorhandene Personen mit Schlüssel-Know-How bei Bedarf in hoheitlichem Auftrag zur Unterstützung staatlicher Strukturen und kritischer Infrastrukturen heranzuziehen zu können.“

Die Bundeswehr erhöht ihr IT-Budget auf 1 Milliarde Euro pro Jahr, will im laufenden Jahr 800 IT-SoldatInnen neu einstellen und betreibt eine Werbekampagne: „Wir suchen IT-Talente und digitale Fachkräfte. Sie entwickeln mit uns die Bundeswehr der Zukunft.“ 18000 Großflächenplakate sind für das Bundeswehr-„Projekt Digitale Kräfte“ gemietet. Insgesamt sollen es dann 21000 IT-Stellen sein.

Wir betrachten die Digitalen Kräfte der CNO-Truppe als potenzielle Mörder wie alle anderen Soldaten auch. Das *BtrbZ IT-SysBw* (Betriebszentrum IT-System der Bundeswehr) gehört ebenso abgeschafft wie die Bundeswehr insgesamt.

Ralf Cüppers ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein. Weitere Informationen finden sich in der Broschüre „Geheime Kriege“, die online unter www.bundeswehrrabschaffen.de verfügbar ist.

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51892620, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafentbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail anzeigen-zc@dfg-vk.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: zweimonatlich, sechs Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniertung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 16. Mai. Die nächste Ausgabe erscheint im Juli, Redaktionsschluss ist der 24. Juni.

Pressefreiheit durch Staatsanwaltschaften bedroht

Justiz ermittelt gegen Rüstungskritiker, anstatt die Täter der „Triade des Todes“ zu verfolgen

Von Jürgen Grässlin

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart unterlässt Ermittlungen gegen Beamte von Rüstungsexportkontrollbehörden beim illegalen G36-Gewehrdeal von Heckler & Koch mit Mexiko – stattdessen leitet die Münchener Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Buchautoren vom „Netzwerk des Todes“ ein

Die Zeiten sind rauer geworden für regierungskritische JournalistInnen und SchriftstellerInnen – in der Türkei nicht minder als in Deutschland. Die innenpolitischen Verschärfungen Ankaras mit massiven juristischen Repressionen gegen missliebige MedienvertreterInnen haben unter Präsident Erdogan dramatisch zugenommen. Lange deutete man aus Deutschland mit erhobenem Zeigefinger auf den türkischen Despoten, nicht wahrnehmend, welche bedenkliche Entwicklung hierzulande voranschreitet.

Im Schatten der Böhmermann-Affäre spielt sich zurzeit in Süddeutschland ein weiteres Szenario ab, wie es die Republik in Sachen illegaler Waffenhandel, verhinderter Aufklärung durch staatliche Ermittlungsbehörden und juristischer Repression gegen investigativ arbeitende Buchautoren in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt hat.

Dieser Justizskandal führt zu dem Punkt, dass gegen uns drei AutorInnen des Enthüllungsbuches „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“ (München 2015) Vorermittlungen der Staatsanwaltschaft Stuttgart eingeleitet wurden. Diese sind nun zu einem förmlichen Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen gemäß § 353d Strafgesetzbuch gediehen. Vorgeworfen wird uns AutorInnen – Daniel Harrich, Danna Harrich-Zandberg und meine Person – die verbotene Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke aus dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen Heckler & Koch (H&K). An Skurrilität kaum zu überbieten ist die Tatsache, dass wir es waren, die zahlreiche dieser Schriftstücke zuvor an die Staatsanwaltschaft übergeben hatten, um zur Aufklärung des Falles beizutragen.

Geschützt werden derweil womöglich rechtswidrig handelnde ranghohe Beamte im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und dem Bundesausfuhramt (Bafa) im Fall illegaler G36-Gewehrexporte von H&K in mexikanische Unruheprovinzen. Die Aufklärung dieser gut begründeten Annahme in einem Gerichtsverfahren wurde verunmöglicht, da die Stuttgarter Staatsanwaltschaft die Strafanzeigerweiterung von Rechtsanwalt Rothbauer von 2012 gegenüber allen involvierten Behördenvertretern geprüft und die Aufnahme von Ermittlungen abgelehnt hat.

Schlimmer noch: Juristisch eingeschüchtert und womöglich bestraft werden sollen wir BuchautorInnen, die wir Licht ins Dunkel des größten und folgenschwersten Rüstungsexportskandals der letzten Jahre gebracht haben. Quo vadis Rechtsstaat?

Grimme-Preisträger im Fokus der Ermittlungsbehörden

Am 8. April war die Welt für Außenstehende noch in Ordnung. An eben diesem Freitag nahm der Filmemacher und Buchautor Daniel Harrich für sich und sein Team in Marl den renommierten Grimme-Preis 2016 „für die journalistische Leistung bei der Recherche“ entgegen. Zu seinem Team zählen ich als Strafanzeigeersteller und Fachberater des Spielfilms „Meister des Todes“ sowie mein Rechtsanwalt Holger Rothbauer. Der Grimme-Preis gilt als der renommierteste deutsche Medienpreis, der Zuspruch für uns Preisträger war und ist enorm.

Was nur Eingeweihte wussten: Zu diesem Zeitpunkt war die Situation bereits dramatisch eskaliert. Längst hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart Vorermittlungen gegen uns BuchautorInnen eingeleitet. Mit den Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden seither nicht die Helfershelfer in den Rüstungsexport-Kontrollbehörden, sondern die in bestem demokratischen Sinne aufklärenden BuchautorInnen. Wie konnte es dazu kommen?

Ein beachtlicher Erfolg: Anklageerhebung gegen ehemalige H&K-Geschäftsführer

Der widerrechtliche Waffendeal hat längst in den nationalen wie internationalen Medien die Runde gemacht und kann hier deshalb knapp wiedergegeben werden: Am 19. April 2010 erstattete ich nach eingehender Prüfung von Dokumenten eines H&K-Insiders Strafanzeige gegen mehrere namentlich genannte Mitarbeiter von H&K.

Der Vorwurf lautete: Export von insgesamt ca. 10000 H&K-Sturmgewehren und Maschinenpistolen nach Mexiko. Mit Wissen der H&K-Führungsebene soll knapp die Hälfte der Kriegswaffen in die Unru-



Für die meisten BeobachterInnen nicht nachvollziehbar ist, dass auch in der Bundesrepublik die Meinungs- und Pressefreiheit offensichtlich massiv ausgehöhlt werden soll. Der bislang bekannteste Fall ist der des Erdogan-Kritikers Jan Böhmermann. Dieser entwickelte sich zur Staats-affäre, der türkische Präsident wie die deutsche Kanzlerin geben ein desaströses Bild ab.

heprovinzen Chihuahua, Chiapas, Guerrero und Jalisco verbracht worden sein, die ausdrücklich von der Belieferungserlaubnis der deutschen Rüstungsexportkontrollbehörden BMWi und Bafa ausgenommen waren.

Diese Strafanzeige wurde von uns mehrfach erweitert (gegen weitere involvierte Akteure, wegen des Exports von noch mehr Gewehren als offiziell angegeben etc.). Weitere Strafanzeigen folgten gegen H&K (wegen der womöglich widerrechtlichen Nutzung einer G36-Lizenz zum Nachbau Zehntausender mexikanischer Sturmgewehre des Typs FX05) sowie gegen die Ulmer und Eckenförderer Kleinwaffenproduzenten Carl Walther und Sig Sauer (wegen des Verdachts des illegalen Pistolentransfers ins Bürgerkriegsland Kolumbien über die USA).

Fünfeinhalb Jahre nach Anzeigerstattung erhob die Staatsanwaltschaft Stuttgart im Oktober 2015 endlich Anklage gegen sechs H&K-Verantwortliche. Sie wirft den beiden früheren H&K-Geschäftsführern Joachim Meurer und Peter Beyerle und vier ehemaligen Mitarbeitern vor, Kriegswaffen „vorsätzlich“ ausgeführt zu haben – wohlgernekt ohne Vorliegen der dafür erforderlichen Genehmigung, so die Formulierung in der Anklageschrift. In fünf Fällen – alle außer J. Meurer – sollen die H&K-Vertreter als „Mitglied einer Bande“ agiert haben, „die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat“.

Bevor der Jurist Peter Beyerle als Geschäftsführer zu H&K gewechselt war und letztlich die Rechtsgeschäfte – und damit auch die Mexiko-Gewehrdeals – des Unternehmens verantwortete, war er bis zu seiner Pensionierung 2005 sieben Jahre lang Präsident des Landgerichts Rottweil gewesen (siehe hierzu das Kapitel „Peter Beyerle – vom Landgerichtspräsidenten zum Waffenhändler“ in „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“, München 2013, S. 460 ff.).

Letztendlich habe ich 15 Personen von H&K namentlich angezeigt, aber weitere dürften in verschiedenen Tätigkeiten am widerrechtlichen G36-Waffendeal mit mehr als 4700 Sturmgewehren u.v.a.m. beteiligt gewesen sein. Anklage erhoben wurde gegen sechs von ihnen, die Ermittlungsverfahren gegen die anderen wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Begründet wurde dies mit der Behauptung, dass kein hinreichender Tatverdacht ermittelt werden konnte. Gegen diesen Beschluss habe ich Beschwerde eingelegt, über die von der Generalstaatsanwaltschaft noch entschieden werden muss.

Immerhin: Erstmals in der Historie des – angesichts der Opferzahlen – tödlichsten Unternehmens in Europa, sollen zwei vormalige H&K-Geschäftsführer wegen des Bruchs deutscher Ausfuhrgesetze vor Gericht stehen. Das ist bereits heute der größte Erfolg der Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der mehr als sechzigjährigen Firmengeschichte der Oberndorfer Waffenproduzenten und -exporteure!

Von Tätern der „Triade des Todes“ sollen nur H&K-Verantwortliche vor Gericht stehen – Warum?

Als angesichts der Unterlagen von H&K-Whistleblowern die Involvierung von leitenden Beamten in Rüstungsexport-Kontrollbehörden in den Mexiko-Deal offensichtlich wurde, erweiterte Rechtsanwalt Rothbauer am 26. November 2012 meine Strafanzeige von 2010 gegen H&K auf Beschuldigte der zuständigen Abteilungen im BMWi sowie des Bafa. Geprüft werden sollte die Frage der vorsätzlichen, rechtswidrigen und schuldhaften Beihilfe durch Unterlassen bezüglich von Exportgenehmigungsaufgaben sowie des Endverbleibs der Kriegswaffen im Fall der G36-Gewehrlieferungen nach Mexiko.

Gegenüber der ARD verkündete die Staatsanwaltschaft: „Die Frage eines Anfangsverdachts gegen Mitarbeiter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie und des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wurde in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht umfassend geprüft. Dabei ergaben sich keine konkreten Anhaltspunkte für ein strafbewehrtes Verhalten.“

Unsere Analyse fällt hingegen eindeutig aus: Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gibt vor, man habe die Ermittlungen gegen Behördenvertreter eingestellt, weil kein Anfangsverdacht existiert habe. Dazu mein Anwalt Rothbauer: „Die Staatsanwaltschaft spielt mit allen juristischen und taktischen Kniffen, um eine Erweiterung des Verfahrens zu verhindern.“

Zur Klarstellung: Nie zuvor konnte bei einem Rüstungsexportdeal eines deutschen Unternehmens die Verflechtung eines industriellen Waffenexporteurs mit den sogenannten „Kontroll“behörden derart differenziert mit Informationen von Whistleblowern aus der Rüstungsindustrie aufgedeckt werden. Die Einstellung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen erfolgte trotz der umfassenden Dokumentation der „Triade des Todes“ von H&K, Bundesausfuhramt und Bundeswirtschaftsministerium in unserem Buch „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“.

Stuttgarter Friedenspreis 2016 für Jürgen Grässlin

„Rückenwind für Engagement gegen menschenverachtende Rüstungsexportpolitik“



Jürgen Grässlin (Mitte, mit Mikrofon) bei einer Protestaktion vor der Stuttgarter Staatsanwaltschaft im April 2015

Der Rüstungsgegner Jürgen Grässlin erhält den mit 5000 Euro dotierten Stuttgarter Friedenspreis 2016 der AnStifter.

Verliehen wird der 14. Stuttgarter Friedenspreis im Rahmen der Friedensgala der AnStifter am 10. Dezember im Theaterhaus Stuttgart.

Jürgen Grässlin, geboren 1957 in Lörach, ist Lehrer und Friedensaktivist. Im Rahmen seiner politischen Tätigkeit veröffentlichte er zahlreiche Sachbücher zu Rüstungsindustrie und Bundeswehr. Grässlin ist Sprecher der DFG-VK und anderer rüstungskritischer Organisationen. Grässlins Engagement, z.B. gegen die illegalen Waffenlieferungen des Unternehmens Heckler & Koch brachte ihm eine beachtliche mediale Aufmerksamkeit. Er ist in der gesamten Republik als „Lehrer“ und „Vorleser“ unterwegs und leistet seit 30 Jahren wagemutigen Widerstand gegen die deutsche Rüstungsindustrie.

Die Forderung nach Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit, nach Gerechtigkeit, ohne die es keinen Frieden gibt: Das ist die Agenda der AnStifter, mit der sie BürgerInnen aufrufen, Vorschläge für den „Stuttgarter FriedensPreis“ zu machen. Ausgezeichnet werden Persönlichkeiten, Verbände oder Initiativen, die sich im Namen der Menschenwürde für Freiheit, Recht, Gerechtigkeit einsetzen, die Machtmissbrauch aufdecken, die ermutigende, motivierende Vorbilder für die Gesellschaft sind.

Aus der Presseinformation der „AnStifter“ vom 14. Mai

Sämtliche juristischen Mittel scheinen nunmehr ausgeschöpft: Denn auch die daraufhin von mir eingelegte Beschwerde wurde von der Stuttgarter Justiz abgewiesen. Die fünfjährige Verjährungsfrist schützt die Beamten in BMWi und Bafa vor Strafverfolgung.

Dies ist bei Weitem nicht das erste illegale Rüstungsexportgeschäft, bei dem die deutsche Justiz im Sinne der Waffendealer agiert. Erinnert sei beispielsweise an den Fall des Waffenlobbyisten Karl-

heinz Schreiber, dessen illegaler und mit Korruption von CSU-Größen verbundener Kriegswaffendeal mit Saudi-Arabien die Justiz in Augsburg beschäftigte. Schreiber wurde zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt – wegen Steuerhinterziehung, nicht wegen illegaler Rüstungsexporte.

Bei den H&K-Gewehrexporten in mexikanische Unruheprovinzen handelt es sich zweifelsfrei um den spektakulärsten und zugleich einen der folgenschwersten Waffentransfers dieses noch jungen 21.

Jahrhunderts. Denn die G36-Lieferungen galten und gelten als Testfall für eine Neuorientierung der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.

Spätestens ab 2006 sollte die Rüstungsexportpraxis aller vorigen Bundesregierungen zum Wohle der Rüstungsindustrie erweitert werden. Galt bisher die Regel, dass ein Staat belieferungsfähig war oder nicht, so sollten jetzt sichere Bundesländer Mexikos plötzlich auch mit Kriegswaffen belieferbar sein – entgegen der vom

Gegen die Aushöhlung der Meinungs- und Pressefreiheit – Solidarität mit Jürgen Grässlin

Erklärung des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises

Jürgen Grässlin, Mitglied des BundessprecherInnenkreises der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und einer der Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, wird von deutschen Strafverfolgungsbehörden bedroht. Mit betroffen sind die Autorin Danuta Harrich-Zandberg und der Autor und Filmemacher Daniel Harrich.

Sie haben das Buch „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“ verfasst und darin auszugsweise in Zitaten und partiellen Auszügen aus Dokumenten auf mögliche Straftaten von Vertretern des Waffenproduzenten und -exporteurs Heckler & Koch (H&K) in Zusammenarbeit mit dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und dem Bundesausfuhramt (Bafa) hingewiesen.

Gegen die drei AutorInnen ermittelt gegenwärtig die Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts verbotener Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen gemäß Paragraf 353d Strafgesetzbuch – gemeint ist die verbotene Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke. Der Straftatbestand sieht eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr vor. Geprüft wird, ob noch andere Straftatbestände in Betracht kommen.

Nach Auffassung des BundessprecherInnenkreises der DFG-VK ist dies der ebenso durchsichtige wie üble Versuch, Jürgen Grässlin und seine MitstreiterInnen für ihre Veröffentlichungen über mögliche kriminelle Machenschaften von H&K-Beschäftigten sowie über die Unterstützung dieser Machenschaften durch ranghohe Ministerialbeamte abzustrafen und zu diskriminieren. Grässlin hatte bereits im April 2010 Strafanzeige gegen Heckler & Koch wegen des Verdachts der Lieferung von mehr als 10000 G36-Sturmgewehren und MP5-Maschi-

nenpistolen in Unruheprovinzen Mexikos erstattet, was die zuständige Stuttgarter Staatsanwaltschaft dazu zwang, Ermittlungen einzuleiten. Diese Strafanzeige wurde von Rechtsanwalt Holger Rothbauer 2012 auf alle beteiligten Behördenvertreter erweitert.

Allerdings erhoben die Ermittler – trotz klarer Beweislage dank Grässlins und Harrichs Recherchen – erst nach fünfeinhalb Jahren Anklage gegen zwei ehemalige Geschäftsführer und vier Mitarbeiter von Heckler & Koch, in fünf dieser Fälle wegen des bandenmäßigen Waffenexports von Kriegswaffen. Dagegen weigerte sich die Staatsanwaltschaft, gegen das BMWi und die Bafa Ermittlungen einzuleiten. Und das obwohl die AutorInnen im „Netzwerk-des-Todes“-Buch belegen, wie H&K den tödlichen Mexiko-Deal mit Unterstützung der Kontrollbehörden durchführen konnte.

Dieselbe Staatsanwaltschaft ist es, die gegen Grässlin, Harrich und Harrich-Zandberg Vorermittlungen veranlasste, die jetzt zu den Ermittlungen der Münchener Staatsanwälte geführt haben. Die offensichtlich als inhaltlich und politisch äußerst brisant angesehenen Schriftstücke im Netzwerk-Buch, die die drei AutorInnen der Staatsanwaltschaft Stuttgart für deren Ermittlungen zur Verfügung stellten, vereinnahmten die Stuttgarter Staatsanwaltschaft als ihre Ermittlungsakten. Diese hätten nach ihrer Ansicht nicht medial verwendet werden dürfen. Wer so agiert, gefährdet die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland!

Der BundessprecherInnenkreis der DFG-VK verurteilt die politisch wie juristisch höchst anrühigen Machenschaften, RüstungsexportkritikerInnen mundtot machen zu wollen, auf das Schärfste. Dieses Vorgehen erinnert uns in fataler Weise daran, wie am Vorabend des deutschen Faschismus die damalige Justiz in der Wei-

marer Republik Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft verfolgte und verurteilte, weil sie illegale Aufrüstungsbestrebungen öffentlich machten – am bekanntesten dabei Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky, der 1931 zusammen mit dem Journalisten Walter Kreiser wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse zu je 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Dieser Skandal, Musterbeispiel damaliger politischer Justiz, zieht sich bis heute hin, denn eine Wiederaufnahme des Verfahrens vor bundesdeutschen Gerichten scheiterte 1992.

Offenbar gibt es in Deutschland eine unheilvolle Verquickung zwischen Justiz und Rüstungsinteressen, deren Opfer nun Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg werden könnten. Dagegen wird sich die DFG-VK mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.

Der BundessprecherInnenkreis der DFG-VK ruft deswegen alle Gruppen und Landesverbände auf, jetzt praktische Solidarität mit Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg zu zeigen: Überall muss die Öffentlichkeit vom skandalösen Vorgehen der Stuttgarter und Münchener Staatsanwaltschaften erfahren! Wir fordern, dass das Ermittlungsverfahren gegen die drei AutorInnen sofort eingestellt wird. Stattdessen müssen Ermittlungen gegen das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesausfuhramt wegen des Verdachts der Mitwirkung an illegalen Waffengeschäften von Heckler & Koch mit Mexiko eingeleitet werden.

Der BundessprecherInnenkreis der DFG-VK im Mai 2016

Weitere Informationen siehe www.dfg-vk.de

Auswärtigen Amt klar attestierten dramatischen Sicherheits- und Menschenrechtssituation im größten mittelamerikanischen Land. Das Experiment Mexiko scheiterte folgeschwer: Seit der Lieferung von mehr als 4700 G36-Gewehren, weiterer Maschinenpistolen und Waffenausrüstung (wie Tragbügel und Magazine) in mexikanische Unruheprovinzen wird in Chihuahua, Chiapas, Jalisco und Guerrero mit den H&K-Sturmgewehren geschossen und gemordet – auch von korrupten Polizisten und von Drogenbanden (siehe die **Zivil-Courage**-Titelgeschichte „Netzwerk des Todes. Kriminelle Verflechtungen von Rüstungsindustrie, Behörden und Politik“ in Nr. 4/2015, S. 4 ff.).

Messen mit unterschiedlichem Maß

Angesichts der an Absurdität schwerlich überbietbaren Entwicklung dieses Rüstungsexportskandals sind Prognosen zum Fortgang dieses Falles schier unmöglich. An Erfahrungswerte angelehnt, hätte die Stuttgarter Justiz nach der Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft im Herbst 2015 das Verfahren in diesem Frühjahr gegen die sechs Beschuldigten eröffnen müssen. Ob sie das Verfahren überhaupt eröffnet, steht in den Sternen. Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe der **Zivil-Courage** ist jedenfalls nichts dergleichen geschehen.

Nach normalen Maßstäben hätte angesichts der von uns im Netzwerk-des-Todes-Buches umfassend publizierten Fakten und der Staatsanwaltschaft übergebenen Dokumente ab 2012 längst juristisch geprüft werden müssen, ob weitere Beteiligte der Triade des Todes auf der Anklagebank sitzen sollen. Nach jetzigem Kenntnisstand werden sich dagegen höchstens frühere H&K-Beschäftigte vor Gericht verantworten müssen – falls die Stuttgarter Justiz nicht auch hier noch Güte und Milde walten lässt, und das Landgericht Stuttgart die Anklage der Staatsanwaltschaft nicht zulässt, also kein Hauptverfahren mit öffentlichem Prozess eröffnet. Aus dem Landgericht heißt es dazu lediglich: „Die Kammer prüft derzeit die Anklageschrift sehr intensiv“, wie die Gerichtssprecherin der Neuen Rottweiler Zeitung erklärte.

Der wahrscheinliche Hintergrund dieses Zögerns liegt auf der Hand: Bei einem öffentlichen Gerichtsverfahren läge eine womöglich erfolversprechende Strategie für die H&K-Beschuldigten darin, die Schuld weitgehend auf die Beamten des BMWi und des Bafa abzuwälzen. Denn gegen diese kann aber aufgrund der verstrichenen Verjährungsfrist kein



Der Grimme-Preis 2016 geht an (v.l.n.r.): Manfred Hattendorf (federführender Redakteur des SWR), Jochen Kölsch (Producer Diwafilm), Daniel Harrich (Regisseur „Meister des Todes“ und „Tödliche Exporte - wie das G36 nach Mexiko kam“), Thomas Reutter („Report Mainz“, ARD), Jürgen Grässlin (Fachberater beim Film „Meister des Todes“) und Wolf-Dieter Vogel (freier Journalist, taz)

Strafverfahren mehr eingeleitet werden. Doch brüskiert und bloßgestellt wäre ein anderer: der für das Verfahren verantwortliche Stuttgarter Staatsanwalt. Er hat die Fünf-Jahres-Frist gegenüber den Beamten des BMWi und der Bafa verstreichen lassen, ohne Anklage zu erheben. Schützt die Justiz Stuttgarts eine der Schlüsselpersonen des Verzögerns, Verschleppens und Verjährens vor einer öffentlichen Demontage durch Nichteröffnung des Gerichtsverfahrens?

Rückendeckung erhält H&K auch von höchster Stelle im BMWi. Bei einer Fragestunde im Bundestag hatte der Grünen-Abgeordnete Ströbele am 27. April wissen wollen, warum H&K noch immer Ausfuhrgenehmigungen bekomme, „obwohl ein Verfahren gegen sie [die Firma] inzwischen bei Gericht anhängig“ sei. Die Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Brigitte Zypries kommt einem Freifahrtschein für hochkorrupte und vielfach widerrechtlich handelnde Rüstungskonzerne gleich: Nach Kenntnis der Bundesregierung seien die in dem Strafverfahren vor dem Landgericht Stuttgart Angeschuldigten doch „nicht mehr für das Unternehmen tätig“, hieß es in der Antwort Zypries' vom 10. Mai.

Abgesehen davon, dass es besagtes Strafverfahren bislang so noch nicht einmal gibt, weil im Stadium des Zwischenverfahrens die Zulassung der Anklage noch unsicher ist, schützen sich die rüstungsproduzierenden und -exportierenden Unternehmen in der Regel dadurch, dass sie die juristisch Beschuldigten freistellen, um Schaden von der Firma ab-

zuwenden. In diesem Sinne nützt die Antwort der sozialdemokratischen Staatssekretärin aus dem Hause Sigmar Gabriels nahezu allen illegal agierenden Unternehmen – und das sind in Deutschland fast alle Markführer in den jeweiligen Waffenbranchen.

Die Unternehmen können weiterhin in ihrem Sinne schalten und walten, denn deren widerrechtlich Handelnde „gehören damit nicht“ zu den Personen, auf die „die Zuverlässigkeitsprüfung bzw. die damit verbundene Prüfung der Versagung von Genehmigungen abzustellen ist“. Mit anderen Worten: Selbst im Falle nachweislich illegalen Waffenhandels deckt das Wirtschaftsministerium von höchster Ebene Unternehmen, denen laut § 6 Abs. 2 und 3 Kriegswaffenkontrollgesetz die Genehmigung weiterer Waffenexporte entzogen werden könnte, wenn nicht müsste.

Am Ende stehen, wenn überhaupt, einige wenige Sündenböcke alibihalber vor Gericht, von denen sich die Firma lautstark distanziert. Eine harte Strafe müssen die Delinquenten in Deutschland nicht fürchten – im Gegensatz zu anderen Staaten, wie z.B. in Griechenland, wo jahrzehntelange Haftstrafen üblich sind, auch für ranghohe Firmenvertreter oder Minister.

Was aber, wenn der Rechtsstaat wiederholt bei der Sanktionierung illegalen Waffenhandels – der angesichts der immens hohen Opferzahlen tödlichsten Form der deutschen Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik – derart eklatant versagt? Dann stellt sich in Deutschland die Demokratiefrage.

Vom Friedenspreisträger zum Kriminellen?

Eines aber sei an dieser Stelle unmissverständlich formuliert: Der Versuch, uns drei BuchautorInnen – allesamt Träger des Grimme-Preises – mundtot zu machen, ist zum Scheitern verurteilt. Die Recherchen sind erfolgreich getätigt, die Mexiko-Filme sind in der ARD und ihren Spartensendern ausgestrahlt und von mehr als sechs Millionen Zuschauern gesehen worden, das Netzwerk-des-Todes-Buch ist mit all seinen harten Fakten publiziert – kurzum die Beweise sind vorgelegt: Die Triade des Todes funktionierte beim G36-Mexiko-Deal durch das intensive und wohlwollende Zusammenspiel von Waffenfirma und Kontrollbehörden.

Die Wahrheit lässt sich auch durch juristische Repressionen gegen die Rechercheure des widerrechtlichen G36-Gewehrdeals mit Mexiko nicht aus der Welt schaffen. Abgesehen davon, dass TV- und Printjournalisten wie Thomas Reutter, Wolf-Dieter Vogel, Hauke Friederichs, Martin Himmelheber und andere viele weitere

Fakten recherchiert haben und weiterhin werden.

Gut zu wissen: Sollte ich die Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises in Einzelhaft in einer Justizvollzugsanstalt erleben – was zugegebenermaßen höchst unwahrscheinlich ist, denn die unterstellte und von uns vehement bestrittene Straftat würde vermutlich eher zu einer Geldstrafe führen –, werden andere Friedensbewegte Aktionen durchführen sowie gleich mehrere JournalistInnen in Deutschland und Mexiko weiter recherchieren und aufdecken.

Sie alle engagieren sich für die grundgesetzlich garantierte Presse- und Meinungsfreiheit und damit im Sinne des demokratischen Rechtsstaats – gegen die Ignoranz von Teilen der Stuttgarter Justiz und gegen äußerst einflussreiche Politiker, die im Hintergrund offenbar ihre Strippen zum Wohle krimineller Waffenhändler ziehen.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Kampagnensprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Vorsitzender des RüstungsIn-



formationsBüros (RIB e.V.). Er verfasste das „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“ (München 2013) und ist Mitautor des Buchs „Netzwerk des Todes. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden“ (München 2015). Grässlin ist Träger von mittlerweile acht Preisen für Frieden und Zivilcourage. Am 10. Dezember 2016 wird ihm der Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Weitere Informationen im Internet: www.juerengraesslin.com, www.dfg-vk.de, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.rib-ev.de

Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart trotz des Mordens mit Walther-Pistolen in Kolumbien wenig bis nichts tut

Endlich ein Grund zum Loben: Gegenüber Kolumbien, wo seit mehr als 60 Jahren der längstwährende Bürgerkrieg der Welt tobt, verhängte die Bundesregierung bereits vor Jahren ein umfängliches Ausfuhrverbot für Kleinwaffen, also für Pistolen, Maschinenpistolen oder Gewehre. Umso schwerer wiegt der Vorwurf, wonach die kleinwaffenexportierenden Firmen Carl Walther in Ulm und SIG Sauer in Eckernförde widerrechtlich Abertausende von Pistolen in das Bürgerkriegsland geliefert haben sollen – augenscheinlich über die USA. Nachdem der Beweis erbracht worden war, dass der kolumbianische Waffenmarkt mit Pistolen beider Firmen überschwemmt ist, erstatteten wir seitens des Sprecherkreises der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ am 17. Februar 2014 gegen Carl Walther und am 22. August 2014 gegen SIG Sauer Strafanzeige.

Die Reaktion der Kieler Staatsanwaltschaft erfolgte prompt und konsequent: Nur wenige Tage danach führte sie Hausdurchsuchungen im Sig-Sauer-Werk und in Privatwohnungen von Besitzern durch. Erfreulicherweise wurde das Unternehmen kurz darauf mit einem Exportverbot belegt und musste die Rüstungsproduktion in Deutschland notge-

drungen einstellen. Hier zeigt sich, was Staatsanwälte bewirken können, wenn sie widerrechtlichem Waffenhandel konsequent verfolgen.

Wie aber reagierte die Staatsanwaltschaft Stuttgart, zuständig im Fall des Verdachts illegaler Rüstungsexporte aus Baden-Württemberg? Im Fall rechtswidriger G36-Sturmgehwirlieferungen nach Mexiko führte sie zumindest zwei Hausdurchsuchungen bei Heckler & Koch in Oberndorf durch und erhob – erst nach fünfzehn Jahren! – Anklage gegen vormals führende H&K-Beschäftigte. Selbst zwei Jahre nach der Strafanzeigeerstattung hat sie offenbar noch nicht einmal eine Hausdurchsuchung beim Ulmer Pistolenproduzenten durchgeführt – geschweige denn Anklage erhoben. Und das, obwohl Carl Walther bereits vor einigen Jahren wegen widerrechtlicher Waffenexporte nach Guatemala über die USA rechtskräftig verurteilt wurde.

„In Baden-Württemberg ticken die Uhren rüstungsindustrie-freundlicher als in Schleswig-Holstein“, urteilt Ralf Willinger. Der Kinderechtsaktivist von *terre des hommes* weiß, dass Walther-Pistolen in Kolumbien begehrt sind. Sie werden seit Jahren über Läden der Staatsfirma *Indumil* verkauft. „Die Walther P99 galt 2005 als die meistverkaufte Pistole im Land und

wurde von Internetusern unter zehn in Kolumbien verkauften Pistolen zur beliebtesten Pistole gewählt.“

Nach vielfachen Vor-Ort-Reisen berichtet Willinger: „Es ist eine traurige Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Kolumbien mit deutschen Waffen kämpfen müssen oder durch sie sterben.“ Dabei kann belegt werden, dass *Indumil* seit geraumer Zeit über seine Webseite und lokale *Indumil*-Shops auch die Pistolen Walther P22 und P99 vertreibt. Genehmigungen dafür liegen seitens der deutschen Kontrollbehörden nicht vor.

Wie folgens schwer diese Waffenstransfers wiegen, beschreibt Willinger: „Walther-Pistolen werden von kriminellen Banden, Paramilitärs und Guerilla-Gruppen benutzt, die weite Teile Kolumbiens kontrollieren und viele Kinder in ihren Reihen haben.“ Die Mahnung des versierten Kolumbien-Kenners ist eindeutig: „Es geht nicht um einen Kavaliersdelikt, sondern um Menschenleben.“

Seit mehr als zwei Jahren ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft in aller Seelenruhe, zuweilen vernimmt sie Zeugen. Einen akuten Handlungsbedarf hat sie bislang nicht erkennen lassen. Fehlt nur noch, dass sie das Verfahren gegen Carl Walther klammheimlich einstellt.

Jürgen Grässlin

Soziale Medien im Kontext friedenspolitischer Arbeit

DFG-VK-Seminar über Chancen und Risiken

Von Benno Malte Fuchs

Soziale Medien sind als Werkzeuge für politische Organisationen in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Trotzdem bleiben viele Friedensorganisationen in Deutschland hinter ihrem Potenzial, diese zu nutzen, um die Öffentlichkeit zu erreichen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Mitglieder zu gewinnen. Aus diesem Grund trafen sich am 9./10. April DFG-VK-Aktive in Kassel zu einem Seminar, um sich über die Möglichkeiten, die soziale Medien bieten, zu beraten.

Soziale Medien ermöglichen das Austauschen von Informationen zwischen einer Menge an Personen und in einer Geschwindigkeit, die größer und schneller sind als alle Kommunikationswege zuvor; und das bei geringen Kosten. Sie ermöglichen das Vorantreiben von zwei Themen, die für die Friedensbewegung von vitalem Nutzen sind: internationale Solidarität und Massenbewegungen. Die Friedensbewegung kann dann erfolgreich sein, wenn sie an die öffentliche Meinung appelliert. Wenn genug Menschen verstehen, dass

sie ihre Macht nur abgegeben haben, so ist das die Grundlage dafür, sie wieder zurückzuholen. Und genau das funktioniert nachhaltig und effektiv nur, wenn die Beteiligung an direkten gewaltfreien Aktionen groß genug ist. Der arabische Frühling ist ein Beispiel dafür, wie soziale Medien genutzt werden können, um zu mobilisieren.

Leider nutzt die Friedensbewegung hierzulande ihr Potenzial in den neuen Medien nicht ausreichend. Youtube, Facebook, Tumblr, Instagram, Twitter und Co. scheinen für viele aus unserer Organisation ein Fremdwort zu sein. Die Frage, wer hinter dem Twitter-Account mit dem Namen „DFG-VK“ steckt, ist nach wie vor ungeklärt.

Natürlich sind große Organisationen im Kapitalismus neben diesem selbst immer ein Problem, und Datenschutzfragen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Es muss ein Bewusstsein darüber bestehen, dass beispielsweise auch Geheimdienste alle Informationen und Meta-Daten er-

halten, speichern und auswerten, die wir über diese Medien streuen. Aber die Zahl an Menschen, die mithilfe dieser alltagspolitischen Werkzeuge erreicht werden können, ist so immens, dass dabei die Vorteile die Nachteile deutlich überwiegen.

In meiner Arbeit gegen die Militarisierung der Jugend beschäftigt mich täglich die Frage: Wie können wir Interesse bei Jugendlichen für die Friedens- und Antikriegsarbeit wecken? Und eine der Antworten auf diese Frage lautet: soziale Medien. Das ist der Ort, an dem junge Menschen heutzutage viel Zeit verbringen. Hier tauschen sie innerhalb kürzester Zeit Meinungen untereinander aus und prägen sich so auch in politischer Hinsicht. Das geschieht über Bilder und Überschriften, die schnell Aufmerksamkeit auf sich lenken und bereits innerhalb der ersten drei Sekunden etwas über das Thema verraten; so wird dann Interesse für die weiteren Inhalte generiert. Es ist wichtig, unter der Flut an Banalitäten nicht völlig aus dem Blick der zu gewinnenden Mitglieder zu verschwin-

Social-Media offensiv nutzen: Die DFG-VK auf Facebook

Ein großes Thema auf dem Social-Media-Seminar im April war der Umgang mit Daten durch Plattform-Anbieter wie Facebook. Die Vorbehalte gegen die Großunternehmen sind berechtigt, dennoch trägt vor allem unser Facebook-Auftritt enorm zur Bekanntheit der DFG-VK bei.

1500 Menschen folgten uns im November letzten Jahres auf Facebook. Durch kontinuierliche Arbeit – das Posten von Aktionsfotos der Basisgruppen, eine Bilderreihe unter der Überschrift „Fakten gegen Krieg“ und Hintergrundinformationen – hat sich diese Zahl bis April mit 3400 mehr als verdoppelt. Dabei ist die Resonanz der Menschen, die unsere Facebook-Seite besuchen und Postings fast ausnahmslos positiv kommentieren: Leute schreiben schon, „gerade die Beitritts-erklärung zur DFG-VK abgeschickt“ oder spendet zu haben. Facebook macht uns – vor allem bei jüngeren Leuten – sichtbar, wie die Statistiken zeigen: Un-

sere Posts erreichen zehntausende Menschen. Beiträge über den Syrien-Krieg und über horrende Militärausgaben erreichten sogar weit über einhunderttausend Menschen und wurden tausendfach „geliked“.

DFG-VK-Gruppen sollten Facebook nutzen, um Menschen zu erreichen – wir dürfen uns von aktuellen technischen und sozialen Entwicklungen nicht abhängen lassen. Das entbindet nicht von einer kritischen Auseinandersetzung mit neuen Medien. Doch der Nutzen für unseren Verband überwiegt aktuell bei Weitem. Werdet daher in Social-Media aktiv oder unterstützt den DFG-VK-Bundesverband, indem ihr beispielsweise Fotos eurer Aktionen zur Verfügung stellt, damit wir die vielfältigen Aktivitäten unseres Verbands auch auf Facebook und weiteren Medienplattformen präsentieren können – einfach mailen: svg@dfg-vk.de

Michael Schulze von Glaßer ist stellvertretender politischer Geschäftsführer der DFG-VK.



den. Sogenannte „filter Bubbles“ erschweren es zusätzlich, zu den Nutzern durchzudringen. Die Suchalgorithmen und die Notwendigkeit, die Menge an Informationsangeboten zu selektieren, führen dazu, dass die User sich oft in ihrer eigenen Welt bewegen, in der andere oder neue Ideen nur wenig Platz finden.

Es geht bei der Kontaktpflege durch soziale Medien also nicht wirklich darum, große Gedankenkonstrukte und schwierige Theorien zu vermitteln, sondern um kleine Schritte, die keine zu große Hemmschwelle aufbauen und es ermöglichen, einen tieferen Kontakt vorzubereiten.

Diejenigen, die der Titel „abholt“, möchten gerne direkt etwas tun. Beispielsweise etwas bestätigen, kommentieren, unterschreiben, spenden, Material bestellen oder ein Beitrittsformular ausfüllen. Das sollte einfach zu finden sein, denn Geduld ist bei vielen Nutzern heutzutage sehr rar. Das Internet bietet viele Möglichkeiten der Partizipation. Wir müssen einbeziehen, anregen mitzumachen und al-

len das Gefühl vermitteln, dabei sein zu können. Und das ist einfach, jeder kann im Internet dazu beitragen, gute Interaktion zu gestalten. Dabei ist auch zu beachten, dass der Zeitraum, in dem etwas als schon nicht mehr aktuell gilt, sich enorm verkürzt hat. Die Fülle an Informationen hat auch die Geschwindigkeit beeinflusst, in der wir diese bearbeiten. Genau das ist eine der Herausforderungen, die soziale Medien an uns stellen. Die Schnellebigkeit und somit auch Kurzlebigkeit der Inhalte widerspricht der Nachhaltigkeit, die Friedensarbeit bedarf, und dem auf neue Alternativen und unterschiedliche Perspektiven ausgelegten Friedensjournalismus. Wir dürfen nicht davon ausgehen, mit unseren Posts auf Facebook direkt etwas an Grundeinstellungen, Werten und Normen unserer Interessenten zu verändern. Für die Etablierung eines Erstkontakts zu unserer Bewegung ist das jedoch auch nicht der Anspruch. Die Reichweite und die Einfachheit, mit der wir an unterschiedlichste Kontakte kommen können,

ist mit nichts zu vergleichen, was es vor der Zeit der sozialen Medien gab. Es wäre fahrlässig, daraus nichts zu machen.

Empfehlenswert für unsere Mitglieder wäre ein mehrtägiger praktischer Workshop, in dem vermittelt werden kann, wie soziale Medien für die politische Arbeit genutzt werden können. Dabei könnte sich auch ein Expertenteam herausbilden, das für die DFG-VK beratend und unterstützend bei der Ausgestaltung eines Medienkonzepts und möglichen Herausforderungen auf diesem Gebiet zur Seite stehen kann. Es ist unbedingt notwendig für uns, hier professionell zu agieren.

Bei Interesse, Fragen und Ideen können sich die LeserInnen dieses Artikels gerne an die E-Mail Adresse socialmedia@info.dfg-vk.de wenden.

Benno Malte Fuchs arbeitet zurzeit für die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr - Lernen für den Frieden!“ in der Geschäftsstelle des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg in Stuttgart.

Zwischenruf: Weder sozial noch Netzwerk

Kann die DFG-VK wollen, was man zu tun beabsichtigt?

Von Gerold Korbus

Wir haben als DFG-VK beschlossen, uns den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. So sollen die inzwischen nicht mehr ganz so „Neuen Medien“ in die Verbandsarbeit eingebunden werden. Die Idee ist gut. Das Problem ist, dass niemand wirklich weiß, was das bedeutet, wohin das geht, welche Folgen das zeitigt. Deshalb ist aber auch jede Überheblichkeit, bestimmte Begriffe seien für Mitglieder Fremdworte, völlig fehl am Platze. Denn tatsächlich kann es niemand wirklich wissen.

„Die Bundeswehr als friedenspolitisches Mittel: Das Militär ist als Werkzeug für die Friedensarbeit nicht mehr wegzudenken.“ Was können wir von einem solchem Satz halten? Nur Quertreiber stellen diese „wichtige“ Erkenntnis in Frage? Ich kann mich an Zeiten erinnern, da waren wir als DFG, als IdK, als VK und später als DFG-VK stolz darauf, Querdenker_innen, Quertreiber_innen zu sein, Sand im Getriebe zu sein, in einer militarisierten Gesellschaft den Kriegsdienst zu verweigern und nicht für diese zu werben.

„Soziale Medien sind als Werkzeuge für politische Organisationen in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken.“ Ist das so?

Sicher, in der DFG-VK gibt es unterschiedliche Ansichten zu der Frage, wie unersetzlich die unersättlich datenhungrigen, unsozialen und antidemokratischen Internetkonzerne sind. Aber sind wir nicht einig in dem Mut, dass wir uns in offenen Widerspruch zur Gesellschaft begeben, wenn etwas falsch läuft? Bereits unsere Gründer_innen haben dies bewiesen – sie lebten im offenen Widerspruch zu den militaristischen Tendenzen ihrer Zeit. Heute fällt es schwer, die Frage zu beantworten, was sich seitdem wirklich geändert hat.

„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt. (Erich Fried)“

Es muss dringend etwas geändert werden. Klar. Der Dissens geht um das Wie. Erst den Kapitalismus abschaffen, der Rest regelt sich allein? Alle Waffen beseitigen, dann ist die Welt friedlich? Haben wir den Stein der Weis_innen bereits? Wie finden wir die Lösung? Bereits über den Weg sind wir trefflich am Streiten.

Aber bei jeglicher Äußerung innerhalb dieser Debatte werden wir ausgeforscht! Wenn wir furzen, hört Google mit! Das

ist kein Witz, das ist eine Untertreibung! Denn das „Internet der Dinge“ gibt es bereits. Der TV-Sender NDR berichtete 2014 in dem Beitrag „Im Visier der Hacker ...“ über den Tod eines kritischen Journalisten, dessen neuer Mercedes per virtuellem Angriff in einen Unfall geschickt worden sein könnte. Aber freiwillig geben manche Friedensgruppen **alles** an Facebook! Jeglicher Debattenbeitrag auf unseren Mailinglisten wird von Google mitgelesen, notiert, ausgewertet. Denn mindestens eine Person ist immer dabei, die Mails bei dem Riesen speichern lässt.

Der Journalist Heribert Prantl sagte zu treffend: Die Ursache der unglaublichen Macht von Google ist die Bequemlichkeit der Nutzer.

Die DFG-VK hat beschlossen, die eigenen Methoden zu überdenken, um die programmatischen friedlichen Gedanken besser zu den Menschen zu transportieren. Es gibt neue Kommunikationsstrukturen – wie sollen wir sie nutzen? Sollen wir sie nutzen? Haben wir vergessen, dass bereits der Grundgedanke des „Internets“ kriegerischer Art war? Das Arpanet, der Vorläufer des heutigen Internets, hatte als Zielsetzung, im Falle eines Atomschlages

Handlungskompetenz zu behalten, konkret: weiterhin kommunizieren zu können, auch wenn es Bereiche im Land gibt, wo alles zerstört wurde. US-Präsident Ronald Reagan verstieg sich soweit, einen Atomkrieg für gewinnbar zu halten. Muss also die Betrachtung der „Neuen Medien“ aus dem Blickwinkel eines Friedensverbandes nicht zwangsläufig **immer** beide Seiten ansehen?

■ Unöffentlichkeit

Es gibt im Bereich der „Neuen Medien“ zwei Strukturen: öffentliche und private. Das Internet auf technischer Ebene ist privat. Doch sobald jemand in der Internetstruktur zum Anbieter wird, wird es öffentlich. Doch diese Allmende, dieser gemeinschaftliche Aspekt wird angegriffen. Die Telekom beispielsweise will ein Zwei-Klassen-Netz: Wer zahlt, kriegt es schneller, kriegt mehr. Die Konzerne knabbern an der Netzneutralität.

Wer sich bei Facebook, bei Google+ usw. beteiligt, bewegt sich immer in privaten Bereichen! Das ist kein Netz, kein Zusammenschluss wie etwa bei der Facebook-alternative Diaspora. Facebook kann Nutzer_innen plötzlich ausschließen, Facebook tut das auch und gibt oft keinerlei Erklärung, warum das so ist. Wer auf Facebook und die anderen dieser Anbieter setzt, baut auf Sand, macht sich abhängig.

Inhaltlich eignen sich Konzerne wie Google und Facebook **alles** an: Wer die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) dieser Großkonzerne liest, sieht das Grundgesetz ausgehebelt. Google erklärt, dass **alles** einverleibt wird. Wer ein Konto, egal wofür, einrichtet, erklärt sich damit einverstanden. Das bedeutet: Der Postbote öffnet und liest die Post und benutzt jegliche seiner Erkenntnisse. Ein klarer Bruch des Briefgeheimnisses, der Grundrechte, des Grundgesetzes. Ähnlich geht Facebook vor: Man erklärt mittels der AGB, alle Rechte an jeglichem zu haben, was innerhalb der Areale Facebooks geschieht.

■ Big Brother war gestern

Nach einem Lockruf, es mögen bestimmte Seiten des „Gesichtsbuches“ aufgesucht werden, da seien weitere interessante Infos abzurufen, habe ich eine Absage geschickt. Die Antwort der Freunde: Man sei sich der Problematik des Big Brother bewusst. Ich bezweifle das! Big Brother ist ein Bild für Ausforschung. Die Methoden der Superkonzerne heutzutage gehen viel weiter! Jede noch so kleine Information, insbesondere der elektronische Fingerabdruck, womit Metadatenanalyse erleichtert

wird, an Facebook etc. bewirkt eine Stärkung dieser Superkonzerne. Zugleich werden damit demokratische Strukturen geschwächt!

■ Internetanbieter Bundeswehr?

Wie würden wir damit umgehen, wäre Facebook auf den Seiten der Bundeswehr angesiedelt? Ist es vorstellbar, dass jemand dann ernst genommen wird, würde Facebook als „unabdingbar“ für die Friedensarbeit erklärt? Doch worin liegt der Unterschied, wenn wir doch wissen: Facebook ist nicht sozial, Facebook ist kein Netzwerk und Facebook ist antidemokratisch! Facebook ist nicht demokratisch gewählt, Facebook agiert nach eigenem Gutdünken, nicht nach Regeln, die etwa von einem Parlament bestimmt werden, und Facebook geht stiften. Der Chef und Hauptaktionär handelt wie der Hauptprofiteur des Lidl-Konzerns: Das Geld wird dem Einfluss des Staates entzogen und nach persönlichen Vorstellungen über eine Stiftung den persönlichen Hobbys zugeführt. Die Demokratie wird so gründlich ausgehöhlt, die Staaten werden geschwächt.

■ Googlization

Es ist noch schlimmer: Prof. Siva Vaidyanathan hat das Buch „The Googlization of everything – and why we should worry“ veröffentlicht. In der Wiso-Dokumentation des ZDF „Weltmacht Google“ wird aufgezeigt, welche große Bedeutung diese Veröffentlichung hat. Google hat auch die Wissenschaft erobert – mit Millionen für das „Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft“. Stand Alexander von Humboldt bisher als Sinnbild für freie und unabhängige Wissenschaft, ist dies nun wohl erledigt.

In der Wiso-Doku erklärt Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestag-Grünen, die Bedenklichkeit dieser Abhängigkeit: „Wir haben da in der Vergangenheit nicht drauf geschaut, das muss ich zugestehen.“

■ „Die Suchmaschine belügt man nicht...“

In der Wiso-Dokumentation „Weltmacht Google“ untersucht ein Experte in einem Versuch Suchanfragen und stellt mit wenigen Daten ein Profil der Versuchsperson her. Google ist eine „Schicksalsmaschine“. Die Trefferlisten entscheiden darüber, in welcher „Filter-Bubble“ wir uns als Suchende befinden. Aber es werden auch Schicksale von Firmen beeinflusst. Als aus unerfindlichen Gründen eine gezeigte Firma in

der Versenkung auf Seite 2 der Trefferliste verschwindet, decken die Betriebseinahmen nicht mehr die laufenden Kosten. Rettung in diesem Fall: Die eigenen www-Seiten wurden auf die Suchmaschine Bing optimiert, es gab wieder Kundschaft. Fazit des Unternehmers: Wir dürfen uns nicht auf ein einziges Bein allein stützen!

Wissen wir also, was wir tun? Was können wir tun, um nicht in die offene Tür der Falle Aktionismus zu rennen? Nein, auch wenn mir in lange bekannter Abwehrhaltung signalisiert wurde: „Du kannst ja zu unserem Artikel (*siehe vorige Seiten*) eine Kritik schreiben, wo Du Deine Alternativen vorstellst.“ – es sind nicht **meine** Alternativen. Auch wenn Facebook und Google zweifelsohne die Goliaths sind, heiße ich nicht David.

Eine einzelne Person ist völlig überfordert, solche gewinnträchtigen antidemokratischen Machenschaften zu bekämpfen. So schön es wäre. Das kann ausschließlich funktionieren, wenn so viele Menschen wie möglich sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden und in ihrem Alltag zuerst davon ablassen, sich für kompetent zu halten, weil es ja so schön einfach ist, mit einem Baukasten zack-zack eine www-Seite zu basteln. Denn zuallererst sollten die eigenen Seiten von diesen Lauschern freigehalten werden! Ist es wirklich zu hart, Mailadressen dieser Ausforschungskonzerne von Mailinglisten zu verbannen? In Mailinglisten haben **nur solche** Postbot_innen etwas verloren, die transportierte Post nicht öffnen!

Der rheinland-pfälzische Landesdatenschutz hat z.B. mit der Staatskanzlei einen schönen Facebook-Kompromiss ausgehandelt. So etwas und weitere Dinge können klappen, wenn wir bereit sind zu lernen. In vielen Städten gibt es Crypto-Parties, wo es genau um die Fragen geht, wie wir unsere Daten **und die der Menschen, mit denen wir umgehen**, schützen können. Das alles ist keine Lösung, aber viele kleine Schritte können helfen, den Irrweg zu verlassen. Jedenfalls reichen Lippenbekenntnisse wie „Wir sehen Facebook kritisch“ keinesfalls, und „Hurra, wir schicken alle Fotos dorthin“ halte ich für gefährlich! Wir wissen auch nicht, wie viele Menschen nicht mehr zu Veranstaltungen gehen, weil ständig fotografiert wird und alles im angeblich freien Netz landet.

Aus Platzgründen hier der Verweis zu weiteren Informationen: https://kuerbis-ol.eu/Demokratie_Angriffe-antidemokratischer-Konzerne-im-Internet/

Gerold Korbus ist aktiv in der DFG-VK-Gruppe Oldenburg-Ostfriesland.

Gesetz schützt die Falschen!

Nicht zum ersten Mal: Nazis unterwandern Friedensdemonstration

Von Felix Oekentorp

Wer kennt die Situation nicht, als DemokratIn seinen/ihren Protest gegen Nazis zum Ausdruck bringen zu wollen und von der Polizei massiv beispielsweise durch Platzverbote daran gehindert zu werden? Hermetisch werden die Aufmärsche der braunen Horden durch ein massives Polizeiaufgebot vom Rest der Menschheit getrennt. Egal wie ungeheuerlich die Zusammensetzung der braunen Aufmärsche ist, ganz gleich welche Forderungen dort aufgestellt werden, die Staatsgewalt beruft sich auf das hohe Gut der Versammlungsfreiheit im Grundgesetz.

Wie aber sieht es aus, wenn demokratischer Protest friedlich auf die Straße geht und dies in Orten mit erhöhtem Nazi-Aufkommen stattfindet? Auch dann wird wieder auf das hohe Gut der Meinungsbil-

Dortmund bekannt ist als SS-Siggi. Dieser war in den 1980er und 1990er Jahren bei der inzwischen verbotenen FAP aktiv sowie in der Hooligan-Gruppierung Borussen-Front. Bei den letzten Kommunalwahlen zog er für die Partei Die Rechte in den Rat der Stadt Dortmund ein, überließ dann bald sein Mandat einem etwas helleren Nachrücker. Die Kameradschaft Dortmund, bei der Borchardt auch aktiv ist, feiert seit 2000 den dreifachen Polizistenmörder Michael Berger mit Aufklebern „3:1 für Deutschland, Michael Berger war einer von uns.“

Mit Leuten dieses Schlages hat der Ostermarsch Rhein-Ruhr alljährlich zu tun, wenn in Dorstfeld eine Zwischenkundgebung abgehalten wird. Seit Jahren wird von dieser Seite alles getan, um die FriedensdemonstrantInnen einzuschüchtern.

So gab es eine von Nazis angemietete Wohnung, aus der heraus vor Jahren offen und provozierend Fotos der Zwischenkundgebung gemacht wurden, möglicherweise um „Steckbriefe“ von AntifaschistInnen mit aktuellen Bildern anzufertigen.

So bemühten wir uns im Anschluss an den OM 2014 um ein Gespräch mit dem neuen Dortmunder Polizeipräsidenten Gregor Lange, der uns auch glaubhaft versicherte, persönlich für den Ostermarsch große Sympathie aufzubringen. Er hörte sich unsere Schilderungen an, interessierte sich für Details und versprach Besserung. So gab es zum OM 2015 auch wieder ein Kooperationsgespräch, bei dem die für den Ostermarsch zuständigen Beamten uns allerdings wenig Hoffnung auf die von uns gewünschte Trennung zwischen Ostermarschierenden und Nazis machten. Erstmals enthielten unsere gedruckten Materialien eine – rechtlich allerdings nicht wirksame – Nazi-Ausschlussklausel. Erfreulicherweise ermöglichten die Beamten eine weitgehend ungestörte Kundgebung.

Zum diesjährigen Ostermarsch war wieder alles wie gehabt: Die versammelten Nazis konnten zunächst ungehindert auf den Kundgebungsplatz in Dorstfeld gelangen und dort nach Belieben fotografieren. Erst nach intensiven Gesprächen zwischen Versammlungs- und Einsatzleitung wurden Borchardt und seine Kameraden vom Platz weg von der Polizei auf die andere Straßenseite gedrängt, wo sie sofort mehrere schwarz-weiß-rote Reichsfahnen präsentierten. Der Einsatzleiter, auf diese offensichtlich nicht angemeldete Gegenkundgebung angesprochen, reagierte abweisend. Er nahm nicht einmal den intensiven Versuch, dies bei ihm zur Anzeige bringen, zur Kenntnis.

Zum Ende der Zwischenkundgebung gab es für unsere Ordner alle Hände voll zu tun, um Rangeleien zwischen dem braunen Gesindel und den FriedensdemonstrantInnen zu verhindern, und schließlich kam sogar noch Pyrotechnik zum Einsatz. Wohl nur dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass die Polizei das Mitmarschieren der Nazis beim Ostermarsch doch noch verhinderte.

In der Lokalzeitung wurde ausführlich über den Vorfall berichtet. Die Polizei wurde mit den Vorwürfen konfrontiert und reagierte darauf so: Die Neonazis seien offiziell Teilnehmer des Ostermarschs, sie hätten den Wunsch geäußert, an der Demo teilnehmen zu wollen, und jede/r Fotografierte könne Strafanzeige stellen oder zivil-



Nazis am Rande des Ostermarsches in Dortmund

dung bei Versammlungen verwiesen und auf das Bundesverfassungsgericht, welches klargestellt hat, dass das Versammlungsrecht nicht nur solche Teilnehmer schützt, die die Ziele der Versammlung oder die dort vertretenen Meinungen billigen, sondern es auch jenen TeilnehmerInnen zugutekommt die diesen kritisch oder ablehnend gegenüberstehen und dies im Rahmen der Versammlung zum Ausdruck bringen wollen.

Konkret betrifft das seit Jahren den Ostermarsch Rhein-Ruhr bei seinem Zwischenstopp in Dortmund-Dorstfeld, eine der Nazi-Hochburgen im Ruhrgebiet. Hier treiben Leute wie Siegfried Borchardt ihr Unwesen, der über die Ortsgrenzen von

Polizei lässt die Nazis gewähren

Zum Ostermarsch 2014 gab es seitens der Polizei nicht einmal ein Kooperationsgespräch, und bei der Veranstaltung ließen die Beamten die ganz besonders deutschen Herrschaften fast nach Belieben gewähren. Diese verteilten sich auf dem Platz, fotografierten ungeniert und sorgten so für erhebliche Unruhe unter den FriedensdemonstrantInnen. Unsere Aufforderung an die Einsatzleitung der Polizei, dies zu unterbinden, verblieb nicht nur ungehört, im Gegenteil: Der Beamte wies darauf hin, dass ein eigenes Eingreifen durch die Ordner des Ostermarsches womöglich einen Rechtsbruch darstelle.

rechtlich vorgehen, wenn sein Recht am eigenen Bild verletzt wurde.

Erneutes Gespräch mit dem Polizeipräsidenten ist wenig mutmachend

Vor diesem Hintergrund und eingedenk dessen, dass ähnliche Vorfälle bei anderen Demos stattgefunden haben, haben wir uns um Gespräche mit diversen Stellen bemüht, von denen einige bereits stattfanden. Erneut sprachen wir beim Polizeipräsidenten vor. Dieser nahm sich reichlich

Zeit für das Gespräch mit uns und war sehr interessiert an unserer Schilderung des Geschehens.

Sein Standpunkt war, dass es Aufgabe der Polizei ist, unparteiisch die gesetzlichen Vorgaben nach Kräften umzusetzen. Dies beinhaltet auch, das Recht von Nazis durchzusetzen, so schwer dies auch auszuhalten sei. Da der Gesetzgeber seinerzeit nicht habe vorhersehen können, dass es Strategie von Nazis sein könnte, an Friedensdemonstrationen teilzunehmen, sei hier eine Einschränkung nur dann durchsetzbar, wenn diese schwerwiegende Stö-

rungen begehnen. Die Bewertung des Umfangs einer Störung liege letztlich im Ermessen der anwesenden Einsatzleitung.

So bleibt es spannend, nicht nur für den Ostermarsch Rhein-Ruhr sondern auch bei anderen von Nazis unterwanderten Demonstrationen und Kundgebungen, welche Absprachen mit der Polizei getroffen werden können und wie diese konkret umgesetzt werden.

Felix Oekentorp ist Landessprecher der DFG-VK NRW und Sprecher des Ostermarsches Rhein-Ruhr.

Wir halten an der humanen Orientierung fest!

Rede bei der Kundgebung „halt!zusammen“ am 5. März in Waldkirch

Von Wolfram Wette

Jeder spürt es: Wir befinden uns in einer politischen und gesellschaftlichen Krise mit ungewissem Ausgang. Unser Land verändert sich. Wir erleben Unübersichtlichkeit und empfinden Unsicherheit. Zu befürchten ist ein schwerwiegender Rechtsruck, begleitet von Gewalt und Rassenhass.

Hatten wir das nicht schon einmal? 1933 kamen die Nationalisten und die Nazis an die Macht. Sie waren antidemokratisch, antisemitisch, rassistisch, nationalistisch und jederzeit gewaltbereit. Aus Diktatur, Weltkrieg und Holocaust lernten wir: „Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus! – Nie wieder Auschwitz!“ Und wir lernten noch etwas Anderes, nicht minder Wichtiges: „Wehret den Anfängen!“

Allein im Jahre 2015 sind in Deutschland nahezu 1000 Anschläge gegen Flüchtlingsheime verübt worden. Es gibt erneut Gewalt, Hassparolen, Ausländerfeindlichkeit, brennende Unterkünfte, gefährliches Gerede über Waffengebrauch an unseren Grenzen. Wir haben eine Situation, in der wir uns erinnern müssen an die Lehre: Wehret den Anfängen! Deshalb sind wir hier.

Manches in der gegenwärtigen Krise mag an 1933 erinnern. Genauer betrachtet, ist die Lage jedoch eine durchaus andere. Sehen wir uns nur diese Kundgebung an: Sie ist getragen vom Gedanken der Gemeinsamkeit gegen Rassismus und Gewalt. Sie beruht auf einem breiten gesellschaftlichen Bündnis. Dabei sind: Die politische Spitze der Stadt, der Oberbürgermeister und die Ratsfraktionen, die Religionsgemeinschaften, die politischen

Parteien, die Gewerkschaften und die Vertretung der Jugend. Das war 1933 nicht so.

Heute, in der Flüchtlingskrise, geht es um die große Frage, welche Republik wir eigentlich wollen. Wollen wir eine weltoffene Republik, die sich der Not der Menschen nicht verschließt? Oder wollen wir eine Republik, die Mauern aufbaut, die ausgrenzt und in der die Humanität zur rhetorischen Floskel verkommt?

Aus unserer Geschichte haben wir gelernt:

1. Frieden nach außen lohnt sich.
2. Demokratie lohnt sich. Sie sichert ein friedliches Zusammenleben im Innern. Gewalt scheidet als Mittel der politischen Auseinandersetzung aus.
3. Ausgrenzung von Minderheiten geht mit uns nicht, weil wir den Gleichheitsgrundsatz und die Menschenwürde ernst nehmen.
4. Humanität hat die Leitlinie unseres Umgangs mit Flüchtlingen zu sein, in der großen Politik wie im Zusammenleben „vor Ort“.

Bei allen Problemen im Einzelnen gilt nach wie vor: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist nicht so sehr eine Frage des Könnens, als vielmehr eine Frage des Wollens.

Mit den Worten des deutsch-jüdischen Schriftstellers Ralph Giordano, meinem verstorbenen Freund, möchte ich zum Schluss sagen: 1933 hatten die Deutschen die „humane Orientierung“ verloren und die Welt ins Unglück gestürzt. Inzwischen sind sie längst dabei, die humane Orientierung wiederzugewinnen.

Jetzt, in der Krise, heißt es für uns: Zusammenhalten in der Abwehr des fremdenfeindlichen Rechtsradikalismus, gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus, auch im persönlichen Engagement.

In einer Zeit der Unübersichtlichkeit und der Unsicherheit gibt es einen Leitfaden für unser Denken und Handeln. Er lautet:

- Wir lassen uns nicht beirren!
- Wir halten fest an der humanen Orientierung!
- Wir schaffen das!

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Historiker, Friedensforscher und DFG-VK-Mitglied.



Wolfram Wette als Referent beim DFG-VK-Bundeskongress 2013 in Dortmund

Kriegsführen auf der Aschenbahn

Die Sportförderung der Bundeswehr

Von Ralf Buchterkirchen

Bei (inter-)nationalen Wettbewerben, sei es im Wintersport oder der Leichtathletik, taucht sie immer wieder auf – Werbung für das Militär. Das Symbol, mit dem sich die Bundeswehr nach außen präsentiert, kommt beim Sport nicht nur in Form von immer penetranterer Werbung zur Geltung, auch tragen viele Sportler_innen das Symbol der Sportförderung der Bundeswehr auf ihrer Sportkleidung. Sie sind Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

1968 wurde die Sportförderung der Deutschen Bundeswehr eingerichtet. Der Bundestag verband damit insbesondere ein repräsentatives Anliegen – junge Männer sollten durch sportliche Höchstleistungen das Image der Bundesrepublik Deutschland nach außen aufwerten. Der Osten hatte es vorgemacht: Während in Westdeutschland auch die Sportler damit beschäftigt waren, Kasernenhöfe entlangzumarschieren – also Grundwehrdienst zu leisten –, waren in Ostdeutschland (und im Ostblock) viele Sportlerinnen und Sportler beim Militär beschäftigt. Auch dort ging es um Imagegewinn und -pflege; im Westen wurden diese Ost-Sportle-

rinnen und Sportler hingegen gern abwertend als „Staatsamateure“ bezeichnet und mit Sanktionen belegt.

Am 8. Mai 1968 entschied der Bundestag, eine Sportfördergruppe einzurichten und (damals noch ausschließlich männliche) Soldaten vom Großteil der Wehrpflicht zu befreien und ihnen die Möglichkeit zu bieten, ihrem Sport nachzugehen. Ein entsprechendes Äquivalent für Kriegsdienstverweigerer gab es nicht. Aus sportpolitischer und nicht-pazifistischer Sicht war der Schritt der Gründung einer Sportfördergruppe logisch und folgerichtig. Die Vorteile für das Militär lagen auf der Hand: Mit wenig Aufwand konnte so ein positives Bild der Bundeswehr transportiert werden; Symphatieträger(innen) ließen sich mit der Bundeswehr verbinden.

Noch 2010 stellt der inzwischen als IOC-Präsident amtierende Thomas Bach in einer Broschüre des Bundesverteidigungsministeriums fest: „Weit über die gewonnenen Titel und Medaillen hinaus geben die Erfolge der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein attraktives Gesicht. Sie tragen das Bild einer demokratischen, sympathischen und der Verständigung verpflichteten Bundeswehr in alle Welt. Innerhalb der Bundeswehr dienen die Soldatinnen und Soldaten als hervorragende Vorbilder für Erfolge durch Leistung, Disziplin und Organisationsfähigkeit. Damit fördern sie einen gesunden Patriotismus ohne Nationalismus.“

Auch für die Athleten (ab 1992 wurden Frauen zugelassen) war die Sportförderung erst einmal von Vorteil. Sie konnten dem Militärdienst größtenteils entgehen und waren finanziell weitgehend abgesichert. Das zugehörige Sportstättenkonzept schaffte zudem entsprechende Trainingsbedingungen, von denen nichtmilitärische Sportler_innen häufig nur träumen konnten.

Der Weg, den der Bundestag und die Bundesregierung dabei beschritt, war kein außergewöhnlicher. Wie bereits erwähnt, war er vor allem in den osteuropäischen Ländern fester Bestandteil der Sportpo-

litik. Ebenso wurde und wird das Modell in vielen westeuropäischen Ländern umgesetzt und hat inzwischen dazu geführt, dass ein Großteil der Medaillen auf militärische „Staatsathleten“ (und „Staatsathletinnen“) zurückgeht und nicht auf Zivilist_innen. So vermeldet die Bundeswehr noch heute stolz, dass bei den Olympischen Winterspielen 2010 in Vancouver 56 Prozent aller von Deutschen erlangten Medaillen an Bundeswehrangehörige vergeben wurden.

Dieses System etablierte sich, teilweise kamen bis zu 840 Spitzensportlerinnen und Sportler gleichzeitig in den Genuss der Förderung. Sie mussten nur einen verkürzten Wehrdienst ableisten, regelmäßig an militärischen Übungen teilnehmen (ca. 30 %), konnten sich aber sonst ihrem Sport widmen (ca. 70 %). Ziel dieser Förderung war und ist dabei ausschließlich der präsentierbare internationale Spitzensport – überwiegend in Randsportarten wie Skispringen, Bob, Biathlon, diversen Leichtathletikdisziplinen und neuerdings auch Frauenfußball. Dabei macht sich die Bundeswehr die prekäre ökonomische Lage in diesen Disziplinen zu nutze.

Mittlerweile wurden von der Bundeswehr 18 Sportfördergruppen (seit 2006 kamen 15 zu den zunächst drei hinzu) eingerichtet. Zentrale Dienststelle ist die Emich-Cambrai-Kaserne in Hannover, die zentrale Feldjägerschule der Bundeswehr. Neben der Bundeswehr unterhalten auch Bundespolizei, Zoll und Feuerwehren Stipendienprogramme für Sportler_innen, allerdings in deutlich geringerem finanziellen Ausmaß (zusammen ca. 200 Stellen) als die Bundeswehr.



Martialische Repräsentation

Alle Spitzensportler und Spitzensportlerinnen der Bundeswehr erhalten eine einheitliche allgemeine Sportsonderbekleidung für gemeinsame Auftritte sowie für die öffentliche Repräsentation. Das Bundeswehr-Logo [das Eiserne Kreuz - *Anm. d. Red.*] ist, unter Beachtung der sportartspezifischen Regularien/Bestimmungen, deutlich sichtbar zu tragen (z. B. bei öffentlichkeitswirksamen Auftritten). Darüber hinaus bestehen Einzelvereinbarungen mit den olympischen und nichtolympischen Spitzenverbänden, die Trainings- und Wettkampfbekleidung der Spitzensportler und Spitzensportlerinnen mit diesem Logo unter Beachtung der nationalen und internationalen Sport-/Wettkampfbestimmungen zu kennzeichnen. Seit den Olympischen Spielen 2000 in Sydney kann das Bundeswehr-Logo aufgrund getroffener Vereinbarungen und Unterstützung des DOSB auch während Olympischer Spiele, z.B. bei Presseauftritten im Deutschen Haus, getragen werden.

Aus: *Spitzensportförderung durch die Bundeswehr - Basisinformation*; Stand Juni 2011; www.bundeswehr.de

Dieses Verfahren hat sich bis heute nicht geändert. Obwohl die Wehrpflicht lange ausgesetzt ist, die Sportförderung damit ihrer inhaltlichen Begründung beraubt ist, existiert sie ungekürzt weiter. Aktuell gibt die Bundeswehr jährlich 28 Millionen Euro für bis zu 744 zu Fördernde aus. Die Fluktuation der Geförderten beträgt etwa 250 pro Jahr. Stark leistungsgetrieben werden Verträge für ein Jahr, in Ausnahmefällen für zwei Jahre geschlossen. Mit dieser Förderung ist die Bundeswehr ein zentraler Bestandteil der bundesdeutschen Spitzensportförderung. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) feiert die Sportfördergruppe der Bundeswehr gar als unverzichtbaren Bestandteil des „nationalen Spitzensportkonzeptes“. Das hat Gründe. Bis heute versäumt es das für den Sport verantwortliche Innenministerium, eine zivile Förderstruktur aufzubauen. Entsprechend sind für Sportler_innen ohne entsprechende Mittel und Lobby die Bundeswehr oder die

Polizei die einzige Möglichkeit, ihre Aktivitäten im Spitzensport zu finanzieren. Die Kugelstoßerin Christina Schwanzitz macht das in einem Jubelbeitrag auf der Internetseite der Bundeswehr deutlich: „Für mich persönlich sage ich ganz klar:

Hätte ich die Bundeswehr nicht, könnte ich meinen Leistungssport nicht betreiben. [...] Deswegen trete ich auch gerne als Sportsoldatin in der Öffentlichkeit auf.“

Wem nützt es?

Sportler_innen haben wenige Alternativen, wollen sie im Spitzensport – einigermassen finanziert – aktiv sein. Ohne Stipendienförderung, so eine Studie der Sporthochschule Köln aus dem Jahr 2010, leben viele nur knapp über dem Hartz-IV-Satz. Der ehemalige Olympiasieger und Professor für Wirtschaftspolitik Wolfgang Maenning kritisierte die Sportförderung der Bundeswehr auch inhaltlich und methodisch: Erst seit kurzem sei es den geförderten Sportler_innen überhaupt erlaubt,

nebenbei eine Ausbildung zu machen; zudem sei der militärische Dienst langweilig und sinnlos und es entstehe aufgrund der starken Fokussierung auf die Pflichtzeiten beim Militär eine eindimensionale Verengung, die sich negativ auf die sportliche Leistung auswirke. Unabhängig davon bestünden wenige Möglichkeiten, sich eine berufliche Laufbahn für die Zeit nach dem Sport aufzubauen.

Die Bundeswehr selber interessiert sich wenig für die Menschen nach der öffentlichkeitswirksam genutzten Karriere. Dem Argument versucht die Bundeswehr inzwischen, ein wenig vorzubeugen, indem sie mit einer teuren Zusatzfinanzierung, abhängig von der Dauer der Sportförderung, eine zusätzliche Unterstützung für die Zeit nach dem Sport gewährt. Das mag entsprechend für besonders erfolgreiche Sportler_innen hilfreich sein, sind sie es nicht (die Fluktuation wurde bereits angesprochen), hilft ihnen das wenig.

Alternativen

Es gibt keine logische nicht-militärische Begründung mehr, die Sportfördergruppen aufrecht zu erhalten. Vielmehr ist es dringend nötig, ein ziviles Stipendiensystem zu etablieren, welches Förderung nicht an einer militaristischen Gesinnung, sondern an den Leistungen und/oder der Freude am Sport festmacht (es würde an dieser Stelle zu weit führen, das Grundverständnis von Spitzensport und das Leistungssystem in Frage zu stellen, daher bleibt diese weitergehende Debatte an dieser Stelle ausgeklammert).

Gegenwärtig existiert in der BRD zivil nur die private Stiftung Deutsche Sporthilfe, die bis zu 10 Millionen Euro jährlich für 3800 Sportler_innen im Spitzensport ausgibt. Eine zivile Alternative ist – sofern Spitzensportförderung als wichtige und landesweite Aufgabe begriffen wird – zivil zu regeln, um Chancengleichheit unabhängig von der Weltanschauung und neutrale Entwicklungsmöglichkeiten zu etablieren. Dass der Bundeswehr damit ein werbewirksames Spielzeug weggenommen würde, wäre nicht nur aus pazifistischer, sondern auch aus sportpolitischer Sicht zu begrüßen.

Ralf Buchterkirchen ist DFG-VK-Bundes-sprecher.

Erich Fried Die einfache Regel

*Es gibt eine
einfache Regel
in der gar nicht
einfachen Welt*

*Sie gilt
für Nord Süd Ost West
und sie gilt
für heute und morgen:*

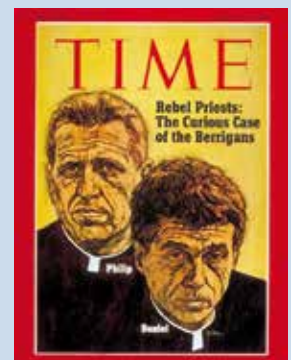
*Jede Rüstung für den Atomkrieg
ganz gleich wo
ist ein Schlag
gegen Freiheit und Menschenrechte*

*Und jeder Schlag
gegen Freiheit und Menschenrechte
ganz gleich wo
ist Rüstung für den Atomkrieg*

Erich Fried (1921-1988) widmete 1981 dieses Gedicht Daniel Berrigan, „der in den USA zu 10 Jahren verurteilt wurde, weil er zwei Atomsprengköpfe zertrümmert hat“.

Gemeinsam mit seinem Bruder Philip Berrigan (1923-2002), einem früheren katholischen Priester, und weiteren Mitgliedern der Pflugscharbewegung war der Jesuitenpater Daniel Berrigan am 9. September 1980 in eine Atomwaffenfabrik von General Electric in King of Prussia, einer Kleinstadt in der Nähe von Philadelphia im US-Bundesstaat Pennsylvania, eingedrungen. Sie zerstörten mit Hämmern zwei Sprengkopfhülsen, vergossen anschließend eigenes Blut über Konstruktionszeichnungen und warteten dann betend bis zu ihrer Festnahme. Die PflugscharaktivistenInnen wurden in einem aufsehenerregenden Prozess zu nächst zu Gefängnisstrafen von 3 bis 10 Jahren verurteilt. Das Verfahren zog sich über Jahre hin, schließlich blieb es bei einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren.

Daniel Berrigan ist am 30. April im Alter von 94 Jahren in New York City verstorben.



Hinschauen oder verdrängen?

Die „dreckigen Geschäfte“ der Rüstungsindustrie – wie verhalten sich Gewerkschaft und Beschäftigte?

Von Bernhard Kusche

Auf der Friedenskonferenz der Partei Die Linke im März in Berlin gab es einen Workshop „Rüstungskonversion“, der zwar leider schlecht besucht war, jedoch einige wichtige Fragen aufwarf. Ein Thema war: Kann und soll vor Rüstungsbetrieben auf die Opfer hingewiesen werden, die durch die Produkte der Firma entstehen? Ist es sinnvoll, dort auch auf anschauliche Weise auf das Leid hinzuweisen?

Eine Bevollmächtigte der IG Metall in Baden-Württemberg schilderte, wie z.B. die Resolution zum Thema Rüstungskonversion bei Heckler & Koch in Oberndorf für die Gewerkschaft dazu führte, dass die Tore zu den diversen Betrieben so gut wie geschlossen wurden.

„Die KollegInnen in der Rüstungsindustrie sind mitschuldig“

Sicher ist es für die Kolleg_innen in Rüstungsbetrieben nicht einfach auszuhalten, einer gewissen Mitschuld an der kapitalistischen Tötungsmaschinerie bezichtigt zu werden. Dieser Tatsache werden sie sich stellen müssen.

Betrachten wir die jüngere Geschichte Deutschlands:

Viele, die wussten, was in Nazideutschland geschah, haben geschwiegen oder das Geschehen verleugnet. Erst lange Zeit später wurden die Verbrechen thematisiert und dann auch nur teilweise aufgeklärt und verarbeitet.

Genau dieses Verhalten des Wegsehens legen die Beschäftigten der Rüstungsbetriebe an den Tag. Nicht genau hinschauen, verdrängen, verleugnen. Menschen, welche das unsägliche Treiben der Industrie aufzeigen, werden nicht ernst genommen oder gar verunglimpft.

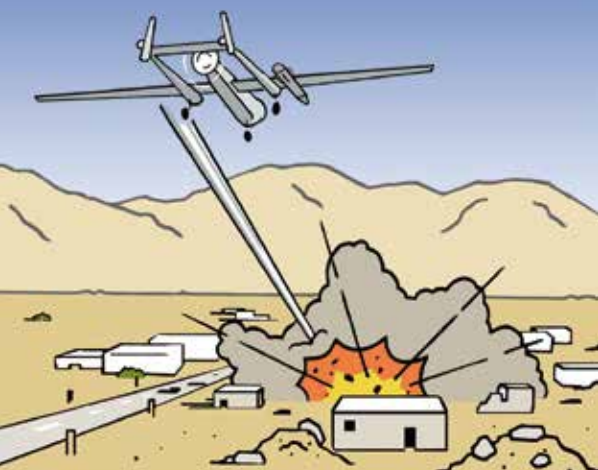
Die IG Metall ist eine Organisation der Arbeitnehmer. Auch wenn es bitter ist, die Wahrheit zu nennen, ist diese Wahrheit nicht nur ihren Mitgliedern in den Rüstungsbetrieben vorzuhalten – daran geht kein Weg vorbei. Es sind in den allermeisten Fällen auch arbeitende Menschen oder deren Familienangehörige, die durch in Deutschland hergestellte Waffen umkommen oder umgebracht werden, um die Profite des Kapitals zu sichern und zu mehren. Jede_r Kollege_in muss sich dies vor Augen führen!

Ca. 90000 Beschäftigte sind direkt oder mittelbar in der Rüstungsindustrie tätig. Viele von ihnen – wahrscheinlich die Mehrheit – sind hoch qualifiziert. Die Angst um den Arbeitsplatz wird von jenen geschürt, die weiterhin Profite durch diese dreckigen Geschäfte machen möchten. Andererseits hört man regelmäßig, dass qualifizierte Mitarbeiter_innen in der BRD händeringend gesucht werden. Das bedeutet nichts anderes als die Möglichkeit, alle Rüstungsbetriebe auf zivile Produkte umzustellen. Dort, wo dies angeblich nicht funktioniert, haben die Menschen gute bis beste Aussichten, ohne großen Verlust oder gar ohne solchen den Arbeitsplatz zu wechseln.

Die Demonstrationen vor den Werkstoren der Waffenproduzenten sind notwendig, sind wichtig und müssen mit aller Deutlichkeit die Folgen der Produkte aufzeigen. Auch wenn die IG Metall durch solche Proteste Mitglieder verlieren sollte, darf sie die Augen vor den Tatsachen nicht verschließen.

Bernhard Kusche ist aktiv im DFG-VK-Landesverband Bayern.

**DROHNEN
KRIEGE STOPPEN!
BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!**



Killerdrohnen ächten!

US-Friedensorganisation Code Pink agitiert (auch) in Europa gegen US-Kriegsführung

Von Siglinde und Ralf Cüppers

Im April machten wir Veranstaltungen zur Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung in Trier und Köln. Am Tag darauf fand in Köln die Pressekonferenz der amerikanischen Friedensorganisation Code Pink statt, die sich ebenfalls gegen den Drohnenkrieg wendet. Aber im Unterschied zu unserer Ausrichtung stellten sich die Code-Pink-Frauen nicht als grundsätzliche Antimilitaristinnen dar. Deren Sprecherin Ann Wright war 29 Jahre in der US-Armee, ist Demokratin und hatte Obama gegen die Republikaner

unterstützt. Code Pink formuliert keine grundsätzliche Militärkritik, will nicht das US-Militär abschaffen, sondern spricht sich lediglich gegen die „gezielten“ Tötungen mit US-amerikanischen Drohnen aus. Und das ist in Amerika schon gefährlich genug: Die Code-Pink-Sprecherinnen weisen darauf hin, dass in der Regierungszeit Obamas mehr Oppositionelle als „Whistleblower“ strafverfolgt und eingesperrt wurden als unter jedem anderen Präsidenten zuvor.

Seit 2001 setzt das US-Militär seine bewaffneten Drohnen – etwa in Afghanistan, im Irak, in Pakistan, Somalia und Li-

Ground the Drones



byen – für die „gezielte Tötung“ von Personen ein. Diese Einsätze haben deutlich zugenommen, seit der Friedensnobelpreisträger (!) Barack Obama Präsident ist und die vorgelegten Tötungsbefehle persönlich unterzeichnet. Sein Vorgänger George W. Bush hatte in den letzten vier Jahren seiner Präsidentschaft 52-mal bewaffnete Drohnen in Pakistan eingesetzt. Obama hat dies viele hunderte Male getan. Und die Folgen waren verheerend: Die Quote toter Zivilisten wird bei den sogenannten gezielten Tötungen nicht geringer. Nichtkombattantenschutz ist aber Bedingung für straffreie Kriegführung, unterschiedslose Tötung von Kämpfern und Zivilpersonen immer ein Kriegsverbrechen. Drohnenangriffe, bei denen das Unterscheidungsgebot der Artikel 51 und 52 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen nicht wirkt und Kombattanten und Zivilisten unterschiedslos getötet werden, sind grundsätzlich völkerrechtswidrig.

An dieser verbotenen Kriegführung ist das europäische Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein beteiligt. Code Pink unterstützt deshalb die Aktionen der Friedensbewegung gegen den US-Stützpunkt Ramstein.

Code Pink hat einige Dutzend Aktivistinnen und über 1 000 Sympathisantinnen im E-Mailverteiler, ist in zwei Abschnitten organisiert, in Kalifornien und an der Ostküste, ein dritter im Norden der USA ist im Aufbau.

Siglinde und Ralf Cüppers sind aktiv im DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein.



Foto: www.codepink.org

ANGEBOT CampaPeace: Qualifizierung der Friedensarbeit



CampaPeace

Qualifizierung zur Campaigner*in und Moderator*in für Kampagnen

„So gut wie immer hat die kreative engagierte Minderheit die Welt in einen besseren Ort verwandelt.“
Martin Luther King

Frieden braucht Kampagnen!

Durch Kampagnen entwickelt die Friedensbewegung wirkungsvolle Strategien und Handlungskonzepte, wie sie ihrem Ziel näher kommen kann: eine Welt ohne Kriege. Derzeit laufen in der Friedensbewegung verschiedene Kampagnen, z.B. „Schulfrei für die Bundeswehr“, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und „atomwaffenfrei.jetzt“. CampaPeace will in Zukunft noch konkreter für Aktivitäten in diesen wie auch zukünftigen Kampagnen ausbilden.

Frieden braucht Campaigner*innen!

Neben einer starken Bewegung braucht es auch professionelle Campaigner*innen. Gemeinsam mit lokalen Gruppen der Bewegung und anderen NGOs sorgen Campaigner*innen dafür, dass Kampagnen erfolgreich in den Regionen verankert und auch dort dezentral umgesetzt werden.

CampaPeace qualifiziert dich als Campaigner*in.

Die Qualifizierung vermittelt grundlegende Kompetenzen in den Bereichen gewaltfreier Widerstand, Kampagnenarbeit und Soziale Bewegungen. So kannst du noch erfolgreicher in Kampagnen bundesweit und regional aktiv sein.

CampaPeace qualifiziert dich als Moderator*in für Kampagnen.

Du lernst, wie bundesweite und regionale Kampagnen geplant werden. Außerdem wirst du qualifiziert, Aktivengruppen – von lokalen Gruppen bis hin zu bundesweiten Kampagnenräten – konzeptionell und als Moderator*in zu begleiten. Bei erfolgreicher Zertifizierung wirst du in einen Moderator*innen-Pool aufgenommen. Aktivengruppen haben die Möglichkeit, aus diesem Pool gegen ein Honorar Moderator*innen als Unterstützung für ihre Kampagnenarbeit anzufordern.

Ist das was für mich?

Wir laden dich herzlich ein, dabei zu sein. Teilnehmen kann jede*r, der oder die in der Friedensbewegung in Kampagnen aktiv ist oder dies gerne werden möchte.

Hinweis: Falls du Mitglied einer bundesweiten Friedensorganisation bist, empfehlen wir dir, den jeweiligen Vorstand zu fragen, ob er deine Ausbildung auch finanziell unterstützt.

Aufbau und Inhalte

Die Ausbildung findet in sechs Modulen von jeweils 2 Tagen (Freitagabend bis Sonntagmittag) statt. Die Inhalte werden an den Wünschen und Bedürfnissen der Teilnehmer*innen sowie am Stand der entsprechenden Kampagnen ausgerichtet. Zur Übersicht hier einige Inhalte:

Modul	Mögliche Inhalte
Modul 1	Kennerlernen / Von der Gewaltfreien Aktion zur Gewaltfreien Revolution / Kampagnendefinition / Elemente der Kampagnenplanung / Aktuelle und persönliche Praxisbeispiele / Zielsetzung der Ausbildung / Persönliche Rollenklärung / Übungen
Modul 2	Persönlicher Ausbildungsplan / Historische und aktuelle Fallbeispiele / Kampagnentypen / Kollegiale Beratung / Praxisbeispiele / Grundlagen Moderationstechniken / Gewaltfreiheit und Kampagnen / Elemente der Kampagnenplanung – Moderation / Strategische Kampagnenplanung in Organisationen / Mitglieder- und Gruppenaktivierung
Modul 3	Community Organizing / Kollegiale Beratung / Praxisbeispiele / Moderationstechniken / Strategiefrage / Social Media I / Kampagnen-Lobbying / Medienarbeit / Organisationsentwicklung durch Kampagnen / Rollenklärung / Gruppenaufbau und Gruppenaktivierung / Kampagnen im Bündnis I / Planung des Praxisensatzes / Übungen
Modul 4	Persönliche Ausbildungsziele / Umsetzung des Praxisensatzes / Kollegiale Beratung / Planungen von Moderationen / Elemente der Kampagnenplanung / Social Media II / Recherche / Gruppendynamik / Übungen / Schriftliche Hausarbeit / Kampagnen im Bündnis II / Regionale Kampagnen und bundesweite Kampagnen / Planung Praxisensatz
Modul 5	Arbeit an aktuellen Fallbeispielen / Kollegiale Beratung / Praxisbeispiele / Elemente der Kampagnenplanung / Erfolgsmessung und Evaluation / Umgang mit Widerständen / Kampagnen als systemischer Prozess / Honorarkonzepte / Auftragsklärung / Praxisensatz
Modul 6	Konzepte gewaltfreier Transformation / Praxisplanung für aktuelle Projekte / Gruppenaufbau / Kollegiale Beratung / Dokumentation der Ausbildung / Verabredung über Follow-Ups / Abschlussfest / Persönliche Rollenklärung / Verabredung Trainer*innen-Pool

Termine und Kosten

Die Ausbildung kostet inkl. Vollverpflegung 420,00€ (bei Unterbringung im MBZ*) bzw. 540,00€ (bei Unterbringung im DZ/EZ*). Die Module werden als Paket gebucht, können jedoch auf Wunsch einzeln gezahlt werden (70,00€ im MBZ bzw. 90,00€ im DZ/EZ je Modul).

Modul 1:	23.-25. September 2016	Modul 4:	17.-19. März 2017
Modul 2:	18.-20. November 2016	Modul 5:	23.-25. Juni 2017
Modul 3:	20.-22. Januar 2017	Modul 6:	8.-10. September 2017

Jedes Modul startet am Freitag um 18.00 Uhr mit einem gemeinsamen Abendessen und endet am Sonntag um 13.00 Uhr mit der Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen.

CampaPeace findet in bzw. bei Kassel statt. Wir tagen im „Lebensbogen“ oder in Jugendherbergen.

Teamer: Ulrich Wohland, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
 Organisation: Claudia Funke, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Anmeldung unter: claudia.funke@wfga.de

*MBZ = Mehrbettzimmer, DZ = Doppelzimmer, EZ = Einzelzimmer (Anmerkung: EZ stehen nur sehr begrenzt zur Verfügung)

CampaPeace wird getragen und gesponsert von DFG-VK, IPPNW, DRL und WFGA.



Neue Kampagne gegen neue Atombomben

Breiter und dauerhafter ziviler Ungehorsam am Fliegerhorst in Büchel

Von Marion Küpker

Es ist soweit, unsere neue Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei. Jetzt!“ startete am 26. März. Da jährt sich zum sechsten Mal der historische Tag, an dem es 2010 den überparteilichen Bundstagsbeschluss zum Hinwirken auf den Abzug der letzten ca. 20 US-Atombomben aus Deutschland gab.

Genau das Gegenteil ist seitdem passiert: Auf dem in Rheinland Pfalz liegenden Bundeswehr-Militärstützpunkt „Fliegerhorst Büchel“

soll es ab 2024 zur nuklearen Aufrüstung mit einem neuen Atombombentyp namens B61-12 kommen, der in den USA

2020 in die Produktion gehen soll. Die mittlerweile strategisch untauglich gewordenen bisherigen Atombomben des Kalten Krieges sollen also gegen real einsetzbare ausgetauscht werden: zielgenauer, da satellitensteuerbar und mit extra Flügeln, und neu ist auch die erdeindringende Fähigkeit gegen unterirdische Ziele.

Die technische Umrüstung des Atombombenträgers „Tornado“ sowie der Ausbau der Landebahn sind bereits in vollem Gange, und auch ein neuer Hochsicherheitszaun steht an. Allein die Kosten dieses neuen Bombentyps, der auch in der Türkei, Holland, Italien und Belgien stationiert werden soll, belaufen sich auf insge-

samt 10 Milliarden US-Dollar. Wie viel davon durch unsere Steuergelder übernommen wird, ist nach wie vor geheim. Die bisherige Umrüstung vor Ort wurde bereits mit 100 Millionen Euro benannt.

Damit ist genau jetzt die Zeit, in der wir diese Aufrüstung skandalisieren und uns ihr entgegenstellen müssen, um sie noch rechtzeitig verhindern zu können!

20 Wochen Aktionspräsenz gegen 20 Atombomben

Für 20 Kalenderwochen, vom bzw. seit 26. März bis zum 9. August 2016, dem Nagasaki-Gedenktag, sind bereits knapp 30 Gruppen bereit, für Mahnwachen und/oder Blockaden von einem Tag bis zu einer Woche nach Büchel zu kommen.

Wir haben vor Ort ein Büro eingerichtet und regional ein Tagungshaus für unseren Widerstand gefunden. Wir bieten Unterstützung für das Finden einer geeigneten Unterkunft in der Region, und auch Campen wird am Haupttor ab dem Frühsommer möglich sein. Immer mehr Menschen vor Ort unterstützen unsere Aktivitäten, übernehmen noch offene Tage und bieten für kleine Gruppen auch kostenlose Übernachtungsmöglichkeiten. Es gibt einen Fonds, der auf Antrag Reisekosten für Menschen mit wenig Geld übernimmt, und wir vermitteln gerne Einzelpersonen an bereits bestehende Gruppen weiter.

Ziel ist es, dieses Jahr viele Menschen zu erreichen, die z.B. durch die Teilnahme an legalen Mahnwachen (Daueranmeldung besteht für den Kreislauf am Haupttor von 6 Uhr früh bis 18 Uhr abends) und/oder Blockaden die Region und die Zufahrtstore von Büchel mal kennenlernen und Genaueres über unsere Kampagne erfahren wollen. Wir bereiten hiermit eine zukünftige Dauerpräsenz vor, für die wir viele Menschen brauchen, die bereit sind, wenigstens einmal im Jahr nach Büchel zu kommen, um ihren Widerspruch gegen die Atomwaffen und gegen Krieg sichtbar zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen, dass jede/r Einzelne wahrnehmen kann, dass ihr/sein kleiner Beitrag nicht ohnmächtig als Tropfen auf den heißen Stein empfunden wird, sondern als der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringen kann. Dieses gilt es zu koordinieren und zu vernetzen, womit wir in der Kampagne schon begonnen haben. Dafür sind wir aber auf die Mithilfe vieler angewiesen, die im eigenen Umfeld beim Werben mit-helfen („Schneeballeffekt“).

Unser Kernelement der neuen Kampagne ist das zeitgleiche Sammeln von Selbstverpflichtungserklärungen für Aktionen in Büchel voraussichtlich ab 2017, wo wir für eine Dauerpräsenz bis zum vollständigen Abzug planen, ähnlich wie bei der Atomraketen-Stationierung in Mutlangen! Die Entscheidung darüber findet im

BÜCHEL IST ÜBERALL!
atomwaffenfrei.
jetzt



Symbolische Abrüstungsaktion von DFG-VK-Mitgliedern in Büchel vor dem Militärgelände im April im Rahmen von „20 Wochen Aktionspräsenz“ (Fotos: Ernst Rattig)

Mit der Selbstverpflichtung politisch arbeiten

Solange in Büchel Atomwaffen zum Einsatz bereitgestellt oder gelagert werden, werde ich mindestens einmal im Jahr nach Büchel kommen, um an einer Aktion teilzunehmen, und mich in meinem Umfeld für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und für eine atomwaffenfreie Welt einsetzen. Ich bin bereit, im Aktionsrahmen der Kampagne selbst gewaltfreien zivilen Ungehorsam zu leisten/eine Aktion zivilen Ungehorsams zu unterstützen/an Mahnwachen und Demonstrationen teilzunehmen.

www.buechel-atombombenfrei.de

Herbst statt und hängt von unserer Mobilisierungsfähigkeit, also von den Rückmeldungen von Gruppen und Einzelnen ab.

Zudem können die Gruppen beim Gestalten unserer Friedenswiese mitmachen. Dies bedeutet: Gruppen, die sich an der Aktionspräsenz beteiligen, sind eingeladen, auf einem Grundstück nahe dem Haupttor des Militärstützpunktes deutlich sichtbare Friedenssymbole aufzustellen, die dort verbleiben sollen (nach dem Vorbild des „Friedensackers“ im Hunsrück in den 1980ern).

Internationales und Visionen

Unsere Vision, mit unserer Strategie Erfolg haben zu können, ist realistisch: Sie ist übernommen und an unsere Entwicklung angepasst von Trident Ploughshare, die 2008 ein Jahr lang gewaltfreie direkte Aktionen mit vielen Blockaden (Fasla-

ne365) gegen die Atom-U-Boot-Basis Faslane durchgeführt haben. Danach sprach sich die schottische Regierung für eine Auflösung beziehungsweise für einen Umzug dieses britischen Stützpunktes aus. Die britische Regierung weigert sich bis heute, die schottische Souveränität voll anzuerkennen. Auch wurden Aktivistinnen vom Obersten Gericht für ihre Aktionen freigesprochen, da das internationale Recht angewandt wurde, das dem nationalen Recht übergeordnet ist.

Gorleben365 kopierte diese Strategie und trug damit wesentlich zum mindestens zehnjährigen Moratorium bei, sodass jetzt 10 Jahre kein Atom Müll in den Salzstock im Wendland eingelagert werden darf. Dies sind alles wichtige Zwischenschritte, die Schlimmeres verhindern können.

Alles hängt davon ab, ob wir uns trotz erschwelter Bedingungen als soziale Netzwerke begreifen und handeln lernen.

Politischer Hintergrund und Kampagne

Der aus 50 Gruppen und Organisationen bestehende Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!“, dem auch die DFG-VK angehört, setzt mit dieser neuen Kampagne erstmals den Schwerpunkt auf gewaltfreie Aktionen mit Mahnwachen und Zivilem Ungehorsam (ZU) in Büchel. Mit vorangegangenen Kampagnen konnten wir die Existenz dieser Atomwaffen in der Bevölkerung bekannt machen und eine politische Diskussion in der Regierung sowie in der internationalen Atomwaffensperrvertrags-Konferenz (NPT) der Vereinten Nationen und in der NATO anregen. Dieses reichte leider nicht, um die nach bundesdeutschem und internationa-

lem Recht illegale Atomwaffen-Stationierung hier zu beenden.

Unsere Regierung macht heute die Entscheidung über einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland von erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland abhängig, was einen großen Rückschritt gegenüber Koalitionsvertrag von 2009 und dem Bundestagsbeschluss von 2010 bedeutet.

In Rheinland-Pfalz spielen die großen US-Militärbasen Ramstein und Spangdahlem und die hiervon mitausgehende Umzingelungspolitik der Nato gegenüber Russland (u.a. auch mit den Atomwaffen in Deutschland, die unter US-Befehlshoheit stehen), eine wichtige Rolle, was sich in der aktuell angespannten Situation – egal ob Ukraine oder Syrien – verheerend auswirken kann.

Damit präsentiert sich Deutschland und gerade auch der Standort Büchel als mögliches Angriffsziel, anstatt dass unsere Regierung deeskalierend handelt und völkerrechtswidrige Atomwaffen vernichten lässt. Weltweit hat sich die Mehrheit der Staatengemeinschaft für einen Verbotsvertrag ausgesprochen und arbeitet weiter an dessen Umsetzung. Die humanitären Auswirkungen von Atombomben-Einsätzen sind katastrophal; die nukleare Abschreckung und auch Gedanken über einen führbaren nuklearen Erstschlag sind nicht hinnehmbar.

Daher muss Büchel ein zentraler Ort für unseren Widerstand gegen Atomwaffen sein!

Marion Küpker ist internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen und im Kampagnenrat der Kampagne „büchel ist überall – atomwaffenfrei. jetzt!“



Nicht von allem wahllos etwas, sondern eine bedachte Mischung

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir aber nicht nur Straßenaktionen in den verschiedenen Orten machen und die auch nicht zu eng aneinander gereiht, sondern auch stärker auf andere Bedürfnisse der TourteilnehmerInnen eingehen. Zum Beispiel gab es den Wunsch, inhaltlich mehr zu den Hintergründen unserer Aktionsangebote zu erfahren. Deswegen werden wir an dem einen oder anderen Abend themenbezogenen Informationsbeiträge zur Diskussion stellen. Im Motto der Tour ist bereits ausgedrückt, um welche Zusammenhänge es geht, Zusammenhänge, die teilweise auch für die DFG-VK selbst eher neu sind. Mit der politisch sinnvollen Öffnung für Umwelt- und Klimathemen hoffen wir, auch Menschen aus anderen Spektren für eine Teilnahme zu interessieren, ohne dass die Tour zu einer reinen Politour wird.

Was bisher auch etwas zu kurz kam: Kultur. Nein, nicht Krawatte und Theaterbesuch, sondern Gitarren und andere Musikinstrumente mitbringen (von Konzertflügeln bitten wir Abstand zu nehmen ...), vielleicht auch eine selbst organisierte Gedichte-Lesung, denn Dinge dieser Art tragen zum Gemeinschaftsgefühl und zu unserer Verständigung bei. Freizeit, gemütliches Beisammensein, das Kochen zusammen sollen nicht bloße Begleiterscheinungen sein. Und nicht zuletzt: Wir planen zwar, aber wir wollen nicht verplanen. Ideen und Anregungen zur Ausgestaltung der Tour sind jederzeit willkommen. Wer an seinem Ort für die Friedensfahrradtour werben will: Wir stellen Flyer, Plakate, Texte für Kleinanzeigen und Standardpressemitteilungen zur Verfügung.

Wie mache ich mit?

Ein Fahrrad, verkehrstüchtig, wäre günstig. Für Übernachtung (in einfachen Unterkünften: Campieren, Rudervereine, Naturfreundehäuser und dergleichen) und Verpflegung wird ein TeilnehmerInnenbeitrag von 30 Euro pro Tag erhoben (19 Euro für TeilnehmerInnen ohne eigenes Einkommen). Mitradeln lässt sich auch bei einer oder mehreren Tagestappen, wenn die Tour als Gesamtpaket nicht passt. Die Anfahrt zum Start in Münster (am 30. Juli) sowie die individuelle Rückfahrt von Köln (am 7. August) sind nicht Teil der Tour.

Anmeldung (bitte bis 19. Juni) bei: DFG-VK Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund; Telefon: 0231/8180-32 (Fax -31); E-Mail: dfg-vk.nrw@t-online.de; Internet: nrw.dfg-vk.de/themen/Fahrradtour.html

Wer nicht mitfahren kann, die Friedensfahrradtour aber gerne unterstützen möchte, spendet (steuerlich absetzbar) zur Förderung der Friedensarbeit auf das Konto: DFG-VK-Bildungswerk NRW, IBAN: DE57440501990001045342; BIC: DORTDE33XXX

Tobias Damjanov ist DFG-VK-Bundessprecher und aktiv im nordrhein-westfälischen Landesverband.

NRW Friedensfahrradtouren Bayern

Auf Achse für Frieden und Abrüstung

FriedensFahrradTour 2016
30. Juli bis 7. August



Von Ingolstadt/Manching zum
US-Stützpunkt Ramstein/Kaiserslautern
über Nördlingen, Mutlangen, Heidelberg, Mannheim

Wir rufen auf,
mit uns Abrüstung und Frieden einzufordern!
Keine Drohnentestflüge in Grafenwöhr.
Keine Drohneneinsätze über den Stützpunkt Ramstein
Keine ausländischen Militärstützpunkte in Deutschland
Keine Kampfeinsätze der Bundeswehr in aller Welt.

Beteiligt Euch an der Fahrrad-Sternfahrt nach Ramstein

Wir fordern von den Regierenden:

- Schritte zur Abrüstung – Ziel: Abschaffung der Bundeswehr
- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- Schließung aller ausländischen Militärstützpunkte
- Umfassendes Exportverbot von Rüstungsgütern
- Beendigung aller Drohneneinsätze
- Auflösung der Nato und Stärkung der OSZE
- Mehr Mittel für zivile Konfliktbearbeitung

!!! Gedenkt der Opfer aller Kriege!!!



Erste Informationen zum aktuellen Planungsstand und zu den Anmeldeformalitäten finden Sie im Internet auf der Home-Page der DFG-VK Bayern:

www.dfg-vk-bayern.de

Die FriedensFahrradTour ist keine Sportveranstaltung. Die Tagesetappen sind entsprechend geplant. Die Übernachtung erfolgt in Naturfreundehäusern, Jugendherbergen oder auf Campingplätzen. Für Übernachtung und Verpflegung wird ein Teilnehmerbeitrag von € 35,- pro Tag erhoben (€ 20,- für Teilnehmer ohne eigenes Einkommen).

Sie können eine, mehrere oder alle Etappen mitradeln. Wer Unterkunft und Verpflegung benötigt, sollte sich bis Spätestens 30.06.2016 (!) anmelden.

Konfrontation oder Kooperation?

Einführungsreferat zur Eröffnung der 14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz am 11. Februar
Von Thomas Rödl

Heute Abend ist die erste Veranstaltung der 14. Internationalen Münchner Friedenskonferenz, die Gegenveranstaltung zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz. Hier ist die wirkliche Friedenskonferenz, die sich mit den realen Problemen beschäftigt. Wir versuchen, Klartext zu reden und die Dinge zu analysieren und eine andere Politik zu befördern, im Gegensatz zu denen im Bayerischen Hof, die im wesentlichen Propaganda betreiben, um ihre eigentlichen Absichten und Interessen zu verschleiern.

Ich erlaube mir einleitend aus der Sicht des Trägerkreises der Friedenskonferenz, den Zusammenhang zu unseren Themen und den vergangenen Konferenzen herzustellen, und damit auch den Bezug zur Politik, die auf der sog. Sicherheitskonferenz betrieben wird.

Ausgangspunkt für unsere erste Friedenskonferenz im Jahre 2003 war der damals bevorstehende Krieg gegen den Irak. Dieser Krieg wurde mit einer Lüge begonnen, mit der Behauptung, der Irak würde die Welt mit Massenvernichtungswaffen bedrohen.

Zum zehnjährigen Jubiläum des Kriegsbegins schrieb Joschka Fischer in der Süddeutschen Zeitung vom 23./24. März 2013: „Die USA führten nach dem 11. September drei Kriege – gegen al-Qaida, in Afghanistan und im Irak. Die beiden ersten Kriege wurden ihnen aufgedrängt. Der dritte aber war ausschließlich ein mutwillig gewollter Krieg des damaligen Präsidenten George W. Bush, gewollt aus ideologisch-politischen und wahrscheinlich sogar aus persönlichen Gründen. Hätten Bush, Cheney, Rumsfeld und ihre neokonservativen Gefolgsleute damals die Wahrheit gesagt, nämlich dass sie beabsichtigen, die Terroranschläge vom 11. September zu nutzen, um Saddam Hussein mittels eines Krieges zu stürzen, um dadurch einen neuen, pro-westlichen Nahen Osten zu schaffen, so hätten sie niemals die Unterstützung des Kongresses und der amerikanischen Öffentlichkeit erhalten. Denn zu naiv und abenteuerlich war dieser Plan. Also musste eine Bedrohung herbeigeredet werden: Es gibt irakische Massenvernichtungswaffen! Die Behauptung gründete auf Lügen und sogar krassen Fälschungen.“

Das möchte ich hier nochmal in Erinnerung rufen, denn dieser Krieg, aus machtpolitischen Gründen vom Zaun gebrochen, ist die Vorgeschichte der aktuellen weltpolitischen Situation. Die Flüchtlinge, die jetzt in großer Zahl zu uns kommen, sind Folge dieser Situation. Wir setzen uns aus humanitären Gründen gegen den Krieg ein, aus pazifistischen Gründen, nicht etwa, weil wir es jetzt als unangenehm empfinden würden, dass plötzlich viele Flüchtlinge hier sind. Aber logischerweise sind wir der Meinung, dass wir Flüchtlinge hier auch aufnehmen sollen.

Wir wissen auch, dass sich Deutschland damals unter Schröder und Fischer geweigert hat, den Krieg zu unterstützen, es gab ja eine praktische Spaltung der Nato damals, Frankreich und Deutschland waren nicht dabei, was die linke Bewegung in Deutschland gar nicht realisiert hat. Die USA sagten dann, wir machen das trotzdem, auch ohne die Nato. Diese deutsche Nichtbeteiligung war aber natürlich auch doppelbödig und doppelzüngig. Wir alle wissen, dass damals wie heute die amerikanischen Stützpunkte hierzulande benutzt werden für die Kriegsführung der USA. Wenn sie das damals ernst gemeint hätten mit der Nichtbeteiligung, dann hätten sie z.B. Ramstein dicht machen müssen, dort den Strom abdrehen und die Startbahn blockieren.

Das wäre in voller Übereinstimmung gewesen mit der Charta der Vereinten Nationen, weil wir eine völkerrechtswidrig Krieg führende Nation nicht unterstützen dürfen.

Der Krieg der „Koalition der Willigen“ ohne Mandat des Sicherheitsrates, ohne Rücksicht auf Russland und China, war eine Machtdemonstration gegenüber dem Rest der Welt; wie schon der Krieg gegen Jugoslawien 1999. Gerhard Schröder hat vor einem Jahr gesagt, „natürlich war dieser Krieg völkerrechtswidrig“, und weiter sinngemäß, man solle sich nicht so aufregen über das, was Putin jetzt macht [die „Annexion“ der Krim], „wir haben uns ja damals auch nicht ans Völkerrecht gehalten“. Dass dieser Krieg auch eine Machtdemonstration war, wurde durchaus auch bei uns wahrgenommen, manchmal gibt es in der Süddeutschen Zeitung ja Lichtblicke, ich zitiere aus der SZ vom 4./5. Fe-

bruar 2012: „Die gespürte Machtlosigkeit Russlands, als die Nato 1999 ihre Luftangriffe auf Serbien begann, als die USA später den Irak-Krieg vom Zaun brachen, all das sitzt noch heute in Moskau tief wie ein schmerzhafter Stachel.“

Unsere These, damals wie heute: Dieser „Krieg gegen den Terror“ ist nur ein Vorwand, um strategische Positionen zu besetzen im Hinblick auf aktuelle und künftige Konkurrenten, im Hinblick auf Rohstoffe und künftige Verteilungskriege.

Zwischenzeitlich hat man erfahren, dass schon 2011, unmittelbar nach den Anschlägen von New York und Washington, im Pentagon die Stoßrichtung ausgegeben wurde: Gegen Afghanistan, gegen Irak, Iran, gegen Syrien, Libyen, Libanon, Jemen, Somalia. Jetzt erhärtet durch ein Interview mit Wesley Clark, 1999 Oberbefehlshaber der Nato in Europa. Er erzählt, dass er von dieser Orientierung erfahren und gefragt habe, warum? Antwort: Das wissen wir nicht genau, aber wir haben ein tolles Militär und können Regierungen stürzen und das werden wir auch machen.

Das war natürlich nicht die ganze Wahrheit. Es geht um strategische Positionen im Hinblick auf die künftigen Verteilungskriege – und noch konkreter, um weiterhin den Handel mit Öl in Dollar abwickeln zu können.

Ich nehme schon wieder die Süddeutsche Zeitung – dieses Mal vom 17. Mai 2010 – als Beleg, dass auch nicht-linke Analysten durchaus in der Lage sind zu erkennen, worum es eigentlich geht. Dort sagte Rudolph Chimelli: „Schon der frühere irakische Diktator Saddam Hussein hatte versucht, sich für die Petroleum-Ausfuhren seines Landes in dem Programm ‚Öl gegen Lebensmittel‘ vom Dollar zu lösen. Diese Abkehr wurde nie als Kriegsgrund erwähnt, dürfte aber bei der Entscheidung Washingtons für den Angriff eine wichtige Rolle gespielt haben. Unmittelbar nach Saddams Niederlage kehrte die amerikanische Verwaltung für den Irak zum Dollarpreis für das Öl zurück.“



Es geht um Aufrechterhaltung der Machtposition in einer sich verändernden Welt, in der die Rohstoffe begrenzt sind.

Mit dieser Einschätzung befinden wir uns natürlich im diametralen Gegensatz zu der Rhetorik, die alljährlich im Zusammenhang mit der Sicherheitskonferenz hier entfaltet wird.

Nun zur naheliegenden Frage: Wie reagieren die anderen Staaten der Welt auf die einseitige Politik der USA? Eine Politik, die man als hemmungslos, rücksichtslos, kriminell und menschenverachtend bezeichnen muss.

Meine These damals und in den Jahren danach in vielen Diskussionen: Das können sie sich nicht gefallen lassen, es wird eine antiamerikanische und Anti-Nato-Blockbildung geben.

Von der Konstellation *Brics* (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) haben wir damals noch nichts gewusst. Heute ist öfter von den *Brics*-Staaten die Rede, und davon, dass sich hier eine neue weltpolitische Konstellation abzeichnet. Wie wird sich das Verhältnis zwischen USA/Nato/EU einerseits und den *Brics*-Staaten andererseits gestalten?

Zwei Seiten sind zu bedenken: Wie verhalten wir uns in der Weltpolitik? Wie werden sich die anderen uns gegenüber verhalten? Welche Optionen haben sie denn, angesichts unserer Politik.

Ich spreche immer von „unserer Politik“, obwohl es die ist, die wir verändern wollen, aber es ist unsere Politik, denn wir zahlen ja dafür. Wir zahlen für die Bundeswehr, wir bezahlen die PolitikerInnen usw., insofern ist es leider richtig, von „unserer Politik“ zu sprechen.

Normalerweise halten „wir“ uns für die Guten und die anderen für die Bösen. Im öffentlichen Bewusstsein ist völlig ausgeblendet, dass die USA und ihre Verbündeten in Afghanistan Zehntausende und im Irak Hunderttausende Tote zu verantworten haben.

Wie ist denn die Sichtweise der anderen, die in den *Brics*-Staaten? Die ja beeinflusst ist von ARD, ZDF, SZ und Co., sondern geprägt ist durch ihre jeweilige Geschichte, Traditionen und politische Kultur. Staaten, die Teil der kriegerischen Konflikte der europäischen Mächte waren wie Russland, oder die Objekt der Kolonialpolitik der Europäer waren, namentlich Indien, China, Südafrika, wie alle afrikanischen und viele andere Länder.

Jetzt könnte man sagen: Ja, die Kolonialzeit, das ist lange vorbei! Richtig! Die Welt sollte anders sein, in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 ist die Rede von der souveränen Gleichheit und Gleichberechtigung der Staaten, die auf Gewalt verzichten und ihre Probleme im Geiste der Zusammenarbeit lösen. Gleichberechtigung und Zusammenarbeit der Staaten! Faktisch gibt es die fünf (zunächst vier) Atommächte, die dauernden Mitglieder im Sicherheitsrat, die faktisch privilegiert sind. Mit welchem Recht? Mit dem Recht der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und mit dem Recht, dass sie sich Atomwaffen verschafft haben!

Dieser Widerspruch zwischen der faktischen Privilegierung der Atommächte einerseits und dem Anspruch auf souveräne Gleichheit andererseits sollte aufgelöst werden durch den Atomwaffensperrvertrag! Wie? Durch die Abschaffung der Atomwaffen! Im Atomwaffensperrvertrag verpflichten sich die Atommächte zur Abrüstung, die Nicht-Atomwaffenbesitzer verzichten auf den Erwerb von Atomwaffen! Noch mehr, sie verpflichten sich zu Verhandlungen über allgemeine und vollständige Abrüstung.

Dieser Verpflichtung sind die Atomwaffenmächte nicht nachgekommen! Fast nichts ist so sehr aus dem kollektiven Bewusstsein der BRD ausgeschlossen wie die Abrüstungsverpflichtung im Atomwaffensperrvertrag! Ich muss die Anekdote hier einfügen, dass ich einmal die Gelegenheit hatte, einen deutschen Diplomaten nach der Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages zu fragen. Dann sagte der: „Sehen Sie, ich bin jetzt im Ruhestand und kann offen sprechen: Eigentlich hat man das nie für realistisch betrachtet.“

Indien hat diese Gleichberechtigung, die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags, immer wieder eingefordert. Dann hat man ihm gesagt: Na, wer seid ihr denn, ihr habt keine Atomwaffen. 1974 hat Indien die erste eigene A-Bombe explodieren lassen. Gut, dann sagt man ihm: Was wollt ihr mit der Bombe, ihr habt ja keine Trägerraketen. Also hat Indien Trägerraketen entwickelt. Jetzt sind sie bei 2500 Kilometern Reichweite. Die Grundlage für die indische Raketentechnik ist übrigens ein Kooperationsabkommen zwischen der BRD und Indien zur Weltraumforschung aus den siebziger Jahren.

Dann hat Indien 1998 Atomwaffentests durchgeführt, und ziemlich zeitgleich ist Pakistan zur Atommacht geworden. Weniger, um Krieg zu führen, sondern als Prestigeobjekt, um als gleichberechtigt neben den anderen Großmächten anerkannt zu werden.

Jetzt haben wir Indien, Pakistan, Israel sowieso, und aktuell Nordkorea als weitere Atomkräfte. Und viele weitere Staaten auf der Welt sind in der Lage, spaltbares Material herzustellen und Trägerraketen zu entwickeln.

Ich komme zum letzten Punkt, der für die Betrachtung der künftigen weltpolitischen Konstellation von großer Bedeutung ist: Es gab eine Phase der Rüstungskontrollverhandlungen zur Begrenzung der Zahl der Atomwaffen. Eine Phase der Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion, später Russland. Grundlage für diese Phase der Verhandlungen war der ABM-Vertrag von 1972 - da ging es um die Begrenzung der Abwehrraketen, und auf dieser Grundlage um die Reduzierung der Zahl der Angriffswaffen. Das war die Logik damals: Wir begrenzen das eine und reduzieren dann das andere. Der Grundgedanke war die „gemeinsame Sicherheit“! Gemeinsame Sicherheit durch Vereinbarungen und Rüstungsabbau.

Präsident Bush hat diesen ABM Vertrag 2001 gekündigt, und damit war die Ära der Rüstungskontrolle beendet. Ein Vorgang, dessen Reichweite und Bedeutung von Politik und Medien nicht erkannt oder systematisch verniedlicht und verschwiegen wurde. Das werfe ich vor allem auch den Grünen und der SPD vor, dass sie darauf überhaupt nicht reagiert haben.

Damit hat man auch die Abrüstungsrhetorik der 70er und 80er Jahre in die Mülltonne getreten. Also die Rechtfertigung der sogenannten atomaren Abschreckung durch Verweis auf die Perspektive Rüstungskontrolle und schrittweise Reduzierung der Atomwaffen. Eine zahlenmäßige Reduzierung hat tatsächlich stattgefunden. Aber heute sagt man, wir machen das, was wir technisch können, nämlich moderne und effektivere Abwehrraketen und neue und modernisierte Angriffsraketen. Und diese Abwehrsysteme werden in Rumänien und Polen stationiert.

Das sind kritische Schlaglichter auf unsere Politik, die wir in friedenspolitischer Absicht kritisieren und verändern wollen, aber das sind auch Schlaglichter auf die Rahmenbedingungen für die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen. Die *BRICS*-Staaten sind jetzt bereits ein objektiver Faktor der Weltpolitik. Wie werden sich die Beziehungen entwickeln? Welche Chancen gibt es, welche Potenziale? Konfrontation oder Kooperation?

Thomas Rödl ist Sprecher des DFG-VK-Landesverbands Bayern und seit Jahren der maßgebliche Organisator der Internationalen Münchner Friedenskonferenz.



„Links“ und „rechts“ und die DFG-VK

Ein Aufruf zur Diskussion und für mehr Klarheit

Von Cornelia Mannewitz

Im Zusammenhang mit dem „Friedenswinter“ und den „Mahnwachen für den Frieden“ im letzten und vorletzten Jahr entstand teilweise Verwirrung über die politische Positionierung und Strategie der Friedensbewegung. Die Einschätzungen sind unterschiedlich – auch in der DFG-VK. Grund genug, die Debatte unaufregt, aber argumentativ gut begründet weiterzuführen.

Das „Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus“ schreibt über den Ursprung der Begriffe links und rechts:

„Die Redeweise l/r kommt in der Französischen Revolution zur Welt. Wie Christus ‚zur Rechten Gottes‘ sitzt und regiert, so bestanden die Monarchisten darauf, zur Rechten des Königs zu sitzen. Links mussten die Gegner des Königs Platz nehmen. In der Nationalversammlung, in der sich die bürgerlich-liberalen Gegner und konstitutionalistischen Kritiker der Monarchie auf der linken Parlamentsseite wiederfanden, die Royalisten auf der rechten, setzte sich diese Sitzordnung fort (...)“

„Links meint (...) zunächst Liberalismus und Aufklärung als Ausdruck des wachsenden Selbstbewusstseins des aufstrebenden Bürgertums (...). (...) Die Forderung nach einem gesetzgebenden Parlament als institutionellem Ausdruck der Gewaltenteilung macht Gleichheit zur wichtigsten Maxime des Bürgertums.“

„Die aus dem Naturrecht abgeleitete Forderung nach Gleichheit bzw. Gleichstellung im politischen Raum lässt sich auf alle anderen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens (z.B. Arbeitsplatz, Einkommen, Vermögen), d.h. die sozialen Grundlagen der Demokratie, ausdehnen.“

[Haug, W.; Haug, F.; Jehle, P.; Küttler, W. (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 8/II: Links/rechts bis Maschinenstürmer. Hamburg, 2015, Sp. 1154-1155*]

Allerdings: Links und rechts sind politische Grundkonzepte. Mit ihnen bewertet man gesellschaftliche Verhältnisse. Meinem Eindruck nach wird in der Alltagswahrnehmung von links und rechts Folgendes gern verwechselt:

- linkes und rechtes Denken;
- Menschen, Parteien, Bewegungen ..., die „links“ oder „rechts“ im Namen tragen;
- linke und rechte Politik.

Bei allen diesen dreien müsste links mit links und rechts mit rechts eigentlich de-

ckungsgleich sein, ist es aber in der Realität oft nicht: Die Gedanken sind frei, Politik richtet sich leider auch nach den Umständen und Name ist ... nun ja: Schall und Rauch. Diskrepanzen werden unter politisch Interessierten und Gebildeten oft diskutiert („ist das noch linke Politik“ o.ä.). Über den Kreis der politisch Interessierten und Gebildeten hinaus führen sie oft zu Verwirrung und münden gern in Unwilligkeit, sich überhaupt noch mit Politik zu beschäftigen („Hat ja keinen Sinn, die machen ja doch, was sie wollen“).

Die Tatsache, dass diskutiert wird, bedeutet aber auch: Es gibt durchaus noch klare Vorstellungen von links und rechts.

Unklarheiten über links und rechts beim Blick auf die Geschichte

Immer wieder hat es taktische Verwendungen der Wörter „links“ und „rechts“ gegeben; sogar parteiintern, um Flügelkämpfe zu begründen. Auch in der Praxis der Linken des 20. Jahrhunderts gab es Verwirrungen: Die Sozialdemokratie ging bei der Abstimmung über die Kriegskredite mit dem bürgerlichen Lager zusammen. Die KPD kooperierte beim BVG-Streik im November 1932 aus wahltaktischen Erwägungen zeitweise mit den Nazis [Langer, B.: *Antifaschistische Aktion: Geschichte einer linksradikalen Bewegung. Münster: Unrast Verlag, 2014, S. 82-85*]. Älte-

**lichtung
manche meinen
lechts und links
kann man nicht
velwechsern
werch ein illtum**

Ernst Jandl (1925-2000)
Österreichischer Dichter und Schriftsteller

re Ost-Linker tragen heute manchmal einen sehr platten Antiamerikanismus mit sich herum – es fällt ihnen schwer, von dem in der Zeit der Ost-West-Konfrontation erworbenen Zweckpatriotismus abzulassen und anzuerkennen, dass die USA nicht mehr der Erzfeind sind, sondern dass man jetzt selbst in einem kapitalistischen Land lebt, das mindestens dieselben wirtschaftlichen und strategischen Ambitionen hat wie das kapitalistische Musterland.

Unklarheiten über links und rechts unter den Bedingungen des gegenwärtigen Rechtsrucks

Rechtes Gedankengut wechselt seit Jahren offen in die „Mitte der Gesellschaft“ über. Der Rechtsradikalismus hat sich intellektualisiert. Als komplementäre Bewegungen von unten sind Pegida und AfD entstanden. Die deutsche Rechte holt hier etwas nach, was in den Nachbarstaaten schon seit Jahren gang und gäbe und zum Teil bereits an der Macht ist. Deshalb ist Wachsamkeit geboten. Die Rechtstendenzen sind keine kurzfristigen Verirrungen.

Wo liegen die Probleme der Friedensbewegung dabei?

Was ich beobachte (andere Interpretationen oder Gegenbeispiele willkommen!):

Einige haben etwas gegen Linke: Vielleicht, weil sie manche Parteien als zu dogmatisch empfinden. Vielleicht, weil sie mit einzelnen Personen schlechte Erfahrungen gemacht haben. Der Bewegungskarakter der Friedensbewegung und die geringe Zahl der wirklich Aktiven spielen dieser Haltung in die Hände.

Viele haben etwas gegen Rechte, erkennen sie in ihren modernen Gewändern aber nicht. Mit Neuen Rechten, Reichsbürgern, Identitären und anderen wissen nicht viele etwas anzufangen. Esoterik wird belächelt, aber nicht immer als rechts erkannt. (Dabei stand in der Frühzeit mancher sogenannter Mahnwachen für den Frieden ein Publikum auf dem Platz, angesichts dessen man erschrecken konnte, so klar wurde auf einmal das Bewusstsein von einer Subkultur, die schon lange existiert haben musste, bevor sie jetzt an die Oberfläche getreten war.)

Es wird einzelnen Wörtern geglaubt: Wer „Frieden“ sagt, wird nur zu bereitwillig als Teil der Friedensbewegung angesehen. Manche wissen über unterschiedliche Freiheits- und Demokratiebegriffe Bescheid, berücksichtigen aber nicht, dass diese ebenso wie „Kapitalismus“ und „USA“ auch zum politischen Vokabular der Rechten gehören [siehe Gießelmann, Bente; Heun, Robin; Kerst, Benjamin; Sürmann, Lenard; Virchow, Fabian (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2016]. Auch Ersatzhandlungen mittels Wörtern sind durchaus akzeptiert: Eine verbale Distanzierung ist wohlfeil, für manche aber ausreichend. Im Selbstverständnis der Friedensbewegung, allgemeinmenschliche Interessen zu vertreten, irgendwie für alle sprechen und alle gewinnen zu wollen, ist Gespür für politische Besonderheiten auch nicht gerade gut aufgehoben.

Die geschmeidige Verbindung nach rechts liefern die Populisten. Sie reden den Unzufriedenen nach dem Mund und versuchen, sie auf ihre Seite zu ziehen. Viele Friedensbewegte vertrauen einzelnen in der Friedensbewegung etablierten Autoritäten. Wenn diese mit rechten Populisten zusammengehen, gehen ganze Bündnisse mit. Jahrzehntelange Freundschaften unter den Aktiven mögen zu einer unkritischen Wahrnehmung der Entwicklung Einzelner beitragen.

Einige wollen zurück zu den Großdemonstrationen ihrer Jahrzehnte zurückliegenden Jugend. Sie verkennen dabei, dass das Bedrohungsgefühl zu Zeiten des Nato-Doppelbeschlusses in der breiten Bevölkerung ein anderes war, die Politisierung der Bevölkerung eine andere war und Rechte noch sehr gut zu erkennen waren. Sie sehen nicht deutlich genug, dass sich Inhalt und Methode friedenspolitischer Arbeit wandeln müssen. Was den Inhalt betrifft: Der bevorstehende Überfall auf den Irak war vermutlich das letzte Mal, dass jedem klar war: Da soll Krieg gemacht werden. Inzwischen hat sich der Kriegsbegriff aufgelöst in „humanitäre Interventionen“, „friedenserszwingende Maßnahmen“, Drohneneinsätze. Das muss besser reflektiert werden. Was die Methode betrifft: Die Zeit der Massenmobilisierungen ist offenbar vorbei. Die Vereinzelung der Menschen ist unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen weiter fortgeschritten. Der Drang, sich Organisationen anzuschließen, noch dazu generationenübergreifend, ist wenig verbreitet. Das heißt nicht, dass die politisch Interessierten nicht arbeiten. Sie arbeiten zum Teil sehr anspruchsvoll theore-

tisch und vereinigen sich zu einzelnen Aktionen. Eine gewisse Wahllosigkeit in Bezug auf Mittel und Partner zur Erreichung ihrer Ziele, die in der Friedensbewegung schon oft zu beobachten war, wird von ihnen mit Argwohn betrachtet, vermutlich mit dem Bild der Friedensbewegung der 1970-er und 1980-er Jahre vor Augen. Man versteht allmählich, warum „Friedensbewegung“ in manchen Kreisen geradezu ein Schimpfwort ist.

Einige wollen auch einfach nur ihr Ego streicheln.

Wem nützt es, wenn man links und rechts als nicht mehr existent erklärt?

Denen, die das Ende der Geschichte ausgerufen haben: Seit dem Ende der sozialistischen Staaten in Europa gibt es angeblich keine wirklichen gesellschaftlichen Gegensätze mehr; links und rechts gehören damit angeblich ebenso in die Mottenkiste; „Ideologie“ ist nur noch negativ konnotiert; mit Worthülsen wie „Freiheit“ und „Demokratie“ werden militärische Interventionen begründet; faschistische Tendenzen in der Gesellschaft werden nicht analysiert, sondern im Star-Wars-Stil mit der „Definition“ „Dunkeldeutschland“ belegt; und wer darüber hinaus noch etwas braucht, soll sich gefälligst den Regulierungskräften des Marktes ausliefern.

Denen, die etwas gegen Linke haben: Links steht unter Generalverdacht. Im Osten entsteht nichts originär Linkes mehr neu. Als Ost-Mensch schaut man neidisch auf die selbstverständliche linke Vergangenheit von West-Intellektuellen, auf die analytische Tiefe linken Denkens, das man sich selbst erarbeitet hatte, auf die gewachsenen Strukturen alternativen Lebens. Alles das hat nicht mehr die Chance, sozusagen zu einem gesamtdeutschen Erbe zu werden. Wer würde in Deutschland heute zum Beispiel noch einen Film über Che Guevara machen? Anderswo ist das unlängst noch geschehen.

Denen, die eine der letzten sozialen Bewegungen mit Breitenwirkungspotenzial kaputtmachen wollen. Dann stört sie keiner mehr.

Soll die Friedensbewegung also keine Meinung zu Links und Rechts haben?

Politikwissenschaftler bin ich übrigens nicht. Diese sind aber herzlich gebeten, mein „Wildern in ihren Jagdgründen“ zu bewerten. Wir haben ja auch welche unter uns. Ebenso, wie jeder zur Diskussion aufgerufen ist. Klarheit brauchen wir alle!

Cornelia Mannewitz ist DFG-VK-Bundes-sprecherin.

Trauer um Hannelis Schulte

Am 12. April starb in Heidelberg Hannelis Schulte im Alter von 95 Jahren. Von 1966 bis 1968 war sie die Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft



(DFG). Nach der Vereinigung mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) war sie – gemeinsam mit dem damaligen IdK-Vorsitzenden Helmut Michael Vogel – bis 1974 (Fusion mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer zur DFG-VK) Vorsitzende der DFG-IdK.

Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war für das jahrzehntelange Engagement Hannelis Schultes prägend. Atomare Bewaffnung, Notstandsgesetze, Vietnamkrieg, Militärdiktaturen in Griechenland und Chile, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Deutschlandfragen im Ost-West-Konflikt waren Themen, bei denen sie sich einmischte und Stellung bezog.

Hannelis Schulte war promovierte Theologin und von 1952 bis zu ihrer Pensionierung als Religionslehrerin vorwiegend an Gymnasien tätig. 1982 habilitierte sie sich an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg und lehrte fortan im Fach Altes Testament.

Als Christin waren für sie Frieden, Nächstenliebe, Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit keine leeren Worthülsen. Weitgereist als Vermittlerin zwischen Ost und West, Weggefährtin von Gustav Heinemann und Martin Niemöller, tätig bei den Ostermärschen und in der „Hilfsorganisation Vietnam“ war sie friedenspolitisch aktiv in der Deutschen Friedensunion (als baden-württembergische Landesvorsitzende von 1978 bis 1990), der Christlichen Friedenskonferenz, dem Weltfriedensrat und eben der DFG und der DFG-IdK. In Heidelberg leitete sie viele Jahre die DFG-VK-Gruppe als Vorsitzende und vertrat von 1999 bis 2004 die PDS im Heidelberger Gemeinderat.

Die theologische Fakultät der Uni Heidelberg würdigte Hannelis Schulte in einem ausführlichen Nachruf und schrieb, sie erinnere sich „dankbar an eine engagierte Theologin, der das politische Profil der Theologie am Herzen lag.“

Stefan Philipp

Wie soll man die nennen, die von Frieden sprechen und Krieg führen?

Eine ausführliche Antwort des ZivilCourage-Schreiberlings zu einer kurzen Leserzuschrift



Zum letzten Titel schrieb ein Leser aus Freiburg diese wenigen Zeilen: „In der Sache haben Sie völlig recht! Aber müssen Sie entstellende Fotos Ihres politischen Gegners bringen? Dann bitte auch ein entstellendes Foto vom Chefredakteur. P.S. Ich mag auch keine unrichtigen Bezeichnungen wie *Militärministerin*. Wenn doch wieder, dann nennen Sie auch den Chefredakteur *Schreiberling*.“ Häufig ist es ja so: Viele ärgern sich über etwas, aber nur eine/r macht sich die Mühe, seine/ihre Kritik zu formulieren. Auch deshalb gab und gibt es diese ausführliche Antwort.

deskanzler und „aus den Bundesministern“ besteht (Art. 62 GG). Welche dies sind bzw. welche Bundesministerien (und unter welcher Bezeichnung) eingerichtet werden, bleibt letztlich dem Bundeskanzler überlassen (Art. 65 GG).

Von der Verfassung festgelegt ist allerdings, dass es einen Bundesminister für Verteidigung geben muss (Art. 65a GG. Weil das 1955 geänderte Grundgesetz in Art. 87a Abs. 1 die Aufstellung von Streitkräften zur Verteidigung nunmehr „verpflichtend“ vorsah).

Die korrekte Bezeichnung lautet also, folgt man dem Grundgesetz: „Bundesminister für Verteidigung“. (Ob es eine gesetzliche Bestimmung bzgl. geschlechtsspezifischer Bezeichnungen gibt, habe ich nicht geprüft. Im Sinne des Gender-Mainstreaming wurde vermutlich eine Generalklausel beschlossen, nach der die dann korrekte Bezeichnung im konkreten Fall der Frau von der Leyen lauten müsste „Bundesministerin für Verteidigung“.) Die Bezeichnung „Bundesministerin der Verteidigung“ scheint mir insofern jedenfalls nicht (ganz) korrekt zu sein (also die Ersetzung der Präposition „für“ durch den bestimmten Artikel „der“), jedenfalls entspricht sie nicht dem Wortlaut der Verfassung. (Durch Erlass des Ministers selber vom 21.12.1961 wurde diese Veränderung von „für“ zu „der“ verfügt. In der juristischen Kommentierung heißt es dazu lapidar: „In der Staatspraxis wird von der

sen will. Die eigentliche Absicht – sowohl bei den Aktiven bei der Kieler Woche als auch bei der jetzigen Verwendung in der **ZivilCourage** – war es darzustellen, dass die Politik von der Leyens – im Sinne des Symbols Sensenmann – tödliche Konsequenzen hat.

Darüber, ob die DFG-VK ihren Protest gegen Krieg und militärische Gewalt in dieser personalisierten Form vortragen sollte, lässt sich sicherlich streiten. Der DFG-VK-Bundesausschuss hat im letzten Jahr bei einer Sitzung diese Frage diskutiert und eine solche Form des Protests befürwortet.

Zur Frage der richtigen Bezeichnung des/der für die Bundeswehr zuständige/n Bundesministers/in:

Wenn man sich damit beschäftigt, wie denn eine korrekte Bezeichnung lautet, so ist die Antwort auf diese Frage m.E. gar nicht so einfach.

Zunächst einmal einige formale Aspekte: Das Grundgesetz sieht vor, dass es eine Bundesregierung gibt, die aus dem Bun-

Lieber B., vielen Dank für Ihre Zuschrift, zu der ich gerne Stellung nehme.

Zum „entstellenden Foto“ von Frau von der Leyen:

Das Sensenmann-Foto mit der Von-der-Leyen-Maske ist entnommen aus einem Foto, das bereits in der **ZivilCourage** Nr. 3/2015 veröffentlicht war. Aktive aus dem Landesverband Schleswig-Holstein hatten bei der Kieler Woche im letzten Jahr gegen einen Stand der Bundeswehr demonstriert und dafür auch aus einem Porträt-Foto die Maske hergestellt (und solche Masken danach auch anderen DFG-VK-Aktiven angeboten). Insofern ist zwar das Titelblatt der aktuellen Ausgabe insgesamt eine Montage, nicht jedoch der „Sensenmann“, insbesondere wurde auch nicht das Foto von Frau von der Leyen verändert. Mag sein, dass die in die Maske geschnittenen Augenlöcher „entstellend“ wirken; diese sind aber nötig, wenn ein Aktivist die Maske verwenden und dabei auch noch etwas se-

im GG vorgegebenen Bezeichnung abgewichen.“ Deiseroth zu Art. 65a in: Grundgesetz. Mitarbeiterkommentar und Handbuch. Heidelberg 2002. Band II. S. 458 f.)

Jenseits dieser und anderer Formalien scheint mir inhaltlich hingegen klar zu sein, dass der Begriff der Verteidigung im Grundgesetz immer die Landesverteidigung meint(e). So heißt es zu den Bestimmungen für den Verteidigungsfall im Grundgesetz, dass die Feststellung dieses Falles meint, dass „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird“ (Art. 115a GG). Dieses entspricht im Übrigen auch der Herkunft des Begriffs Verteidigung. Liest man im Herkunftswörterbuch nach, so findet man dort, dass die zuvor gebräuchliche Bedeutung „vor Gericht vertreten“ „seit dem 14. Jahrhundert verallgemeinert“ wurde: „Danach wurde verteidigen im allgemeinen Sinne von [vor Angriffen] schützen gebräuchlich.“ (Duden. Band 7. Das Herkunftswörterbuch. Mannheim 1963; S. 742) Diese Bedeutung korrespondiert übrigens auch mit der Bezeichnung des bundesdeutschen Militärs als „Bundeswehr“; die Begrifflichkeit der Wehr bzw. des Sich-Wehrens impliziert etwas Reaktives und entspricht damit auch dem Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 Abs. 1 Grundgesetz.

Schon damals, als der verfassungsändernde Gesetzgeber im Zuge der Remilitarisierung in den 1950er Jahren diese (Art. 115a GG) und die weiteren entsprechenden Bestimmungen ins Grundgesetz einfügte, war klar gewesen, dass die BRD nur im Rahmen der Nato militärisch agieren können würde und sollte. Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht schließlich die Nato als „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ (Art. 24 Abs. 2 GG; sog. Out-of-area-Entscheidung vom 12.07.1994) ansah, ist der völlig entgrenzte Verteidigungsbegriff, der Einsätze der Bundeswehr weltweit und nach Interessenlage möglich macht, jedenfalls aus kritischer Sicht nicht vereinbar damit, dass die Präambel des Grundgesetzes davon spricht, das deutsche Volk sei „von dem Willen beiseelt, ... dem Frieden der Welt zu dienen“.

Von der ursprünglichen Vorstellung, die Bundeswehr diene der Verteidigung gegen Angriffe des Bundesgebiets mit Waffengewalt, weshalb ein Bundesminister für Verteidigung installiert wurde, der (außer im Verteidigungsfall nach Art. 115a GG) die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte hat, ist in der Praxis nicht mehr viel übrig geblieben.

Man kann – so wie Sie das tun, wenn Sie schreiben „Ich mag auch keine unrichtigen Bezeichnungen wie Militärministerin“ – die Frage der Bezeichnung zu einer

Die rüsten weiter ... mit der Wahnsinnskonsequenz, dass man Kriegsminister jetzt Verteidigungsminister nennt.

des persönlichen Geschmacks machen. Für mich und auch für die DFG-VK halte ich es aber für richtig, das als politische Frage zu betrachten und zu beantworten.

Ich meine, die alte Begrifflichkeit „Verteidigungsministerin“ entspricht der Realität spätestens seit der Beteiligung der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Krieg der Nato gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 nicht mehr, sondern verschleiert diese.

Der zu dieser Zeit – 1999 – amtierende „Verteidigungsminister“ **Rudolf Scharping** (SPD) war damit eben kein solcher, sondern ein Kriegsminister.

Sein Nachfolger war **Peter Struck** (SPD), der den legendären Satz prägte „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, womit die von der Verfassung vorgegebene Verteidigung des Bundesgebiets gegen Angriffe mit Waffengewalt ad absurdum geführt wurde. Diese Umdeutung und das Kriegführen weltweit wurde und wird uns verkauft als „Transformation der Bundeswehr zur Armee im Einsatz.“ Dieser Einsatz ist der Krieg, auch Struck kein Verteidigungs-, sondern ein Kriegsminister.

Diesem folgte **Franz Josef Jung** (CDU), in dessen Amtszeit das Kundus-Massaker (durch US-Bomben auf Anforderung der Bundeswehr) Anfang September 2009 verübt wurde, bei dem weit über 100 afghanische ZivilistInnen ermordet wurden. Verteidigungsminister Jung? Kriegsminister Jung!

Sein Nachfolger wurde der famose Betrüger **Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg** (CSU), der im März 2010 doch immerhin „Verständnis“ dafür äußerte, „dass man umgangssprachlich auch von Krieg da unten“ (in Afghanistan) spreche. Also mindestens umgangssprachlich ebenfalls ein Kriegsminister.

Dieser umgangssprachliche Krieg nahm auch unter dem Nachfolger **Thomas de Maizière** (CDU) kein Ende, während das Bundesgebiet weiterhin nicht gegen einen bewaffneten Angriff verteidigt werden musste. Der Bundesminister für Verteidigung blieb als solcher also weitgehend bedeutungslos, konnte sich dafür als Kriegsminister engagieren.

Ursula von der Leyen (CDU) schließlich, die seit 2013 Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt ist, will ihre Truppe bis 2030 mit neuen Waffen für 130 Milliarden Euro weiter aus- und aufrüsten. Damit das Bundesgebiet besser gegen einen Angriff mit Waffengewalt verteidigt

werden kann? Wohl eher nicht. Die Bezeichnung von der Leyens in der letzten **ZivilCourage** als „Militärministerin“ war wohl eher eine neutrale Zuschreibung, richtiger wäre wohl gewesen „Rüstungsministerin“ oder „Aufrüstungsministerin“. Oder eben Kriegsministerin.

Als in der DFG-VK organisierte politische PazifistInnen haben wir uns mit unserer Grundsatzerklärung verpflichtet, keine Art von Krieg zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist, Krieg – der nach unserer Überzeugung ein Verbrechen an der Menschheit ist – zu erkennen und zu benennen; und dabei gleichzeitig auch diejenigen, die ihn planen, vorbereiten und durchführen und ihn als Mittel zur Interessendurchsetzung rechtfertigen.

Eine Strategie zur Legitimierung von Krieg ist, den Krieg nicht Krieg zu nennen. Da wird dann von „humanitären Einsätzen“ gesprochen, da wird eine „Schutzverantwortung“ („Responsibility to protect“, R2P) erfunden, da werden aus zivilen Opfern „Kollateralschäden“, da wird aus Krieg Verteidigung. Diese Methode und Strategie zu demaskieren, ist eine unserer Aufgaben und, dieses „Spiel“ nicht mitzumachen, sondern zu widersprechen. Und phantasievoll sein. Wer zwar nicht mehr „Verteidigungsminister“ sagen will, dem/der aber „Kriegsminister“ als zu hart erscheint, der /die könnte ja auch von der „Friedensministerin“ sprechen.

Mit den besten Grüßen

Stefan Philipp,

ZivilCourage-Chefredakteur

P.S. Dass unsere Diskussion beileibe nichts Neues ist, zeigt ein Blick ins Jahr 1984 (Was gleich auch noch an den berühmten Roman von George Orwell erinnert, in dem er u.a. das „Neusprech“ beschreibt, eine Herrschaftsmethode zur Manipulation der Bevölkerung.). Da erschien von der Kölner Rockgruppe BAP der Titel „Drei Wunsch(e) frei“, in dem es hieß:

Es geht um Arbeitsplatzzerhaltung in der Rüstungsindustrie. Das zu einer Zeit, wo der Planet hier längst an allen Ecken brennt und alle sechs Sekunden ein Kind verhungert, irgendwo auf der Welt. Die rüsten weiter, als wäre gar nichts, mit der Wahnsinnskonsequenz, dass man Kriegsminister jetzt Verteidigungsminister nennt. Das, obwohl wirklich klar sein dürfte: Die Nachkriegszeit ist lang vorbei. Das hier ist die Vorkriegszeit – und zwar die vom Weltkrieg Nummer drei.



Foto: Ralf Clippens

Protestaktion von Aktiven aus dem DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schlesweig-Holstein vor dem Bundeswehr-Fliegerhorst in Jagel Ende Januar. Die nächste Aktion findet am 16. Juli dort statt. Dabei wollen einige den Fliegerhorst mit dem Fahrrad umrunden, andere werden währenddessen an der Zufahrt mit Transparenten demonstrieren. Danach wird es einen gemeinsamen Abschluss geben. Nähere Informationen sind erhältlich beider DFG-VK-Gruppe Bad Oldesloe unter der E-Mail-Adresse oldesloe@dfg-vk.de



Abschließend zum Thema „Annexion der Krim“

Briefe der LeserInnen

Zum LeserInnenbrief von Albrecht Storz in ZC Nr. 1/2016, Seite 29 und der Frage, ob die Eingliederung der Krim eine Annexion war

Albrecht Storz wirft mir vor, in meiner Erwiderung (ZC 5/2015) zu seinem Leserbrief (in ZC 4/2015) zur Frage, ob es sich bei der Angliederung der Krim an Russland um Annexion handelt, einige Sachverhalte nicht erwähnt zu haben.

Nicht thematisiert habe ich sie, weil sie für diese rechtliche Beurteilung, ob eine Annexion vorliegt oder nicht, irrelevant sind. Selbstverständlich sind der politische Kontext und die vorhergehenden Ereignisse wichtig, um zu verstehen, warum es zur Besetzung und Einverleibung der Krim durch Russland kommen konnte.

Albrecht Storz bestritt die Feststellung anderer, dass es sich völkerrechtlich um

eine Annexion handelt. Ich habe mich zu dieser rechtlichen Streitfrage geäußert und dazu Argumente und Fakten vorgebracht.

In der Ukraine war es, wie von Albrecht Storz ausgeführt, zu bürgerkriegsartigen Kämpfen gekommen, die Regierung wurde illegal gestürzt, westliche Staaten und NGOs hatten sich massiv eingemischt und ein Großteil der Bevölkerung auf der Krim sympathisierte mit Russland. Alles richtig. Aber was hat das mit der völkerrechtlichen Beurteilung der Besetzung und Abtrennung der Krim durch Russland zu tun? Haben Staaten, die durch Bürgerkrieg, Putsch und dergleichen geschwächt sind, ihr Recht auf territoriale Integrität verwirkt? Das sieht das internationale Recht nach meiner Kenntnis nicht vor.

Mir vorzuwerfen, dass ich die Handlungen anderer Akteure außer Russland

nicht wahrnehme, z.B. der „Krim-Bewohner“, ist unrichtig. Ich hatte in meiner vergleichenden Betrachtung mehrerer Annexionen hervorgehoben, dass „die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit oder zumindest eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung bei Annexionen häufig gegeben“ ist.

Noch ein Beispiel: Albrecht Storz wirft mir vor, nicht zu erwähnen, dass die westlichen Medien überwiegend unfair über Russland berichten. Das ist erstens in der Friedensbewegung unstrittig und zweitens unerheblich für die Beurteilung, ob eine Annexion vorliegt. Wozu hätte ich also auf die Negativberichterstattung (z.B. meldete das ZDF neulich ein Treffen von „Kreml-Chef Putin“ mit dem „US-Präsidenten Obama“) eingehen sollen?

Generell finde ich es absurd, mir vorzuwerfen, Dinge nicht wahrzunehmen,

nur weil ich sie nicht erwähne. Wahrgenommen habe ich z.B., dass Albrecht Storz sich auf den rechtsgerichteten Politiker Schachtschneider beruft, der wie viele andere Rechtspopulisten und Faschisten in Deutschland und Westeuropa in Organisationen wie AfD, Pegida, NPD, FPÖ und Front National bezüglich des Ukraine-Konflikts die Position der russischen Regierung vertritt. Thematisiert habe ich es nicht, weil auch das für die rechtliche Bewertung irrelevant ist.

Das Problem ist, dass Albrecht Storz sich in einer völkerrechtlichen Debatte zu Wort meldet, selbst aber nicht rechtlich argumentiert. Ob im Fall der Krim die rechtliche oder politikwissenschaftliche Definition von Annexion zutrifft oder nicht, worüber man durchaus diskutieren kann, interessiert ihn offenbar nicht. Er will nicht von Annexion sprechen, weil das so schlecht klinge.

Ihm geht es, was ich schätze, um Deeskalation, Entspannung und Versöhnung. Deshalb solle die Friedensbewegung Russland nicht negativ bewerten. Das halte ich für falsch. Es ist gerade nicht Aufgabe der Friedensbewegung, Völkerrechtsbrüche, egal von welcher Seite, zu beschönigen und zu leugnen. Nationalismus, Militarismus und Imperialismus sind in jedem Fall zu verurteilen. Ich sehe überhaupt keinen Grund, bei Russland davon eine Ausnahme zu machen. Wenn die Friedensbewegung Völkerrechtsverletzungen

und kriegerische Handlungen westlicher Staaten zu Recht anprangert, aber ähnliche Handlungen anderer Akteure ignoriert oder schönredet, macht sie sich unglaubwürdig.

Gernot Lennert

Vor einem Jahr stand in der Titelgeschichte über die Kontroverse in der Friedensbewegung über den sog. Friedenswinter in der **ZivilCourage** Nr. 1/2005 dieser Satz:

„Die wesentlich durch die Politik der Europäischen Union befeuerte Ukraine-Krise, die Annektierung der Krim durch Russland und die russische Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine, die eher hintergründige Rolle und strategische Interessenlage der USA sowie die mindestens vordergründig moderate Haltung und auf Deeskalation zielende Politik der Bundesregierung haben eine *neue Unübersichtlichkeit* geschaffen, die durch die fast durchgängige *pro-westliche Propaganda-Berichterstattung* der deutschen Medien noch befördert wurde.“

Die Aussage zur Krim führte zu einer ausführlichen Leserbriefauseinandersetzung zwischen Albrecht Storz und Gernot Lennert in den letzten drei Ausgaben. Die wesentlichen Argumente dazu, ob es sich bei den Vorgängen auf der Krim um eine Annexion handelt oder nicht, wurden dabei ausgetauscht, weshalb die Diskussion mit diesem Beitrag von Gernot Lennert (mindestens vorläufig) beendet wird.

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Wer war schon einmal in Siauliai? Wer noch nie dort war, der wird ihn vielleicht demnächst kennenlernen, unseren Stützpunkt in Litauen: vier Kilometer Landebahn, ideal für Großtransporter aller Art; plattes Land mit kleinen Waldstreifen, ideales Panzerterrain. Und das alles 90 Parzern Minuten von der russischen Grenze entfernt. „Speerspitze Ost“ heißt das neueste Projekt der Nato, das der gegnerischen Seite deutlich machen wird, dass unsere Nachsicht mit immer aggressiveren Aktionen begrenzt ist. Die Krimkrise sowie die russische Intervention in Syrien seien als Beispiele genannt. Vor wenigen Wochen wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, ein Nato-Bataillon in Litauen aufzubauen. Unserer Bundeswehr wurde die Federführung übertragen. Schon jetzt ist klar: Eine Kompanie unserer Bundeswehr wird in Litauen stationiert, hinzu kommen Verbände Litauens und weiterer Nato-Partner. Und wie immer bei militärischen Planungen: Die üblichen Bedenkenträger melden sich auch schon wieder, weil sie der Meinung sind, dass das Verhältnis zu Russland nicht belastet werden dürfe. Aber wir wissen es besser:

Wir. Dienen. Deutschland. Als Speerspitze Ost.

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Mitglied werben und Buchprämie erhalten!

Gemeinsam für eine starke DFG-VK!

Mitglieder werben Mitglieder!



Mitglied werben, Prämie sichern!

So geht's: Wirb als DFG-VK-Mitglied ein neues Mitglied und lass Sie/Ihn das Formular (s.u.) ausfüllen und uns zuschicken. Dann schreib uns eine E-Mail mit dem Namen des geworbenen Mitglieds, deinem Buchwunsch (Bücher zur Auswahl siehe rechts) und der gewünschten Lieferadresse an: verwaltung@dfg-vk.de. Alternativ kannst du uns deinen Buchwunsch und alle weiteren Angaben auch postalisch an die Adresse der Bundesgeschäftsstelle schicken oder ruf uns einfach an! (Bücher so lange der Vorrat reicht - wenn das gewünschte Buch vergriffen ist melden wir uns)



Friedlich denken allein ändert nichts.

Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte ausfüllen und in einem Fensterumschlag verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

DFG-VK